Zur Fernsehserie „Flucht und Vertreibung" Seite 9

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 6 vom 6. Februar 1981 15. Jahrgang 1 DM



„Für den Sieg der Revolution — stoppt die US-Intervention". Unter dieser Parole demonstrierten am Wochenende mehr als 20000 Menschen in Frankfurt aus Solidarität mit dem kämpfenden Volk von El Salvador. Bei der Abschlußkundgebung der Demonstration sprachen unter anderem auch zwei führende Mitglieder der Befreiungsbewegung, Ana Maria Guadelupe Martinez und Hector Oquili. Nahezu alle Redner forderten die Bundesregierung auf, jede Hilfe für das Regime von El Salvador einzustellen. Zur gleichen Zeit nannte der CDU-Generalsekretär Geißler, der sich gegenwärtig in Mittelamerika aufhält, dieses verbrecherische Mordregime „menschlich, christlich und Freund der Armen".

Haushaltsdebatte im Bundestag

Schmidt unterstützt Reagans Kriegskurs

BONN.— Zum Abschluß der Haushaltsdebatte im Bundestag bekräftigte Bundeskanzler Schmidt die uneingeschränkte Unterstützung seiner Regierung für die aggressive und kriegstreiberische Politik der Reagan-Mannschaft. Es bestünde — so der Kanzler — kein Grund zu „Unfreundlichkeiten gegenüber der amerikanischen Regierung."

Schmidt verteidigte sogar ausdrücklich die provokative Äußerung des neuen US-Außenministers Haig, es gebe heute Wichtigeres als den Frieden. In seiner Rede, die bezeichnenderweise immer wieder vom Beifall der Abgeordneten von CDU und CSU unterbrochen wurde, machte der Kanzler deutlich, daß er gegen alle Widerstände in seiner eigenen Partei die Forderungen der amerikanischen Supermacht an Bonn ohne Abstriche erfüllen will: Die amerikanischen Atomwaffen vom Typ Pershing 2 und Cruise Missiles sollen in unserem Land stationiert werden und der Militärhaushalt soll um real drei Prozent aufgestockt werden.

Als Schmidt sein Treuebekenntnis zum US-Imperialismus abgab, hatten Reagan und Haig gerade auf ihren ersten Pressekonferenzen die künftige amerikanische Außenpolitik erläutert. Dabei hatten sie deutlich gemacht, daß die Zeit der „Entspannung", der Verhandlungen mit der sowjetischen Supermacht, endgültig vorbei ist. Reagan nannte die Sowjetunion eine Macht, die sich das Recht herausnehme, „jegliches Verbrechen zu begehen, zu lügen und zu betrügen", um ihren Zielen näher zu kommen. Haig beschuldigte Moskau, die treibende Kraft bei der internationalen Ausdehnung des Terrorismus zu sein, und er kündigte an, die Bekämpfung des „Terrorismus" würde künftig das vorrangige Ziel der amerikanischen Außenpolitik sein.

Das sind allerdings sehr deutliche Worte. Denn mit dem „Terrorismus" meinen die neuen Leute in Washington nichts anderes als die nationalen Befreiungsbewegungen der Völker, die sich vom Joch des amerikanischen Imperialismus und seiner Lakaien befreien wollen. Den Kampf dieser Völker wollen sie im Blut ersticken — so wie es heute unter amerikanischem Kommando schon in El Salvador geschieht. Wenn sie sich dabei der infamen Lüge bedienen, die Befreiungsbewegungen wären von Moskau gesteuert, so wollen sie damit nicht zuletzt die sowjetische Supermacht unter Druck setzen. Die Drohungen von Reagan und Haig bedeuten im Klartext: Nur die USA haben das „Recht" dazu, überall auf der Welt „jegliches Verbrechen" zu begehen, um die Völker unter ihre Herrschaft zu zwingen. Sollte sich dagegen die sowjetische Supermacht irgendwo einmischen, dann hat sie mit der „Bestrafung" durch ihre amerikanische Konkurrentin zu rechnen.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Kurs nicht nur die Einleitung neuer Verbrechen der US-Imperialisten ist, von Verbrechen, die auch die Vietnam-Aggression noch in den Schatten stellen werden. Dieser Kurs verschärft auch drastisch die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes der beiden Supermächte. Denn die sowjetischen Sozialimperialisten werden sich nicht freiwillig auf die Grenzen ihres eigenen Landes zurückziehen.

Schmidts bedingungslose Unterstützung für diesen gefährlichen Kurs macht die Bundesrepublik zum Spielball und zum Aufmarschgebiet der amerikanischen Kriegstreiber und ist eine tödliche Bedrohung für unser Volk. (Siehe auch Kommentar auf Seite 2)

Montanmitbestimmung

Bonn ebnet den Weg für Unternehmeroffensive

BONN.— Am Freitag vergangener Woche hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur „Sicherung der Montanmitbestimmung" verabschiedet. Von Sicherung kann bei diesem Gesetz jedoch keine Rede sein, gibt es doch den Konzernherren die Möglichkeit, die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie innerhalb eine sechsjährigen Frist abzuschaffen.

Ein Sprecher der IG Metall bezeichnete das Gesetz als eine „Aufforderung" an die Unternehmer, die montanmitbestimmten Unternehmenszweige in andere Betriebssparten ihre Konzerne einzugliedern, die nicht der Montanmitbestimmung unterliegen. Nach dem jetzt vom Kabinett gebilligten Gesetzentwurf fällt in solchen Fällen die paritätische Mitbestimmung nach sechs Jahren weg.

Das Konzept der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten hat sich zwar als eine Sackgasse für die Arbeiterbewegung erwiesen. Es dient keineswegs der Verbesserung der gewerkschaftlichen Kampfpositionen. Das zeigen auch die brutalen Rationalisierungsfeldzüge in der Stahlindustrie und im Bergbau.

Den Konzernherren aber geht es bei ihrem Angriff auf die Montanmitbestimmung um einen radikalen „Herr-im-Haus-Standpunkt", um die noch reibungslosere Durchsetzung ihrer Profitinteressen. Dagegen wären gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen vonnöten, mit dem Ziel, in den Betrieben mehr Arbeiterrechte zu erzwingen. Anstatt jedoch die Arbeiter in den Betrieben zu mobilisieren, hat sich die DGB-Führung am vergangenen Freitag auf Funktionärskonferenzen im Bereich der IG Metall beschränkt.

Während der Arbeiterlohn sinkt:

Die Diäten der Politiker steigen weiter

BREMEN.— „Den Gürtel enger schnallen!" — Mit solchen Forderungen wollen uns derzeit die Politiker aller bürgerlichen Parteien auf Verzicht einstimmen. Für sie selbst aber gilt das nicht. Die Diäten steigen munter weiter.

Das ging schon gleich nach der Wahl an. Bundestagspräsident Stücklen forderte 1500 Mark mehr im Monat. Und in den Landes- und Stadtparlamenten sieht es nicht anders aus. In Essen etwa erhöhten die Mitglieder der Rathausfraktion ihre Bezüge im Oktober 1980 von 4728 Mark auf 6800 Mark monatlich — rückwirkend ab Januar 1980!

Ein neuer Fall ereignete sich jetzt in Bremen. In trauter Eintracht beschlossen SPD und CDU eine Erhöhung der Diäten um 6,3 Prozent, das sind 220 Mark.

In Bremen stimmte ausnahmsweise die FDP gegen Erhöhungen in diesem Ausmaß, zusammen mit den vier Grünen. Gegen den Empfang der jetzt beschlossenen Erhöhung werden sie sich allerdings kaum sträuben.

Rechnet man zu den Grundbezügen der Abgeordneten ihren Verdienst durch parlamentarische Tätigkeit hinzu, so erhalten sie im Normalfall zwischen 5000 und 6000 Mark im Monat. Das erklärte Peter Willers von den Grünen. Für die Bremer Steuerzahler bedeutet die beschlossene Diätenerhöhung eine zusätzliche Belastung von 300000 Mark im Jahr 1981.

Neue Mordtaten der südafrikanischen Rassisten

Terrorüberfall auf Mosambik

MAPUTO.—Am vergangenen Freitag drangen Mordkommandos des südafrikanischen Regimes in das Nachbarland Mosambik vor. In einem Vorort der Hauptstadt Maputo überfielen sie aus Südafrika geflohene Angehörige der Befreiungsbewegung ANC und richteten unter ihnen ein Blutbad an.

Die Leichen der von dem Rassisten-Kommando ermordeten Freiheitskämpfer waren von Kugeln durchsiebt. Sie wiesen zudem Folterspuren auf; einigen ihrer Opfer hatten die Mörder vorher die Ohren abgeschnitten. Dieser feige und barbarische Überfall kostete mindestens 13 Menschenleben. Und er war nur der bislang letzte in einer ganzen Reihe von Mordaktionen der südafrikanischen Rassisten in Mosambik.

Zur gleichen Zeit veröffentlichte die Regierung von Angola eine furchtbare Bilanz. In den letzten 18 Monaten haben Terrorkommandos aus Südafrika in diesem Land über 400 Zivilpersonen, 83 angolesische Soldaten und unzählige Flüchtlinge aus Namibia ermordet. Der systematische Mordterror südafrikanischer Kommandos wurde am Wochenende auch von einem früheren Söldner im Dienste von Pretoria bestätigt. In einem Interview mit der britischen Zeitung „Guardian" gab er zu, daß seine frühere Einheit, das Bataillon 32, unter anderem auch Kinder niedergemetzelt hat.



Südafrikanische Soldaten in Angola

Aktionen gegen Türkeihilfe

Der Hungerstreik zeigt Wirkung

Abgeordnete fordern Untersuchungsausschuß

Der mutige Hungerstreik von Antifaschisten aus der Türkei und Deutschland, der von einigen nun schon fünf Wochen durchgehalten wird, zeigt jetzt erste Wirkungen in Bonn. Verschiedene Parlamentarier fordern inzwischen die Bildung einer parlamentarischen Kommission, um die Zustände in der Türkei zu untersuchen. Nach Worten von Helga Schuchhardt (FDP) wollen sich Vertreter aller Parteien des Bundestages daran beteiligen.

„Nicht zuletzt die Hungerstreikaktionen", so unterstrich der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Peter Corterier, hat die Fraktionen des Bundestages zu der geplanten Initiative veranlaßt. Die Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission mit Unterstützung der Bundesregierung ist eine der Hauptforderungen der Hungerstreikenden.

In der Tat kommt die Reaktion aus Bonn ziemlich spät. Der Gesundheitszustand vieler Streikender ist bedenklich. Kreislaufschwächen und -zusammenbrüche, Magengeschwüre usw. mehren sich. Viele machen trotz dieser Beschwerden, obwohl die Geschwüre durchzubrechen drohen, weiter.

Helga Schuchardt machte auch bekannt, daß die neue Türkei-Hilfe unter anderem durch Umschichtungen und Einsparungen im Entwicklungshilfeetat aufgebracht werden sollte. Schon die fürs letzte Jahr von der Regierung ausgewiesene Steigerung der Entwicklungshilfe um 10,4 Prozent besteht zu über der Hälfte aus den 1980 gezahlten 560 Millionen Mark Türkei-Hilfe.

Auch in anderen Ländern wächst die Ablehnung der Militärjunta. Der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wurde ein Entschließungsantrag vorgelegt, der die Nichtbeachtung der Menschenrechte in der Türkei anklagt und feststellt, „fehlende Fortschritte in Richtung auf die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei" wären mit einer fortgesetzten Mitgliedschaft des Landes im Europarat „nicht vereinbar."

Die Völker der Türkei haben keine wirklichen Freunde in den Regierungen der kapitalistischen europäischen Staaten. Sie haben aber die Freundschaft der europäischen Völker, die ihren Kampf fortsetzen, um ihre Regierungen zur Aufgabe der Unterstützung der faschistischen Junta zu zwingen! Dabei kommt dem Volk in Westdeutschland eine besondere Verantwortung zu, weil die Bonner Regierung zu den Hauptfinanziers der Militärs in Ankara gehört.

In der Türkei sind inzwischen 2000 Mitglieder der oppositionellen Gewerkschaft DISK von einem Prozeß wegen „umstürzlerischer Tätigkeit" bedroht. 600 von ihnen sitzen im Gefängnis. Die Gewerkschaftsrechte insgesamt wurden noch weiter eingeschränkt: Streitfälle in Tarifverhandlungen, die sowieso nur noch von den Kapitalisten und der faschistischen „Türk-Is"-Gewerkschaft geführt werden, werden zukünftig von einer Schiedskommission entschieden, deren Vertreter mehrheitlich von der Regierung benannt werden.

Kommentar der Woche

Reagan auf Kriegskurs

Am 6. November 1980, am Tag nach der amerikanischen Präsidentenwahl, jubelte Axel Cäsar Springers Blut- und Busenpostille „Bild": „Reagans Triumph. Die Welt wird anders. Freundschaft mit Bonn blüht auf. Westen wieder stark. Hart gegen Moskau. Schmidts Du-Freund wichtigster Minister." Doch nicht nur von „Bild" wurde der Machtantritt Reagans und seiner Millionen-Dollar-schweren Ministermannschaft (allein 17 Kabinettsmitglieder sind mehrfache Dollarmillionäre) emphatisch begrüßt. Bejubelt wurde er auch von faschistischen Diktatoren à la Marcos, Chun Doo Hwan, Pinochet und „Demokraten" wie Strauß, Genscher und Schmidt.

Inzwischen sind nur wenige Wochen vergangen und immer klarer schält sich das Bild des Mannes heraus, von dem sich das aggressive amerikanische Finanzkapital eine Politik der Profitsteigerung und die Erschließung neuer Pfründe verspricht. Hatte die Carter-Regierung den Rüstungsetat bereits von 130 auf 157 Milliarden Dollar gesteigert, so soll er unter Reagan die schwindelnde Höhe von 300 Milliarden erreichen. Offenbar versucht der US-Imperialismus nach bewährtem Rezept, durch verstärkte Militarisierung, die Flucht nach vorn, in den Krieg, anzutreten, um aus seiner tiefgehenden Krise herauszukommen.

So neu ist das alles doch gar nicht. Sogar die Worte sind fast dieselben. Wie einstmals „der Führer" so spricht auch Reagan von der „göttlichen Vorsehung", die ihn berufen habe, die USA zur Macht, Ruhm und Stärke zu führen. Und frei nach dem Nazi-Slogan „Schön ist der Friede, aber man muß stark sein" tönt Schmidt-Duz-Freund US-Außenminister Haig: „Es gibt (...) bedeutendere Dinge, als ‚im Frieden zu sein'." Klar, daß nun auch Bundespräsident Carstens und Franz Josef Strauß vor einem Frieden um jeden Preis warnen.

Was heißt hier Menschenrechte, was heißt hier Frieden, was gut ist für Amerika, ist auch gut für die Welt. Das ist die Maxime der Reagan-Regierung. Und auch der Feind ist klar ausgemacht: Es ist die Sowjetregierung, die die Weltrevolution, einen sozialistischen oder kommunistischen Weltstaat herbeiführen will, und die sich dazu des internationalen Terrors bedient. — Internationalr Terrorismus? Wer dabei an die RAF oder die Roten Brigaden denkt, irrt sich. Der Sprecher des US-Außenministeriums, William Dyess, erläuterte, damit sei die Unterstützung der „Terroristen" von El Salvador bis Namibia, das heißt, der Befreiungsbewegungen in aller Welt gemeint.

Abgesehen davon, daß es mit der Unterstützung der Befreiungsbewegung durch die Sowjets nicht gerade weit her ist, den greisen Apparatschiks im Kreml zu unterstellen, sie wollten die sozialistische Weltrevolution, ist zutiefst ungerecht. Was ihnen so vorschwebt ist, ihren sozialimperialistischen Machtbereich, dort wo es geht, Schritt für Schritt auszuweiten. Dem dient auch die zeitweilige Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Sie geben heute, um morgen mit Zins und Zinseszins zu kassieren.

Aber auch damit soll es nun nach dem Willen Reagans endügltig vorbei sein. In einem Kommentar der „Welt" heißt es dazu: „Sein Wille, den internationalen Terrorismus — und die sowjetische Komplizenschaft mit ihm — zu bekämpfen, statt die Terrororganisationen als Befreiungsbewegungen zu umwerben, ist markant und glaubhaft. Für die Beschwichtiger, Leisetreter und Kleinmütigen in der Politik der westlichen Welt ist diese Entschlossenheit der neuen amerikanischen Führung irritierend und wahrscheinlich auch furchterregend."

Hier spürt man sie förmlich, die Genugtuung, die Freude der Soldschreiber des westdeutschen Imperialismus über die neue amerikanische Außenpolitik, den Geist des „wir werden weitermarschieren bis alles in Scherben fällt...", des „ab Fünf Uhr wird zurückgeschossen". Diese Politik und die Ereignisse in Polen lassen die Herzen der westdeutschen Revanchisten höher schlagen, lassen dem westdeutschen Imperialismus seine Pläne von der Wiedergewinnung der Ostgebiete, der Wiedererrichtung eines Großdeutschen Reiches realisierbar erscheinen.

Was dem entgegensteht sind nun nicht etwa die in Washington und andernorts beschworenen Sorgen über etwaige neutralistische Gedankengänge ihrer Bonner Verbündeten. Da können die Herren im Weißen Haus absolut sicher sein, weder ein Strauß noch ein Kohl, weder ein Genscher noch Schmidt werden sich im Ernstfall weigern, ihren amerikanischen Verbündeten die Bundesrepublik als Schlachtfeld, die westdeutschen Werktätigen als Kanonen- oder aktueller als Raketenfutter zur Verfügung zu stellen.

Was dem derzeit entgegensteht, ist etwas ganz anderes: nämlich die mangelnde Bündnis- und Verteidigungsbereitschaft großer Teile der Arbeiterklasse, der Jugend bis hinein in die Bundeswehr, das unausgeprägte Feindbild und die Uneinsichtigkeit sich für das Weltherrschaftsstreben des USA-Imperialismus, die Profite der Rüstungsindustrie ein drittes Mal in diesem Jahrhundert verheizen zu lassen. Nicht von ungefähr die Versuche der Herrschenden, durch die Verstärkung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen, vor allem aber über ihre Massenmedien wie das Fernsehen ein neues, nämlich das alte Feindbild vom bolschewistischen Untermenschen zu schaffen, die Kriegsbereitschaft der Jugend zu erhöhen, die Faschisierung, die Militarisierung voranzutreiben.

Nur hat man bisher die Rechnung ohne den Wirt, die Arbeiterklasse, vor allem die Jugend gemacht. Wir schreiben eben noch nicht ein Jahr 1914, 1939 und hoffen es nie mehr zu schreiben. Der Widerstand gegen die Bündnis- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung reicht bis weit in die Kreise der Sozialdemokratie und Liberalen hinein. Und warum sollte es anläßlich einer Aggression der Vereinigten Staaten in El Salvador, Nicaragua, Cuba, in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten anders sein als vor zehn Jahren, als der USA-Imperialismus versuchte Nordvietnam „in die Steinzeit zurückzubomben"? Amerikahäuser brennen immer noch gut.

Wir aber müssen neben unserer derzeitigen Hauptaufgabe, den massiven Angriff der Kapitalisten auf den Lebensstandard der Werktätigen abzuwehren, jeden Betrieb in unsere Festung verwandeln, den Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, die zunehmende Faschisierung verstärken. Verstärken, indem wir versuchen auf der Grundlage des Friedensplans der Partei, vor allem seiner Hauptforderungen: Raus aus der NATO! Für eine neutrale Bundesrepublik! eine breite Einheitsfront zu schaffen.

Martin

Parteiausschluß für Hansen gefordert

Wachsender Widerstand gegen Bonner Rüstungspolitik

Auseinandersetzung in der SPD-Fraktion

BONN.— Zu scharfen Auseinandersetzungen ist es letzte Woche in der Bundestagsfraktion der SPD gekommen. Der Anlaß dafür war die Kritik einer Reihe von Fraktionsmitgliedern am gefährlichen Rüstungskurs der Schmidt-Regierung. Der Abgeordnete Karl-Heinz Hansen wird jetzt mit dem Parteiausschluß bedroht.

Angefangen hatte es mit einer Initiative von Rudolf Schöfberger, die von 23 weiteren Fraktionsmitgliedern unterstützt wurde. Schöfberger forderte die Senkung des Rüstungshaushaltes um eine Milliarde Mark und die Verwendung der dabei freiwerdenden Mittel für Programme zur Bekämpfung des Hungers, der Seuchen und des Analphabetismus in den zehn ärmsten Ländern der Welt. (Wie der RM bereits berichtete, soll der diesjährige Rüstungshaushalt offiziell 42 Milliarden Mark umfassen; tatsächlich umfassen die Militärausgaben im neuen Haushaltsplan jedoch insgesamt 61,5 Milliarden Mark, das ist über ein Viertel aller Staatsausgaben.)

Schöfberger und Genossen beriefen sich bei ihrem Vorstoß auf Parteichef Brandt persönlich. Der hätte in verschiedenen Reden oder auch in dem Bericht der von ihm geleiteten Nord-Süd-Kommission ähnliches geäußert, etwa: „Mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer, sondern nur ärmer." Recht hat er, der Willy Brandt. Nur gemeint hat er es nicht so. Das brachte er dann auch zum Ausdruck, als er in der Fraktion erklärte: Abrüstung müsse global sein und dürfe kein „nationaler Alleingang" werden. Immerhin entlarvte dieser Friedensnobelpreisträger damit, was hinter all den „antimilitaristischen" Fensterreden von Leuten seines Schlages wirklich steckt. Abrüsten — das sollen immer nur die anderen.

Fraktionschef Wehner bellte dann die Träger der Initiative an, sie würden nur Verwirrung stiften, und er sorgte schnell dafür, daß ihr Antrag niedergebügelt wurde. Bei der Abstimmung stellten sich dann nur 37 Abgeordnete von 218 hinter den Vorschlag von Schöfberger, obwohl der „linke Flügel" innerhalb der Fraktion insgesamt 50 bis 70 Abgeordnete umfaßt. Nachdemi diese Initiative abgewürgt war, bereiteten die Parteibosse den nächsten Schlag gegen die „Abweichler" vor.

Zum Anlaß dafür nahmen sie einen Artikel, den der Abgeordnete Karl-Heinz Hansen in der Zeitschrift „Konkret" veröffentlicht hatte. Unter dem Titel „Kündigt den ‚Nachrüstungsbeschluß!'" war Hansen mit der Politik der Bundesregierung ins Gericht gegangen und hatte die an der SPD-Basis weit verbreitete Kritik an dieser Politik formuliert: Er protestierte gegen die reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik, gegen die hinter dem Rücken der Fraktion beschlossenen Waffenlieferungen an Chiles „Mörderbande", gegen die geplanten Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und vor allem gegen das Festhalten am NATO-Raketenbeschluß und an der Steigerung des Rüstungshaushaltes um real 3 Prozent.

Am vergangenen Dienstag berief Wehner handstreichartig eine außerordentliche Fraktionssitzung ein. Einziger Tagesordnungspunkt: „Hansen". Der SPD-Abgeordnete und IG-Chemie-Vizechef Rappe sorgte sofort für den richtigen Ablauf der Sitzung, indem er den Antrag stellte, nicht über den Inhalt der Hansen-Kritik, sondern nur über eine Mißbilligung des Kritikers abzustimmen. Wer immer auch eine Auseinandersetzung über Hansens Vorwürfe forderte, wurde von den reaktionären Elementen niedergebrüllt. Das Ergebnis: Hansen selbst kam nicht zu Wort. Und der Mißbilligungsantrag wurde mit 155 Stimmen bei elf Enthaltungen und einer Gegenstimme (der von Hansen) angenommen. Ein trauriges Bild des „linken Flügels".

Einzig die beiden Abgeordneten Thüsing und Coppik, die bei der Sitzung nicht anwesend waren, stellten sich hinter Hansen und bekräftigten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihm seine Kritik an der Bundesregierung. Schützenhilfe bekamen sie dabei von den Jungsozialisten, deren Vorsitzender Will Pieczyk sich öffentlich mit den Forderungen von Hansen solidarisierte. Der Ultrareaktionär Leber, ehemaliger Boß der IG Bau Steine Erden und späterer Kriegsminister, forderte dagegen schon in der vergangenen Woche den Parteiausschluß Hansens. Am Wochenende wurde diese Forderung dann auch von den Abgeordneten Ehmke und Annemarie Renger bekräftigt.

Der Aufstand der Rechten gegen Hansen war zu erwarten. Hier soll unter der Führung der Parteibosse ein Exempel statuiert werden, um die Fraktion von konsequenten „Abweichlern" zu reinigen und künftig den Abgeordneten den Mut zur Kritik am reaktionären Kurs der Schmidt-Regierung zu nehmen. Beschämend allerdings ist die Tatsache, daß sich auch 18 „linke" Abgeordnete (die allesamt die Schöfberger-Initiative unterstützt hatten) in einem Brief von Hansen distanzierten und sogar noch die Beschuldigung aufstellten, Hansen habe sich selbst aus der „Parlamentarischen Linken" durch seine Kritik ausgegrenzt. Damit haben die Parteibosse immerhin ein wesentliches Ziel erreicht, nämlich diese „Parlamentarische Linke" zu spalten und ihren harten Kern, nämlich die Abgeordneten Hansen, Thüsing und Coppik, in der Fraktion weitgehend zu isolieren.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD um den Regierungskurs aber sind damit keineswegs begraben worden. Schon Schöfberger hatte nach Bekanntwerden seiner Initiative — wie er erklärte — die Erfahrung gemacht, daß sie ein „spontanes positives Echo" innerhalb der Partei und in der Bevölkerung hervorgerufen hat, wie er es zuvor noch nie erlebt hatte. Und Coppik konnte bei der erwähnten Pressekonferenz sagen: „Große Teile der Partei verspüren eine tiefe Enttäuschung über die antisozialdemokratische Politik der Regierung Schmidt." Diese Enttäuschung hat sich inzwischen auch schon in zahlreichen Aktionen niedergeschlagen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der „Bielefelder Appell" gegen den NATO-Raketenbeschluß, der von ca. 150 unteren und mittleren Funktionären der SPD verabschiedet wurde, ist inzwischen von mehr als 5000 Mitgliedern der Partei unterzeichnet worden.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Teuerungsrate auf 6 Prozent gestiegen

IGM-Bonzen nehmen Kurs auf Reallohnsenkung!

80 000 Kfz-Handwerker in NRW mit 5,2 Prozent abgespeist

FRANKFURT.— In der vergangenen Woche gab das Statistische Bundesamt in Wiesbaden bekannt, daß nach seinen vorläufigen Berechnungen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Januar 1981 gegenüber dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres bei mindestens 6 Prozent liegen wird. Ebenfalls in der vergangenen Woche haben die IGM-Bonzen den ersten Tarifvertrag der diesjährigen Lohnrunde abgeschlossen.

Für die rund 80 000 Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Kraftfahrzeuggewerbes hat die IG Metall mit 5,2 Prozent die erste Lohnerhöhung dieses Jahres vereinbart. Dabei müßte das Wort Lohnerhöhung eigentlich in Anführungszeichen gesetzt werden. Denn angesichts der Höhe der Preissteigerungen bedeuten 5,2 Prozent in Wahrheit nichts anderes als eine Abbau der Reallöhne.

Wie der „Rote Morgen" bereits in der letzten Woche berichtete, hat die Arbeiterkammer Bremen an einer Modellrechnung aufgezeigt, daß für einen durchschnittlichen Arbeiterhaushalt bei einer angenommenen Preissteigerungsrate von 5 Prozent eine Lohnerhöhung von ebenfalls 5 Prozent auf einen Reallohnabbau von 1,6 Prozent hinausläuft. Der Grund: Durch die steigenden Abzüge vom Bruttolohn hat der Arbeiter zwar nominal 5 Prozent Lohnerhöhung erhalten, aber netto kommen für ihn lediglich 3,4 Prozent mehr heraus.

Übrigens hat in der vergangenen Woche auch die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" über die Berechnungen der Bremer Arbeiterkammer berichtet. Wörtlich heißt es in dem Artikel von WDA: *„Und selbst wenn die Effektivlöhne am Ende der neuen Tarifrunde um 5 Prozent kletterten, so hätte der Industriearbeiter mit heute 2 500 Mark Bruttolohn noch einen Schwund seiner Kaufkraft in Höhe von 1,6 Prozent zu verkraften."*

Der Tarifabschluß, den die IGM-Bonzen den 80 000 Kfz-Handwerkern aufs Auge gedrückt haben, bringt ihnen also einen klaren Reallohnabbau und zwar nicht nur um 1,6 Prozent sondern höher. Denn die von der Arbeiterkammer Bremen angenommene Teuerungsrate von 5 Prozent ist bereits überholt. Angesichts der neuesten Zahlen aus Wiesbaden muß von einer 6 vor dem Komma ausgegangen werden. Dabei ist noch gar nicht in Rechnung gestellt, daß die amtliche Statistik das wirkliche Ausmaß der Teuerung, wie sie einen Arbeiterhaushalt real trifft, noch beschönigt.

In der letzten Ausgabe der „metall" hat der für Tarifpolitik zuständige Hans Janßen, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Metall, erneut beteuert, das Ziel der IG Metall bei der diesjährigen Lohnrunde bleibe nach wie vor die „Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen".

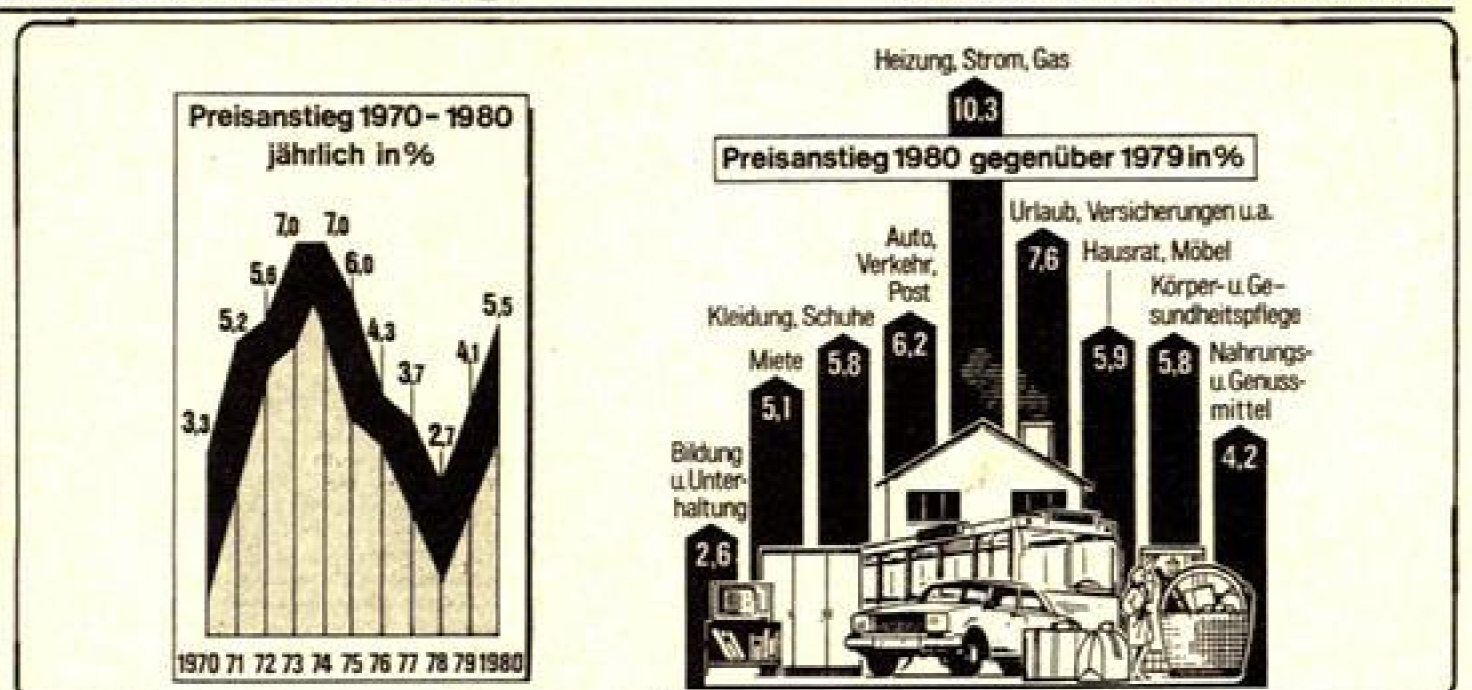
Angesichts der Taten der IG-Metall-Führung kann man solche Versicherungen nur noch als Augenwischerei bezeichnen.

Was die IGM-Bonzen in Nordrhein-Westfalen für die Kfz-Handwerker ausgehandelt haben, wollen sie erklärtermaßen als Modellabschluß für die Tarifrunde insgesamt verstanden wissen!

Die Forderung hatte auch für diesen Bereich 8 Prozent geheißen! Und die Kölner Bezirksleitung der IG Metall erklärte zu dem 5,2-Prozent-Abschluß, er solle auch die Tarifverhandlungen in den anderen Bereichen beeinflussen. Ferner behauptete die Bezirksleitung frech, mit diesem Abschluß sei das erklärte Ziel der IG Metall, die „Absicherung der Arbeitnehmereinkommen", erreicht worden.

Wenn die Metaller einen empfindlichen Reallohnabbau in diesem Jahr verhindern wollen, dürfen sie also nicht länger abwarten. Nur durch Aktionen in den Betrieben kann der bereits vorprogrammierte Lohnraub noch gestoppt werden. Bei einer Teuerungsrate von 6 Prozent reicht eine Lohnerhöhung um 8 Prozent schon kaum mehr hin, um die Realeinkommen abzusichern.

8 Prozent ist also die Untergrenze! Abstriche von dieser Marke darf es nicht mehr geben. Dieses Ziel ist allerdings nur durch selbständige Kampfmaßnahmen der Metaller in den Betrieben zu erreichen.



Stärkster Preisantrieb seit 1975!

Die links abgebildete Tabelle über den Preisanstieg seit 1970 zeigt, daß bereits im vergangenen Jahr die offizielle Preissteigerungsrate mit 5,5 Prozent die höchste seit fünf Jahren war. Was bei dieser Tabelle noch fehlt: Im Januar 1981 wird nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Teuerungsrate auf mindestens 6 Prozent klettern. Die Inflation nimmt jetzt also wieder ähnliche Ausmaße an, wie in den Jahren 1973 bis '75. Damals wurde die Teuerungsrate mit 7 Prozent beziffert. Die nebenstehende Auflistung des Preisanstiegs für einzelne Posten der Lebenshaltung läßt ahnen, daß die reale Verteuerung für Arbeiterhaushalte noch größere Löcher in die Lohntüte reißt, als die amtliche Preisstatistik erkennen läßt: So wichtige Posten wie Heizung, Strom, Gas oder Auto, Verkehr, Post, oder Kleidung und Schuhe sind überdurchschnittlich teurer geworden!

Diskussion auf ÖTV-Versammlung in Krankenhaus

Auch im Krankenhaus kann gestreikt werden!

Arbeiterkorrespondenz zur ÖTV-Lohnrunde

Ich möchte Euch einen Bericht über eine ÖTV-Versammlung in dem Klinikum geben, in dem ich als Krankenschwester arbeite. Zu der Versammlung waren rund 35 Kollegen und Kolleginnen gekommen. Die meisten der Versammelten waren Kollegen von den Stationen und Labors. An der Versammlung nahm auch ein Funktionär der Hauptabteilung Gesundheitswesen der ÖTV teil.

Thema der Diskussion: Wie können wir im Krankenhaus die Durchsetzung unserer Tarifforderungen unterstützen, wie die Kollegen aktivieren, welche realistischen Möglichkeiten haben wir überhaupt?

Gleich am Anfang wurde über die 7-Prozent-Forderung des Hauptvorstands heiß diskutiert. Viele Kollegen kritisierten, daß diese Forderung viel zu niedrig und unsozial sei. Der Geschäftsführende Hauptvorstand wurde schwer angegriffen, weil wieder einmal er zuerst in der Presse eine Forderung propagiert hatte, bevor überhaupt die Kollegen an der Basis sich äußern konnten.

Wir waren uns nach längerer Diskussion so ziemlich alle darüber einig, daß eine Festgeldforderung das einzig richtige sei. Über eine konkrete Forderung stimmten wir jedoch nicht ab, weil dies keine Mitgliederversammlung war. Aber die Richtung für die im Februar stattfindende Mitgliederversammlung ist nun klar.

Anschließend diskutierten wir dann unter anderem über mögliche Aktivitäten in der Tarifrunde. Einige Kollegen vertraten den Standpunkt, Streik komme im Krankenhaus nie in Frage. In der Diskussion wurde dann allerdings deutlich, daß es sehr wohl Streikmöglichkeiten gibt, ohne dabei die Patientenversorgung zu gefährden.

Folgende Streikformen wurden als möglich erachtet:

- **Verwaltungsstreik**. Das bedeutet: keine Standzettel, keine Anmeldungen usw. Dies würde ziemlich schnell dazu führen, daß der Computer spinnt und mit ihm die Krankenhausverwaltung.
- **Streik der Arbeiter**. Wenn zum Beispiel drei Tage keine Müllsäcke mehr abgeholt werden, können dies alle Krankenhausbesucher sehen. Da das Krankenhaus sowieso ziemlich schmutzig ist, würde sich an der Hygiene nicht viel ändern.
- **Kurzstreiks des Pflegepersonals**. Natürlich können wir nicht die Patienten für mehrere Tage allein lassen. Auf manchen Stationen geht das nicht einmal für eine halbe Stunde. Aber es ist fast überall möglich, statt der Übergabebesprechung von 13.30 Uhr bis ca. 14.30 Uhr die Stationen zu verlassen und sich vor dem Tor zu einer Protestkundgebung zu versammeln. Auf den Stationen bleibt dann ein Notdienst. Dazu sollte man dann die Presse einladen, um eine größere Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Außerdem kommen um diese Zeit Hunderte von Menschen zum Krankenhaus zur Besuchszeit. Die müßten dann erst einmal uns zuhören, bevor sie ihre Leute besuchen können.

Es tauchten dann noch Fragen auf wie: Ist es überhaupt erlaubt, zu streiken? Für micht war es schon ein bißchen erschreckend, daß es immer noch unter Gewerkschaftern Kollegen gibt, die sich nicht sicher sind, ob Streiks in der Bundesrepublik überhaupt erlaubt sind.

Insgesamt aber war diese Diskussion ein guter Anfang für unser Krankenhaus, in dem es bisher zu ruhig war.

Kampf für „Stahlwerk jetzt!" bei Hoesch

Jetzt muß gehandelt werden! Streik vorbereiten!

Betriebszelle der KPD fordert gewerkschaftliche Aktionen

DORTMUND.— In der vorletzten Woche informierte die Hoesch-Betriebsgruppe der RGO die Belegschaften mit einem Flugblatt über einen neuen Rahmen-Sozialplan, über den Konzernvorstand und Betriebsratsspitzen zur Zeit verhandeln. Unter anderem wollen die Estel-Hoesch-Bosse jetzt zu direkten Massenentlassungen übergehen (vgl. RM 4/81, S. 6). Inzwischen hat auch die Hoesch-Betriebszelle der KPD in ihrer Betriebszeitung „Stählerne Faust" zu dieser neuesten Entwicklung bei Hoesch Stellung genommen.

Im folgenden geben wir Auszüge aus dem entsprechenden Beitrag der „Stählernen Faust" wieder, der die Überschrift trägt: **„Wenn jetzt nicht gehandelt wird: Massenentlassungen!"**

„Die Betriebsratsspitzen haben zum finanziellen Rahmen des Vorstands-Entwurfs zwar ihre Bedenken angemeldet, zu grundsätzlichen Punkten (z.B. durch Abfindungen kaschierte Massenentlassungen) aber bereits ihre Zustimmung signalisiert.

Es muß jetzt Schluß sein mit der Geheimratspolitik! Die neue Offensive des Vorstandes läßt sich nicht durch Mauscheln hinter dem Rücken der Belegschaft abwehren, sondern einzig und allein durch die breiteste Mobilisierung der Belegschaft!

Darüber hinaus ist es überhaupt schon eine Sauerei, daß überhaupt verhandelt wird mit dem Vorstand über einen neuen, noch schlechteren Sozialplan, obwohl Rohwedder und Co. noch in jüngster Zeit und zum wiederholten Male erklärt haben, daß sie ihre Zusicherungen aus dem laufenden Sozialplan nicht einhalten wollen, daß der Vorstand das Stahlwerk „jetzt nicht" bauern will. (...)

Nach den großen Worten — wo bleiben die Taten?

Es geht um unser aller Existenz! — So hieß es im Aufruf und auf den Plakaten der IG Metall zur Großkundgebung Ende November. Jawohl! Um nicht mehr oder weniger geht es.

Gerade darum wird es jetzt Zeit, auf die allmählich **zum Himmel stinkende Diskrepanz** hinzuweisen zwischen den großen Worten der IGM-Verantwortlichen, der politischen Größen von SPD und CDU, und dem, was **tatsächlich passiert**, um dem Estel-Vorstand, der Deutschen Bank, mit ihren verheerenden Plänen das Handwerk zu legen.

Seit ihrem großen Auftritt auf der Großkundgebung ist es entweder ganz still geworden um unsere ‚Kämpfer', oder es wird zu Rückzugsgefechten geblasen.

Wir sollen verkauft werden

(...) Auch ein W. Dieterich und die IGM-Ortsverwaltung haben die Forderung ‚Stahlwerk **jetzt!**' schon zu den Akten gelegt. Seit der Großkundgebung kommt von der Ortsverwaltung so gut wie nichts mehr: **Keine Maßnahmen, um den Druck zu verstärken, keine verstärkte Aufklärung und Mobilisierung der Belegschaft. Nichts.** (...)

Der Betriebsratsvorsitzende Schrade (Westfalenhütte) spricht davon, die Großkundgebung sei das **‚letzte Mittel'** gewesen, zu dem man habe greifen können, um Estel unter Druck zu setzen. Das letzte Mittel? — Dann gute Nacht Dortmund, gute Nacht IG Metall!

Gewerkschaftliche Kampfkraft voll einsetzen: Streik!

(...) **Können wir den Kampf für den Bau des Stahlwerks gewinnen?** Wir können, jawohl! Das haben uns 1972 die 3 000 Kollegen von Enka in Wuppertal vorgemacht, die den Betrieb besetzten und erfolgreich gegen die Stillegung streikten. Das zeigten uns die Kollegen von VFW Speyer und vielen anderen Betrieben. Welche Kraft die Arbeiterklasse hat, wenn sie aufsteht, haben nicht zuletzt die Ereignisse in Polen deutlich gemacht. Die hohen Herren kriegen dann das große Zittern! (...)

Am 4. und 5. Februar sind **Aufsichtsratssitzungen** der Estel NV und der Hoesch Werke AG. Dort werden die Weichen gestellt werden. Wir, die Hoesch-Belegschaften, müssen unsererseits am 5. Februar unübersehbare Zeichen setzen. Die Vertrauensleute-Vollversammlung der Westfalenhütte hat beschlossen, den 5. Februar zu einem **Aktionstag** zu machen. Warnstreik, Marsch zur Aufsichtsratssitzung sind vorgeschlagen. Alle Werke müssen sich beteiligen! Holt Euch auch geschlossen die Informationen von Euren Betriebsratsspitzen, die in den Aufsichtsräten sitzen!

Sollte auf den Aufsichtsratssitzungen kein eindeutiger Beschluß über den Bau des Stahlwerks fallen:

Sofortige Vorbereitung von Urabstimmung und Streik!

... für ‚Stahlwerk jetzt', gegen Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungspläne!

- Sofortige Organisierung einer breiten Mobilisierungskampagne in den Betrieben mit dem Ziel schlagkräftiger gewerkschaftlicher Aktionen, Streik!
- Sofortiger Abbruch der Verhandlungen über den neuen Sozialplan! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden, keiner einzigen Stillegung ohne entsprechende Ersatzarbeitsplätze!"

6 000 Arbeitsplätze in Gefahr

Warnstreik in der Maxhütte

SULZBACH-ROSENBERG.— Am Donnerstag vergangener Woche kam es auf der zum Klöckner-Konzern gehörenden Maxhütte im Bayerischen Sulzbach-Rosenberg zu einem einstündigen Warnstreik.

An dem Streik beteiligten sich die Arbeiter des Hauptwerks und des Werks in der Rohrstraße. Die Belegschaft befürchtet, daß die Konzernherren die Maxhütte stillegen wollen. Damit wären 6 000 Arbeitsplätze vernichtet. In dem Gebiet um Sulzbach-Rosenberg lag die Arbeitslosenquote im vergangenen Dezember bei elf Prozent.

Enka/Kassel

Erneute Besetzung

KASSEL — Erneut hatten die Arbeiter des Enka-Textilfaserwerkes in Kassel am Dienstag letzter Woche den Betrieb besetzt, nachdem der Konzernvorstand offiziell die Stillegung von Enka-Kassel beschlossen hatte.

Daraufhin stimmte die Konzernleitung einer Betriebsvereinbarung zu, die die Weiterführung des Betriebes bis zum 19. Juli dieses Jahres vorsieht. Allerdings sind die Stillegungspläne damit nicht endgültig vom Tisch. Die Aktion vom Dienstag hat jedoch erneut gezeigt, daß der Kampf der Belegschaft die Stillegung verhindern kann.



Am 18. Januar fand in der Dortmunder Westfalenhalle die öffentliche Abschlußveranstaltung zum 2. ordentlichen RGO-Kongreß statt. Unser Foto zeigt einen Ausschnitt aus der Halle, in der sich ca. 1 500 Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin versammelten.

„Wir wollen die DGB-Gewerkschaften von Grund auf umkrempeln"

Auszug aus der Rede des RGO-Vorsitzenden vom 18. Januar 1981

Am 18. Januar fand in der Dortmunder Westfalenhalle die öffentliche Abschlußveranstaltung zum 2. ordentlichen Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition statt. Höhepunkt dieser Veranstaltung, an der rund 1 500 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus Westberlin teilnahmen, war eine kämpferische Rede des RGO-Vorsitzenden Thomas Scheffer. Der „Rote Morgen" dokumentiert im folgenden eine Teil dieser Rede. Aus Platzgründen ist es uns leider nicht möglich, die gesamte Rede abzudrucken. Die Zwischenüberschriften wie auch die fettgedruckten Hervorhebungen stammen von der RM-Redaktion.

Generalangriff auf unsere Existenz!

1970 waren in unserer Industrie noch 8,9 Millionen Menschen beschäftigt. 1979 nur noch 7,6 Millionen. Jeder siebte Arbeitsplatz in der Industrie wurde wegrationalisiert. Doch die Produktion in diesem Zeitraum stieg um 42 Prozent!

Auf unsere Löhne erfolgen Jahr für Jahr die schärferen Attacken. Die Metallbosse bieten uns einen Bettel von 2,5 Prozent in diesem Jahr. Das ist unerhört! Das würde einen ganz schweren Reallohnverlust bedeuten. Abgesehen von den ganzen noch zu erwartenden Preissteigerungen.

Kollegen, das können wir nicht hinnehmen!

Wer hat denn die Krise herbeigeführt? Sich jahrelang auf unsere Kosten dumm und dämlich verdient? Und schlägt auch noch aus der heutigen Krise seinen Maximalprofit? Das waren doch die Kapitalisten! Die Siemens, die Krupp, die Thyssen, die Großbanken!

Und was wir bisher erlebt haben, das soll nach ihren Plänen erst den Anfang bilden. Die Bosse, sie blasen zum Generalangriff! Auf die Arbeitsplätze, auf unsere Existenz!

Durch den Einsatz neuer Technologien, Mikroprozessoren, Roboter, Bildschirmgeräte, sollen im Verlauf der achtziger Jahre mehrere Millionen Arbeitsplätze ausradiert werden. Schon die offiziellen Prognosen sprechen von fünf Millionen. Hunderttausende allein bei den Bankangestellten. 40 Prozent aller Arbeitsplätze im Versicherungswesen. In der Auto- und Stahlindustrie rollt bereits die Entlassungswelle.

Nach den Angaben des Baseler Institutes Prognos sollen im Baugewerbe der Bundesrepublik bzw. Westberlins 409 000, in der Landwirtschaft 241 000, in der Eisenindustrie 68 000, im Druckereigewerbe 46 000, in der Chemie- und Mineralölverarbeitung 45 000 weitere Arbeitsplätze durch Rationalisierung verloren gehen.

Angesichts dieser erschrekkenden Zahlen und dieser Perspektiven stellt sich für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in unserem Lande immer dringlicher die Frage, wie wir diesen ungeheuerlichen Angriffen der Unternehmer wirkungsvoll begegnen können.

Ja, Kollegen — wir brauchen kampfbereite Gewerkschaften! Die ganze organisierte Kraft der Arbeiter und der Werktätigen muß aufgeboten werden. Und 7,5 Millionen, die heute im DGB organisiert sind — das ist eine Basis, das ist eine Kraft! Die muß aber organisiert werden! Die braucht eine vernünftige Führung, die in den Kampf geht!

Doch was tut die DGB-Führung?

Doch was tut die DGB-Führung, um diese Basis entsprechend in den Kampf zu führen? Um die gewerkschaftliche Kraft auch wirklich zu entfalten?

Ich möchte drei markante Punkte nennen. Erstens der Stahlarbeiterstreik 1979: Verrat der IG-Metall-Führung! Verrat an der 35-Stunden-Woche! Zweitens die Nachschlagsforderungen im Herbst 1979: Abgewürgt durch die DGB-Führer! Und drittens die laufenden Vernichtung von Arbeitsplätzen und Massenentlassungen: Wie oft wurden sie von den DGB-Gewerkschaften in den letzten Jahren hingenommen und gebilligt!

Da stellen sich diese Herren hin und argumentieren mit der Rentabilität der Betriebe und stimmen auf dieser Basis Massenentlassungen zu!

Wo bleibt denn das Argument, daß wir Arbeiter nur unseren Arbeitsplatz haben, daß das unsere ganze Existenz ist?

Darin liegt doch die Aufgabe der Gewerkschaften: kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Da liegt doch konkret die Aufgabe der Betriebsräte: Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden! Das wäre auch die Aufgabe des Hoesch-Betriebsrates hier in Dortmund gewesen!

Wo waren sie denn, die Führer der IG Metall, als es in Rüsselsheim um Kampfmaßnahmen ging? Es gilt in Rüsselsheim bei Opel tausende Arbeitsplätze zu retten, wenn nicht sogar die Stillegung des ganzen Opel-Werkes zu verhindern!

Obwohl von Versammlungen, Mitgliederversammlungen, vom Vertrauensleutekörper eine Demonstration als das mindeste gefordert wurde, haben die Bonzen die Kollegen hingehalten. Die Bonzen haben sich geweigert, eine solche Demonstration zu organisieren!

Und da war es genau richtig, daß die RGO auf Initiative unseres türkischen RGO-Betriebsrates Atila Özgüç in Rüsselsheim selbständig zu einer Demonstration aufgerufen hat! **Daß dort in Rüsselsheim keine 70 000 wie hier in Dortmund auf der Straße waren, das war einzig und allein die Schuld der IG-Metall-Führung. Das war ihre Sabotage an diesem Kampf gewesen.**

Die Kollegen — sie wollten kämpfen! Wenige Tage später demonstrierten über 2 000 im Betrieb durch Opel. Das hat ein deutliches Zeichen gesetzt dafür, daß die Kollegen allerdings kampfbereit waren.

Auf der Seite der kämpfenden Arbeiter: die RGO

Wie verhängnisvoll die Politik der DGB-Führung ist, das hat doch damals das Beispiel von Mannesmann-Kammerich in Bielefeld gezeigt. Das Werk sollte geschlossen werden. Was haben die Kollegen gemacht? Sie sind in den Streik getreten! Doch wo ist die IG Metall dort gewesen?

Die IG-Metall-Ortsverwaltung hat sich ausdrücklich gegen den Streik gestellt. Sie hat versucht, ihn überall zu unterlaufen. Sie hat versucht, ihn zu spalten. Wo hat der IG-Metall-Betriebsrat gestanden? Er hat versucht, den Kampf abzuwürgen. Er hat versucht, die Kollegen zu bedrohen und sie vom Streik abzuhalten. **Der einzige im Betriebsrat, der auf der Seite der Kollegen gestanden hat und den Streik auch direkt unterstützt hat, das war damals der RGO-Betriebsrat Norbert Wiedecke.**

Und es hat sich an diesem Kampf gezeigt, daß das auch unsere einzige Möglichkeit ist, wie wir unsere Arbeitsplätze verteidigen können. Nämlich durch den kompromißlosen Kampf, durch Streik!

Mannesmann/Bielefeld ist bestehen geblieben!

Oder das Beispiel Hoesch. Hatmut Siemon hat das hier vorhin im einzelnen schon ausgeführt. Wie ist es denn die ganzen Jahre hindurch gewesen, wo praktisch schon ein schleichender Arbeitsplatzabbau hier bei Hoesch stattgefunden hat? Und mittlerweile ist die gesamte Stahlbasis hier in Dortmund in Gefahr.

Wie lange hat es gedauert, bis die IG-Metall-Führung endlich zu der Demonstration aufgerufen hat, die dann am 28. November stattfand! Viel zu lange hat das gedauert!

Und sie wurde dann ganz bestimmt nicht organisiert, weil es der Herzenswunsch von einem Eugen Loderer gewesen wäre. Nein, Kollegen! Die Unruhe in den Betrieben, an der Basis, die auch mittlerweile schon weit über Hoesch, weit über Dortmund hinaus ging, das war der Grund, warum sich die Gewerkschaftsbonzen gezwungen sahen, hier endlich eine Demonstration durchzuführen.

Kollegen, ich will hier nicht hochstapeln und behaupten, daß diese Demonstration im wesentlichen ein Verdienst der RGO gewesen wäre. **Aber ich meine doch sagen zu können, daß die RGO mit ihrem Kampf der beiden Betriebsräte bei Hoesch einen ganz wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, daß hier in der gewerkschaftlichen Diskussion, in diesem gewerkschaftlichen Kampf einige Positionen sehr viel klarer wurden. Insofern hat die RGO bei Hoesch ganz erheblich dazu beigetragen, daß auf Druck der Basis diese Demonstration stattgefunden hat!**

Sozialpartner oder Klassenfeind?

Angesichts dieser Situation und angesichts des Kapitulationskurses der DGB-Führung stellt sich doch die Frage: Wie kommen wir aus dieser Misere heraus? Wie können wir den Angriffen der Unternehmer wirkungsvoll begegnen? Wie bekommen wir wirklich kampfstarke, entschlossene Gewerkschaften, die einzig und allein auf der Seite der Arbeiter stehen?

Handelt es sich bei den Widersprüchen im DGB, bei dem Widerspruch zwischen der Politik der Führung einerseits und den grundlegenden Interessen der Arbeiter, der Gewerkschaftsbasis, auf der anderen Seite — handelt es sich dabei um irgendwelche Meinungsverschiedenheiten? Um Dinge, die diese Leute, diese DGB-Führer heute einfach noch nicht so richtig klar sehen?

Nein, Kollegen! Ich meine, daß das keineswegs der Fall ist. **Die Politik der DGB-Führung basiert auf anderen Interessen!** Sie basiert auf der Ideologie der Sozialpartnerschaft. Die Bonzen betrachten den Kapitalisten eben nicht als Klassenfeind mit entgegengesetzten Interessen, sondern als einen Sozialpartner, mit dem man sich die Hand schüttelt. Mit dem man sich an einen Tisch setzt. Mit dem man verhandelt; darüber verhandelt, ob tausend Kollegen entlassen werden oder nicht!

Eine solche Politik ist aber von Grund auf auf die Niederlage und die Spaltung der Arbeiterbewegung angelegt.

Die RGO kämpft für die Gewerkschaftseinheit

Auf unserem Kongreß haben wir in der Entschließung zur Einheitsgewerkschaft dazu noch einmal ein klares Wort gesagt. Ich will hier ein Stück daraus zitieren:

„Die Gewerkschaft muß Kampfverband und darf nicht länger Ordnungsfaktor sein. Nicht Klassenversöhnung sondern Klassenkampf muß die Grundlage der Gewerkschaftspolitik sein. Auf der Grundlage der Zusammenarbeit und der Kumpanei mit den Unternehmern kann es keine Einheit der Gewerkschaftsbewegung geben. Was die Arbeiter eint, sind ihre gemeinsamen Klasseninteressen, die denen der Unternehmer unversöhnlich gegenüberstehen. Nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Unternehmer kann darum die Einheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden. Wer statt zum Kampf zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern aufruft, wie es die heutigen DGB-Führer tun, der spaltet die Einheit. Solange sie die Gewerkschaften beherrschen, solange es die reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse gibt, solange wird es auch keine Einheit der Arbeiterklasse geben, kann von Einheitsgewerkschaft keine Rede sein."



Thomas Scheffer bei seiner Rede in der Dortmunder Westfalenhalle

Kollegen, die Einheit ist eben keine formale Sache. Wir können die Frage der Einheitsgewerkschaft und die Frage der Arbeitereinheit in der Gewerkschaft auch nicht darauf reduzieren, ob es Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB gibt oder nicht. Natürlich werden wir für die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse kämpfen! Aber das reicht nicht aus.

Die ganze Politik des DGB ist auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung angelegt. Deswegen muß die gesamte Politik von Grund auf erneuert und umgekrempelt werden!

In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn wir sagen, wir wollen die DGB-Gewerkschaften erobern und sie zum Kampfinstrument der Arbeiterklasse machen.

Gut, stellen wir die Frage: Kämpft die RGO für die Einheit im DGB? **Jawohl, Kollegen! Aber für eine andere Einheit als sie die Vetter und die Loderer meinen!**

Und findet dieser Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften statt? Jawohl? Die RGO kämpft für den Zusammenschluß in den DGB-Gewerkschaften. Aber von der Basis her, indem sie dort die Arbeitereinheit schafft, gegen den Verrat der Bonzen!

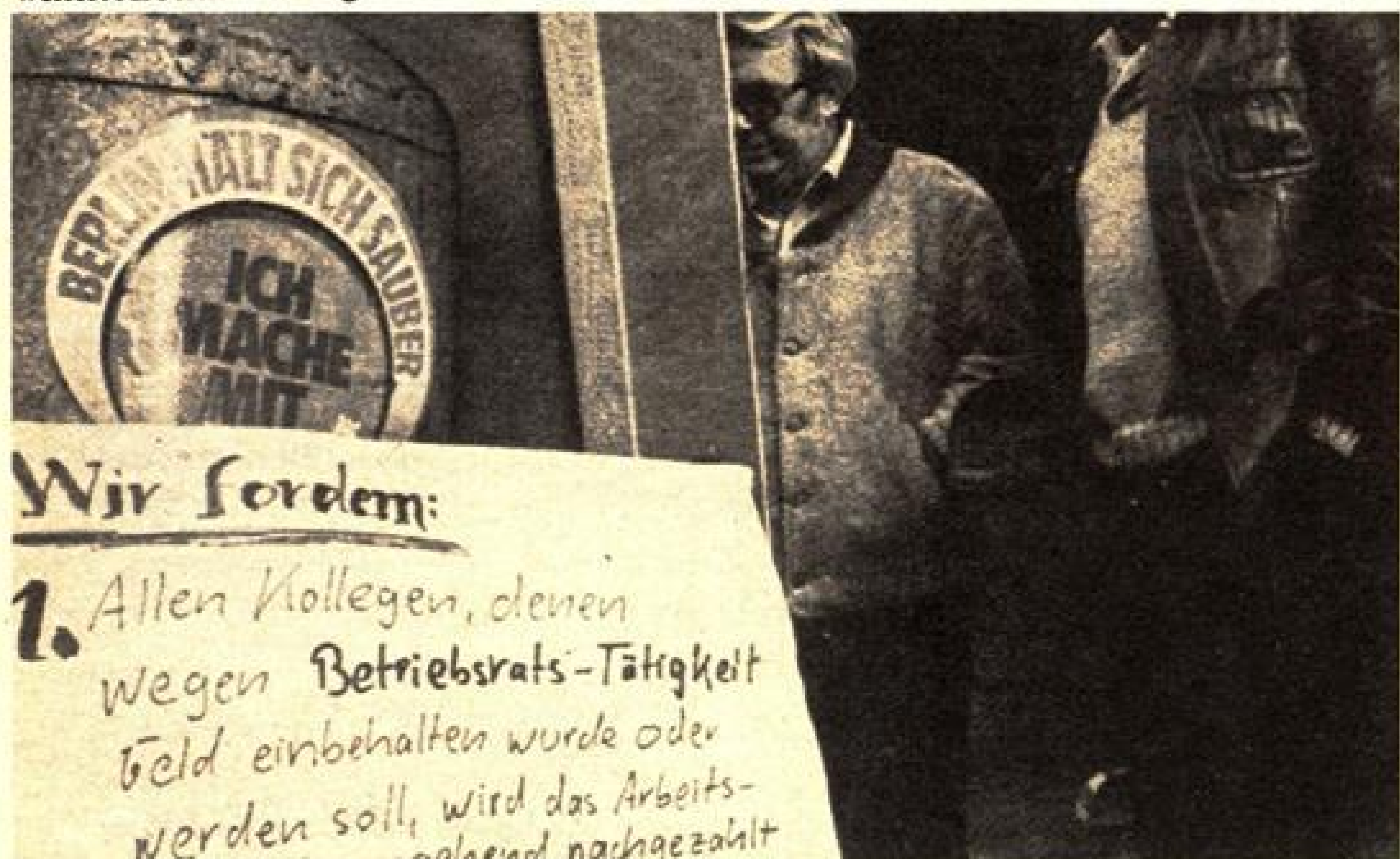
So wollen wir die Arbeitereinheit im DGB gegen Bosse und Bonzen herstellen. Wir wollen die DGB-Gewerkschaften in diesem Sinne umkrempeln.

Betriebsratswahl 1981

Klassenkämpferische Betriebsräte kontra Sozialpartnerschaft

Vom 1. März bis zum 31. Mai 1981 werden in der Bundesrepublik und in Westberlin die Betriebsratswahlen durchgeführt. Die aktive Vorbereitungsphase hat in vielen Betrieben bereits begonnen. Angesichts der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Rationalisierungsoffensive der Unternehmer braucht die Arbeiterklasse dringender denn je klassenkämpferische und revolutionäre Kollegen in den Betriebsräten.

Die Angriffe der Unternehmer auf die Belegschaften haben sich in den vergangenen Monaten verschärft und verschärfen sich weiter. Arbeiter und Angestellte sehen sich wachsendem Rationalisierungsterror gegenüber. In vielen Betrieben stehen Stillegungen und Massenentlassungen auf der Tagesordung. Mit allen Mitteln wälzen die Kapitalisten die Lasten der Krise auf die Arbeiter und kleinen Angestellten ab.



Heute noch eine Seltenheit: Bei der Mercator-Druckerei in Westberlin (Verlagshaus Meier) vertritt der Betriebsrat als Ganzes eine klassenkämpferische Politik.

Im Namen der Rentabilität

In dieser Situation, wo die Belegschaften mit Kampfmaßnahmen ihre Interessen verteidigen müssen, hängt sehr viel von der Haltung ihrer Betriebsräte ab. Aber in den meisten größeren Betrieben praktiziert der Betriebsrat bzw. die Betriebsratsspitze die vom Betriebsverfassungsgesetz vorgeschriebene vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Das ist ein schweres Handicap für die Arbeiterklasse. Betriebsräte, in denen Karrieristen und Arbeiterverräter das Sagen haben, erweisen sich als großes Hindernis für die Entfaltung des Widerstandes gegen die Angriffe der Unternehmer.

Beispiele wie Hoesch in Dortmund zeigen, daß sich solche Betriebsräte als Werkzeug der Konzernherren bei der Durchsetzung rücksichtsloser Angriffe auf elementare Arbeiterinteressen mißbrauchen lassen.

Im Namen der Rentabilität und des Unternehmergewinns stimmt man der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen und den Sanierungsprogrammen der Unternehmer zu. Hinter verschlossenen Türen wird über das Schicksal Tausender Belegschaftsmitglieder verhandelt, werden Sozialpläne abgeschlossen. Mit Demagogie und Einschüchterung wirkt man bei der Unterdrückung und Spaltung des Widerstands der Belegschaft mit.

Gegen Geheimratspolitik

Auch auf der anderen Seite zeigen Beispiele wie das von Hoesch aber auch, daß bereits die Existenz einer Minderheit von konsequent klassenkämpferischen Betriebsräten von großer Bedeutung ist und eine erhebliche Verbesserung der Kampfbedingungen für die Belegschaften darstellen kann.

Die beiden RGO-Betriebsräte bei Hoesch-Union haben als einzige von Anfang an gegen das sogenannte Kostensenkungsprogramm Front gemacht, haben ihre Zustimmung zur Vernichtung von 4200 Arbeitsplätzen verweigert und versucht, die „Geheimratspolitik" der Betriebsratsspitzen durch Weiterleitung von Informationen an die Belegschaft zu durchbrechen. Damit haben sie einen wichtigen Beitrag dafür geleistet, daß sich heute in den Hoesch-Belegschaften und unter den Werktätigen Dortmunds der Widerstand gegen das Vernichtungsprogramm der Estel-Hoesch-Kapitalisten formiert.

Es wäre allerdings eine sehr beschränkte Betrachtungsweise, wenn man die Bedeutung der Betriebsratswahlen nur im Hinblick auf den Widerstand einzelner Belegschaften gegen die jeweiligen Angriffe der Unternehmer sieht. Die Betriebsratswahlen haben darüber hinaus eine grundsätzliche Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung: **Abgesehen von den Tarifverhandlungen ist die von der großen Mehrheit der Betriebsräte praktizierte Kumpanei mit den Unternehmern der wirksamste Ausdruck der Ideologie und Politik der Sozialpartnerschaft.**

Lähmender Einfluß

Angefangen von den Toilettenräumen über Akkordfragen bis hin zum großangelegten Rationalisierungsplan: wo reaktionäre Kräfte im Betriebsrat das Heft in der Hand halten, wird dies alles im Rahmen der Klassenzusammenarbeit „erledigt" und so kanalisiert, daß es nicht zu Kämpfen kommt.

Dabei kommen nicht nur die unmittelbaren betrieblichen Forderungen und Interessen der Arbeiter und Angestellten unter die Räder. Von dieser sozialpartnerschaftlichen Paxis der Betriebsräte bzw. Betriebsratsspitzen in einem Großteil der mittleren und großen Betriebe geht auch eine verheerende Wirkung auf die gesamte Arbeiterbewegung aus: ein demoralisierender, demobilisierender und lähmender Einfluß.

Das bedeutet, daß heute die Betriebsräte in ihrer übergroßen Mehrheit eine Bastion des Reformismus und der reaktionären Führung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sind. Die Vorherrschaft des sozialpartnerschaftlichen Kurses und seiner Exponenten in den Gewerkschaften hat ihre Basis nicht zuletzt in diesen Betriebsräten, in der zersetzenden und lähmenden Wirkung, mit der sie die Entfaltung der Kämpfe in den Betrieben blockieren.

Umgekehrt aber kann über starke, klassenkämpferische Positionen in den Betriebsräten der Widerstand der Arbeitermassen gegen den Sozialpartnerschaftskurs der DGB-Führer und ihrer arbeiteraristokratischen Handlanger und der oppositionelle Kampf in den Gewerkschaften vorangetrieben und gestärkt werden.

So haben die Erfolge der RGO bei den letzten Betriebsratswahlen den Aufbau der RGO ein entscheidendes Stück vorangetrieben, und sie haben die Entwicklung der klassenkämpferischen Kräfte im DGB über die RGO hinaus gefördert.

Den DGB-Bonzen ist diese grundlegende politische Bedeutung der Betriebsratswahlen für die Arbeiterbewegung durchaus bewußt. Nicht umsonst gehen sie gerade in den Groß- und Mittelbetrieben mit allen Mitteln und oft in direkter Zusammenarbeit mit den Werksvorständen dagegen vor, daß konsequent klassenkämpferische Kollegen für den Betriebsrat kandidieren und gewählt werden.

Die DGB-Bonzen versuchen sich dabei mit Schlagworten zu rechtfertigen wie: *„Starke Betriebsräte mit starken Gewerkschaften"*. Im Funktionärsorgan des DGB „Die Quelle" heißt es: *„Nur starke in sich geschlossene Betriebsräte werden dem Arbeitgeberdruck standhalten und wirksame Betriebsratsarbeit für die Arbeitnehmer leisten können. Ein aufgesplitterter Betriebsrat wird dagegen leicht zum Spielball in der Hand des Arbeitgebers."*

Die Praxis entlarvt diese Sprüche aus dem Munde der DGB-Bonzen als pure Demagogie. Gerade die treuen Gefolgsleute der DGB-Führung in den Betriebsräten, die Betriebsratsfürsten an der Spitze der Betriebsräte vieler Großbetriebe, haben doch tausendfach die Kollegen verschaukelt! Gerade diese Bonzen zeichnen sich durch ihre „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Unternehmern aus!

Die Verlogenheit solcher Sprüche wird zusätzlich dadurch deutlich, daß die DGB-Bonzen nur allzuhäufig gemeinsam mit den Werksvorständen klassenkämpferische Betriebsräte durch fristlose Entlassung auszuschalten versuchten. Man denke nur an das Beispiel der beiden RGO-Betriebsräte bei Hoesch.

Es ist wahr: Die Arbeiterklasse braucht starke Betriebsräte und sie braucht starke Gewerkschaften: stark im Sinne des konsquenten Klassenkampfes gegen die Unternehmer; stark im Sinne von Arbeitereinheit, von Gewerkschaftseinheit im Kampf gegen die Macht des Kapitals.

Um diese Stärke und diese Einheit zu gewinnen, gilt es jetzt entschlossen dafür zu kämpfen, daß bei der Betriebsratswahl '81 möglichst viele klassenkämpferische Kollegen kandidieren und gewählt werden können!



Solche Betriebsräte gibt es leider noch viele. Der Kampf für klassenkämpferische Betriebsräte hat große Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Zum Aufruf des DGB zu den Betriebsratswahlen '81

Auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes?

Eingangs heißt es in dem Aufruf des DGB unter anderem: „Die neugewählten Betriebsräte haben in den nächsten drei Jahren auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes die betriebliche Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Arbeitgebern wahrzunehmen." Was heißt hier „auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes"?

Das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet jedes Belegschaftsmitglied zur „Wahrung des Betriebsfriedens". Es schränkt die Meinungsfreiheit der Beschäftigten massiv ein und beschneidet das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung in den Betrieben empfindlich. Das Betriebsverfassungsgesetz gehört zu den Instrumenten, mit denen die Bourgeoisie das Streikrecht verstümmelt hat. Es ist ein Knebelgesetz gegen die Arbeiterklasse.

Was die Stellung der Betriebsräte betrifft, so zielt dieses Gesetz darauf ab, den Betriebsrat zum Handlanger des Unternehmers zu degradieren und Betriebsräte zu „Geheimräten", zu einem Hindernis für eine konsequente Interessensvertretung der Belegschaften zu machen. Da ist die berüchtigte Verpflichtung für die Betriebsräte, „zum Wohle des Betriebes vertrauensvoll mit dem Arbeitgeber zusammenzuarbeiten". Da ist die Schweigepflicht, mit der die Betriebsräte zum Beispiel daran gehindert werden sollen, die Belegschaft über das zu informieren, was der Unternehmer mit ihren Arbeitsplätzen vorhat.

Das Betriebsverfassungsgesetz verbietet es den Betriebsräten, an der Vorbereitung und Durchführung von Kampfmaßnahmen der Belegschaften mitzuwirken. Es verpflichtet sie, bei spontanen Aktionen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen.

Auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes wurden bereits Tausende von kämpferischen Arbeiter und Angestellten wegen „Störung des Betriebsfriedens" fristlos entlassen, zum Teil nur deshalb, weil sie auf einer Betriebsversammlung ihre Meinung gesagt haben!

Leider haben in zahlreichen Fällen solche Betriebsräte, die ihre Tätigkeit im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes auffassen, wie es der Aufruf des DGB ja fordert, solchen Entlassungsterrors auch noch ihre Zustimmung gegeben! Auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes wurden auch schon ungezählte kämpferische Betriebsräte gefeuert, weil sie konsequent für die Interessen der Kollegen eingetreten sind.

Natürlich muß jeder Betriebsrat bis zu einem gewissen Grad die Knebelparagraphen des Betriebsverfassungsgesetzes bei seinem taktischen Vorgehen berücksichtigen. Andernfalls würde er den Bossen allzuleicht juristische Handhaben liefern, mit denen er dann fristlos entlassen werden kann. Unbestritten ist auch, daß gewisse Spielräume, die das Betriebsverfassungsgesetz zur Wahrnehmung der Belegschaftsinteressen noch offenläßt, konsequent ausgenutzt werden müssen.

Wer aber die Betriebsräte auffordert, dieses reaktionäre Knebelgesetz zur *Grundlage ihrer Tätigkeit* zu machen, der ruft sie praktisch zum Verrat an den Arbeiterinteressen auf, zur sozialpartnerschaftlichen Geheimratspolitik, zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmern!

Diese reaktionäre Stoßrichtung durchzieht den Aufruf des DGB zur Betriebsratswahl 1981 in allen wesentlichen Punkten. Anstatt zum Beispiel den Betriebsräten die Aufgabe zu stellen, für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze einzutreten, heißt es in dem Aufruf, sie sollten eintreten für eine *„den Arbeitnehmerinteressen gerecht werdende Personalplanung, die einem Personalabbau und einer Arbeitsplatzvernichtung entgegenwirkt"*.

Behaupten nicht die Unternehmer immer scheinheilig, ihre Rationalisierungsmaßnahmen würden einer Arbeitsplatzvernichtung „entgegenwirken", weil sie notwendig seien, um wenigsten einen Teil der Arbeitsplätze zu sichern? Haben nicht immer wieder opportunistische Betriebsräte mit der gleichen Begründung ihre Zustimmung zu Kurzarbeit, Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassungen gegeben?

Betriebsräte, die sich nicht als Handlanger der Kapitalisten gegen die Belegschaft mißbrauchen lassen wollen, können ihre Aufgabe nicht darin sehen, bei der „Personalplanung" des Unternehmens mitzuwirken. **Das läuft darauf hinaus, bei der Leitung der Unternehmen im Sinne der Sicherung des Unternehmerprofits „mitzubestimmen" und „Mitverantwortung" bei der Ausbeutung der Arbeiter zu übernehmen.**

Betriebsräte, die nicht Unternehmerknechte sein wollen, müssen stattdessen die kompromißlose Verteidigung der Arbeiterinteressen zur Grundlage ihrer Tätigkeit machen. Das heißt, daß sie sich niemals an der Rentabilität des Betriebes im Sinne des Unternehmerprofits orientieren dürfen, sondern ausschließlich an dem, was für die Kollegen notwendig ist: Erhaltung aller Arbeitsplätze, keine Zustimmung zum Personalabbau oder gar zu Entlassungen, Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen usw.

Mit einem Wort: Betriebsräte dürfen nicht die sogenannte Sozialpartnerschaft praktizieren, sondern müssen eine klassenkämpferische Politik verfolgen.

Neun Jahre Kampf gegen Berufsverbote

28. 1. 1981: Neun Jahre sind vergangen seit der Ministerpräsidentenkonferenz, die den berüchtigten „Radikalenerlaß“ verabschiedete. Die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik geht somit ins zehnte Jahr. Daß dieses zehnte Jahr nicht eines wie jedes andere werden muß, zu dieser Erwartung geben die Ereignisse der letzten zwölf Monate Anlaß. Die Demokraten haben sich eine gute Position geschaffen im Kampf für ihr Ziel: die vollständige Beseitigung des Berufsverbots-Erlasses!

Dieser Kampf ist genau so alt wie der Erlaß selbst. Niemals ist er akzeptiert worden, wenn sich auch am Anfang wohl kaum einer eine konkrete Vorstellung von den Ausmaßen der hier in gang gesetzten Gesinnungsschnüffelei, der Verfolgung und der durch sie hervorgerufenen sozialen Notlage für die Betroffenen gemacht hatte.

Die Erfahrung dieser neun Jahre zeigt, daß in die schönen Worte der Politiker, die auf den Protest folgten, nicht das geringste Vertrauen zu setzen ist. Solch schöne Worte gibt es nun schon seit Jahren, aber im wesentlichen blieb alles beim alten.

Schöne Worte

Wir erinnern uns an die bedauernden Worte Willy Brandts, der den Radikalenerlaß, für dessen Verabschiedung die damals von ihm geführte SPD die Verantwortung trägt, als einen „Irrtum“ bezeichnete. Das war 1976. 1978 wurde die „Liberalisierung“ angekündigt. 1979 hieß es schon „Abschied vom Extremistenerlaß“. 1980 ging es um eine sogenannte „Differenzierung“ bei seiner Anwendung. Und heute? Es geht immer weiter! Nehmen wir nur einige Beispiele aus dem vergangenen Monat, Januar 1981.

- Das Verwaltungsgericht Kassel bestätigte das Berufsverbot für den Gießener Lehrer Mario Berger. Dieser war von der hessischen Landesregierung (SPD/FDP) mit Berufsverbot bedacht worden, weil er für den MSB Spartakus für das Studentenparlament kandidiert hatte — und weil er von der DKP Glückwünsche zu seiner Hochzeit entgegennahm!
- Vor dem Landesarbeitsgericht in München kämpfte die Englisch-Lehrerin Cornelia Stoll um ihre Einstellung. Sie wird seit mehreren Jahren an der Ausübung ihres Berufes gehindert, nur weil sie Pazifistin und Mitglied der DFG/VK ist!
- Noch immer läuft das Verfahren des Rotgardisten Georg Herrmann gegen die Stadt Ludwigshafen. Georg sollte als Chemielaborant die Abwässer der BASF untersuchen. Dafür erschien den Kapitalisten ein Kommunist nicht tragbar, und er wurde von der Stadt gefeuert! In erster Instanz gewann Georg. Die Stadt wird aber wohl Berufung einlegen.
- In Bayern werden fünf Lehrer nicht verbeamtet, weil man ihnen Reisen in die DDR, die Unterzeichnung eines Aufrufes „Beendet das Wettrüsten“ und ein Referat auf einer Veranstaltung über Berufsverbote (!) vorwirft. Die fünf sind Mitglieder der ... SPD! Hier kehrt sich der Radikalenerlaß gegen Mitglieder der Partei, die ihn zu verantworten hat. Die SPD kritisierte denn auch nur die „bayrisch-eskalierende Handhabung“ des Erlasses, die sie als eine „neue Perversion“ bezeichnete. (Sind die anderen Berufsverbote nicht, oder weniger pervers?) Aber solche Auswüchse werden sicher die in der SPD selbst vorhandenen Widersprüche gegen die Berufsverbote verschärfen.

Die Möglichkeiten, mit juristischen Mitteln gegen ein Berufsverbot anzugehen, wurden in der Hochzeit der Liberalisierungsphrasen sogar noch eingeschränkt. Anfang Dezember 1980 entschied das Bundesverwaltungsgericht, daß die Landesverwaltungsgerichte die Entscheidungen der Einstellungsbehörde im Falle einer Gegenklage nicht mehr inhaltlich prüfen dürfen, sondern nur noch die Einhaltung der für ein Berufsverbotsverfahren vorgeschriebenen Formalitäten durch die Behörde zu beurteilen haben.



Demonstration gegen Berufsverbote

Gleichschaltung der Justiz

Und das ist nicht alles. Wenn sich einmal ein Richter findet, der mit der total undemokratischen Berufsverbotspraxis nicht einverstanden ist und es wagt, dies auch noch öffentlich zu äußern, bekommt er sofort arge Schwierigkeiten. So geschehen im Fall des Hildesheimer Richters Ulrich Vultejus, der — wie über 700 andere Personen — eine Zeitungsanzeige gegen das Berufsverbot für den DKP-Lehrer Matthias Wietzer unterzeichnet hatte. Das niedersächsische Justizministerium leitete eine Untersuchung ein, um dieses Verhalten unter „dienstrechtlichen Gesichtspunkten“ zu prüfen. Ein Verstoß gegen die Dienstpflichten, so schrieb ihm das Ministerium, „kann einmal darin gesehen werden, daß Sie für einen Linksextremisten während seines Rechtsstreits, in dem seine politische Einstellung und sein politisches Verhalten eine entscheidende Rolle spielen, öffentlich eintreten. Zum anderen darin, daß Sie daran mitwirken, die den Rechtsstreit entscheidenden Richter unter politischen Druck zu setzen und damit ihre richterliche Unabhängigkeit einzuschränken.“

Die freie Meinungsäußerung soll es also im Justizwesen nicht geben! Nebenbei wird hier jede öffentliche Äußerung gegen ein Berufsverbot als unzulässig bezeichnet, weil sie ja die Richter beeinflußt... Ihre Verfahren in aller Stille über die Bühne zu ziehen, das könnte diesen Herren so passen!

Es war und ist also immer noch nichts mit der versprochenen „Liberalisierung“.

Auf den Erfolgen aufbauen...

Dennoch ist der anfangs gegebene optimistische Ausblick auf das kommende Jahr berechtigt. Dieser Optimismus hat seine Grundlage in deutlichen Fortschritten innerhalb der Bewegung gegen die Berufsverbote.

Zum einen verstärken und vervielfachen sich die Proteste. Auch hier ein Beispiel aus dem Ausland, Januar 1981: Als einen „unwürdigen Verstoß gegen die Menschenrechte“ bezeichneten Mitglieder der Ratsfraktion der holländischen Partei der Arbeit (Sozialdemokraten) in Oldenzaal die Berufsverbote in Westdeutschland. Sie hatten Vertreter der Bürgerinitiative gegen Berufsverbote aus Rheda-Wiedenbrück eingeladen. Evert van Dijk, Vorstandsmitglied der PdA, erklärte: „Trotz der vom SPD-Parteivorstand angemeldeten Bedenken werden wir uns auch weiterhin für verfolgte Kommunisten einsetzen, weil die Menschenrechte für uns unteilbar sind.“

Zum anderen gab es in der Bundesrepublik gute Erfolge, wurde die Zurücknahme etlicher Berufsverbote erreicht. Einer der eindrucksvollsten Erfolge war sicher die Verbeamtung der acht Lehrer in Hamburg, die nach jahrelangem Kampf am 8. Oktober 1980 erfolgte. „Acht Kommunisten als Lehrer — wie kann ich mein Kind vor ihnen schützen?“ — so hetzte damals die „Bild“-Zeitung. Hier wurde mit Heike Gohl eine Lehrerin eingestellt, deren Verfahren vor neun Jahren in Hamburg den Anfang der Berufsverbotepraxis markierte.

...die Einheit festigen

Und weiter gab es ermutigende Beispiele zu einer breiteren und einigeren Aktionsfront im Kampf gegen die Berufsverbote. Auch hier ist der genannte Hamburger Fall ein Beispiel, denn es waren Menschen, die unserer Partei, und solche, die der DKP nahestehen gemeinsam betroffen, sie haben sich gemeinsam gewehrt und haben gemeinsam gesiegt. Der Fall Georg Herrmann ist ein weiteres Beispiel. Auch hier kam eine Unterstützung durch ein der DKP-nahestehendes Berufsverbotskomitee zustande, im gemeinsamen Kampf wurden die Kontakte geknüpft. Die Solidarität reichte bis in SPD-Kreise hinein.

Das ist keineswegs selbstverständlich. Es ist bekannt, daß auch unsere Partei in der Frage der Aktionseinheit gegen Berufsverbote in der Vergangenheit Fehler begangen hat. Diese drückten sich vor allem darin aus, daß in vielen Fällen DKP-Mitglieder von uns nicht unterstützt wurden, weil sie eben einer revisionistischen, also arbeiterfeindlichen Organisation angehörten. Das war natürlich ein schwerer Fehler, denn verfolgt wurden sie vom Staat wegen ihrer demokratischen Arbeit an den Schulen, die den Behörden nicht paßte. Wir haben diesen Fehler vor Jahren korrigiert. Nun aber zeigte es sich, daß die verbissensten Gegner einer breiten Front ohne Ansehen der politischen Meinung oder Parteizugehörigkeit der verfolgten Antifaschisten und Demokraten gerade in der DKP sitzen, zumeist in verantwortlichen Gremien. Und es ist bis heute so, daß in den Presseorganen dieser Partei Berufsverbote gegen unsere Genossen und uns nahestehende Menschen keine Erwähnung finden. Daß im praktischen Kampf aber einige Durchbrüche erzielt werden konnten, ist ein gutes Zeichen. Sie kamen zustande durch den engen persönlichen Kontakt mit den einfachen Mitgliedern, dadurch, daß man sich in der gemeinsamen Arbeit kennengelernt hat. Die Spaltungsversuche wurden hier abgeblockt.

Eid auf die Verfassung?

Bedenklich wird es besonders, wenn man sich theoretische Begründungen sucht, um einem vom Berufsverbot Betroffenen die Unterstützung zu verweigern. So ist bei mehreren Gelegenheiten deutlich geworden, daß die DKP zum Beispiel unsere Genossen nicht unterstützen will, weil sie nicht vorbehaltlos auf dem Boden des Grundgesetzes stünden. Womit nicht gemeint sein kann, daß wir die dort verankerten demokratischen Grundrechte nicht verteidigen, sondern daß wir nicht verschweigen, daß es sich insgesamt um die Verfassung eines kapitalistischen Staates handelt! Auch im Falle Georg Herrmann haben sich DKP-Funktionäre sehr schwer getan, bevor sie die Unterstützung befürworteten. In den von Georg unterzeichneten antifaschistischen Flugblättern war allerdings nicht einmal etwas „grundgesetzfeindliches“ zu finden.

Es geht unseres Erachtens absolut nicht an, daß hier von einer Partei, deren eigene Mitglieder oft schwer von Berufsverboten betroffen sind, ihrerseits bei anderen Berufsverbotsopfern eine Gesinnungsprüfung durchführt, von deren Ausgang sie dann die Unterstützung abhängig macht. Damit rückt man selbst in die Nähe der Staatsorgane, deren Machenschaften es es zu bekämpfen gilt.

Im übrigen bekämpfen auch wir die Berufsverbote als eine **verfassungsfeindliche Einrichtung**, die den in den ersten Artikeln des Grundgesetzes festgelegten Menschenrechten widerspricht. Diese Einschätzung ist auch eine Grundlage für die breiteste Einheit im demokratischen Kampf für ihre Abschaffung.

Wir halten aus den genannten Gründen auch nichts von dem am 12. Januar verkündeten Vorschlag der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen“ (ASJ), der zwar feststellt, die Zugehörigkeit zu einer „verfassungsfeindlichen Partei“ oder eine Kandidatur für sie reiche als Ablehnungsgrund „keinesfalls“ aus, aber eine Vereidigung jedes einzelnen Bewerbers auf das Grundgesetz fordert. Bewerbern, die gegen die „unabänderlichen Grundprinzipien der Verfassung“ aufgetreten sind (und das sind eben nicht einfach die Grundrechte, zu deren Verteidigung wir jederzeit bereit sind, sondern das Recht auf Privatbesitz an Produktionsmitteln, auf Ausbeutung usw.) , sollen sich drei Jahre lang „bewähren“ dürfen und dann doch eingestellt werden können. Das ist nicht, wie diese Juristen meinen, die „Lösung des Radikalen-Problems“!

Keine Halbheiten!

Nein, keine Halbheiten. Keine „Relativierung“ des Berufsverbotserlasses, keine „Differenzierung“ oder ähnliche Gaukeleien. Der Radikalenerlaß als ganzes muß fallen! Die Berufsverbote müssen weg!

Nun mag immer noch einer sagen: ja, aber was ist nun mit den Nazis? Die sind doch auch verfassungsfeindlich, und die sollen doch nicht Lehrer werden! Kann man den Vorschlag des ASJ nicht in dieser Richtung verstehen?

Nein, so geht es nicht. Die Frage der Faschisten ist nicht im Rahmen eines Radikalenerlasses zu lösen. Unsere Forderung heißt nicht einfach nur: „Berufsverbot für Faschisten!“, unsere Forderung heißt: Verbot und Auflösung der faschistischen Organisationen! Verbot und Verfolgung der faschistischen Propaganda und Betätigung, in jeder Form und überall! Naziverbrecher ins Gefängnis!

Deshalb bleibt die uneingeschränkte Forderung: Weg mit den Berufsverboten! Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!

Nutzen wir die positiven Ansätze, die Erfolge der letzten Monate zu einem Ausbau der Bewegung, festigen wir die Einheit der Demokraten. Dann werden wir am zehnten Jahrestag des schändlichen Erlasses weitere Efolge zu verzeichnen haben!

Nach Berufsverbot — kein Pflegekind

Werden Kommunisten bald die Kinder weggenommen?

Faschistische Gedankengänge eines Abgeordneten

KLEVE.— Welche Ausmaße die Verfolgung von Menschen, die mit einem Berufsverbot belegt wurden, in Westdeutschland schon angenommen hat, wurde gerade zum neunten Jahrestag des Radikalenerlasses in Kleve deutlich. Dem Hauptschullehrer Uwe Hüttemann, als DKP-Mitglied vom Berufsverbot betroffen, und seiner holländischen Frau Bernadette Ronnes verweigerten die städtischen Behörden die Aufnahme eines fünfzehnjährigen drogengefährdeten Mädchens als Pflegekind.

In dem Ablehnungsbescheid für die Pflegeerlaubnis heißt es: „Wenn Sie auch eine strafbare politische Tätigkeit nicht entfaltet haben, so steht doch nach dem rechtskräftigen Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 3.9.1980 fest, daß sie aktives Mitglied der DKP sind. (...) Wenn Sie sich jedoch zu einer aktiven Mitgliedschaft in einer solchen Partei bekennen, kann die von Ihnen beantragte Pflegeerlaubnis nicht erteilt werden, **da nicht die Gewähr gegeben ist, daß das Pflegekind bei ihnen im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erzogen wird...** (Hervorhebung von uns — Red.)

Der Unterzeichner dieses Beschlusses ist Dr. Wilhelm Pfirrmann, Erster Beigeordneter der Stadt Kleve. Im Westdeutschen Rundfunk ging dieser Herr noch weiter: Auf die Frage eines Reporters, ob man bei dieser Begründung nicht zu dem Schluß kommen müsse, daß Kommunisten das Sorgerecht auch für die eigenen Kinder entzogen werden müsse, antwortete er, das stünde jetzt nicht zur Debatte, müßte aber geprüft werden“!

Mit diesen Ausführungen erweist sich Pfirrmann als Faschist. Zustände, wie er sie anstrebt, hat es in Deutschland bisher nur unter der Hitler-Diktatur gegeben. Geht es nach solchen Männern, müssen alle, die nicht die Gewähr für ein vorbehaltloses Eintreten für die kapitalistische Ausbeuterordnung der Bundesrepublik bieten, damit rechnen, daß ihnen ihre Kinder geraubt werden! — Ein Mensch wie Pfirrmann hat in einer verantwortungsvollen Tätigkeit, in einem öffentlichen Amt nichts zu suchen, er ist eine Gefährdung für die Allgemeinheit!

Und Pfirrmann steht nicht allein — sein Dienstvorgesetzter, Oberstadtdirektor Dr. Schroer, stellte sich hinter ihn. Die Stadt habe sich „an die Rechtsprechung gehalten“ und „ja nur einen Antrag abschlägig beschieden“.

Daß dabei auch das Schicksal des betroffenen Kindes nicht interessiert, versteht sich von selbst. Was aber macht es schon, wenn es in einer so wichtigen Entwicklungsphase zurückgeworfen wird —, Hauptsache, sein Seelenheil ist gerettet.

Ganz so offen wollen allerdings die Politiker in den höchsten Ämtern denn doch nicht auftreten. So zeigte sich der NRW-Arbeitsminister Farthmann „entsetzt“ über den Vorfall und bezeichnete ihn als eine „Blamage für unsere freie gesellschaftliche Ordnung.“ Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beschränkung der Freiheit von höchster Stelle angeordnet wird. Die kleineren Handlanger haben nur machmal den Fehler, daß sie den Gedanken ihrer Auftraggeber ohne Beschönigungen und taktische Rücksichten zu Ende denken und öffentlich aussprechen; dabei schießen sie dann manchmal über das Ziel hinaus. **Die Entscheidung der Stadt Kleve muß aufgehoben werden!**

Die Berufsverbote müssen fallen!

Wiederaufnahmeverfahren im Reichstagsbrandprozeß (II)

Vom Reichstagsbrand zum „Volksgerichtshof"

„Nein, Lubbe ist kein Kommunist, kein Anarchist, er ist ein mißbrauchtes Werkzeug des Faschismus." Mit der Entlarvung der Nazis als den wahren Verantwortlichen für die Reichstagsbrandstiftung, die den Auftakt zur barbarischen Verfolgung der Kommunisten und aller Antifaschisten im Nazi-Deutschland darstellte, endete der erste Teil unseres Artikels über die Hintergründe des Freispruchs von Marinus van der Lubbe im Wiederaufnahmeverfahren des Reichstagsbrandprozesses vor dem Landgericht Berlin, Dezember 1980. Was sich laut diesem Urteil „geradezu aufdrängen" mußte — eben diese Schuld der Nazis — wies Dimitroff bereits vor 46 Jahren nach. Er tat das so gründlich, daß kaum ein denkender Mensch in der Welt mehr den Unschuldsbeteuerungen der Nazis glaubte.

Aber nicht nur die Nazis versuchten, sich reinzuwaschen. Nach ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg fanden sich auch in Westdeutschland Menschen, gewissenlose Schreiberlinge, die sich mit solchen Versuchen hervortaten. Und es gibt sie heute noch, auch nach dem jüngsten Berliner Urteil.

Die Lüge vom „Einzeltäter"

In einem Kommentar der „Frankfurter Rundschau" vom Dezember 1980, geschrieben von Horst Köpke, heißt es, das jüngste Urteil ändere „nichts an der historischen Wahrheit", daß von der Lubbe der alleinige Täter sei. Er habe ein „Fanal zum Widerstand" setzen wollen, das die Nazis dann leider ausgenutzt hätten.

Köpke beruft sich dabei auf den Historiker Fritz Tobias, der dem „Spiegel" 1959 sein Manuskript „Der Reichstagsbrand, Legende und Wirklichkeit" zum Vorabdruck überließ. Diese Schrift, die sich durch großen Erfindungsreichtum ihres Verfassers ebenso auszeichnet wie durch die große Anzahl alter Nazis, die er als „Zeugen" aufführt, wurde damals von Rudolf Augstein bejubelt: „Es bleibt nicht der Schatten eines Beweises, um den Glauben an die Mittäterschaft der Nazi-Führung lebendig zu halten." Ein solcher Kommentar paßte durchaus in die Zeit, nach dem drei Jahre zuvor erfolgten neuerlichen Verbot der KPD...



Karikatur zum „Braunbuch" aus der sowjetischen Zeitung „Iswestija" (1933)


Georgi Dimitroff beim Reichstagsbrand-Prozeß in Leipzig

„Braunbuch" und „Gegenprozeß"

Gleichzeitig beschimpft Tobias in übelster Weise die internationale antifaschistische Arbeit, die im Vorfeld des Prozesses einsetzte und weit über kommunistische Kreise hinausging. Besonderen Haß hat dieser Antikommunist, der heute wieder zu Ehren kommt, auf das „Braunbuch" vom August 1933. Dieses Buch, an dem viele in der Illegalität in Deutschland kämpfende Antifaschisten mitgearbeitet haben, gibt eine genaue Darstellung der politischen Hintergründe des Prozesses und schildert in allen damals bekannten Einzelheiten die Umstände des Reichstagsbrandes. Aber nicht nur das. Es legte der Öffentlichkeit den ersten authentischen Bericht über die Greueltaten des Hitler-Faschismus in den ersten Monaten nach der Machtergreifung vor.

Dieses „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror" gibt es heute als Faksimile-Nachdruck im Röderberg-Verlag. Wir empfehlen es allen unseren Lesern!

Weiteren großen Anteil an der Verbreitung der Wahrheit hatte der sogenannte „Londoner Gegenprozeß". Anerkannte Juristen aus acht verschiedenen Ländern unter dem Vorsitz des britischen Kronanwalts D.N. Pritt (damals Mitglied der Labour-Party) bildeten eine Untersuchungskommission, die eine große Anzahl Zeugen hörte, die amtlichen deutschen Berichte prüfte und auch der Geschichte van der Lubbes nachging. Die Untersuchung lief, wie selbst die bürgerlichen Medien schnell anerkennen mußten, äußerst sachlich und objektiv ab. Sie entsprach den strengen Maßstäben eines englischen Gerichtes. Die Kommission schloß ihre Arbeit rechtzeitig vor Beginn des Leipziger Prozesses mit dem folgenden **Schlußfolgerungen** ab: „1. daß van der Lubbe nicht Mitglied, sondern ein Gegner der Kommunistischen Partei ist; daß keine Spur einer wie immer gearteten Verbindung zwischen der KPD und dem Reichstagsbrand besteht; daß die Angeklagten Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff nicht nur unschuldig sind an dem Verbrechen, sondern daß sie auch in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, mit dem Verbrechen in Verbindung bzw. in Beziehung standen; 2. daß die Dokumente und die mündlichen Aussagen sowie das übrige Material, das die Kommission in Händen hat, geeignet sind, festzustellen, daß van der Lubbe das Verbrechen nicht allein begangen haben kann; 3. daß die Prüfung aller Eingangs- und Ausgangsmöglichkeiten vom und zum Reichstag es höchst wahrscheinlich macht, daß die Brandstifter den unterirdischen Gang benutzt haben, der vom Reichstagspräsidentenpalais (dem Sitz Görings — Red.) zum Reichstag führt;

daß ein solcher Brand zu der in Frage kommenden Zeit von großem Vorteil für die Nationalsozialistische Partei war;

daß aus diesem und aus anderen Gründen, die im III. Teil des Berichts behandelt sind, schwerwiegende Anhaltspunkte für den Verdacht gegeben sind, daß der Reichstag von führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Partei oder in deren Auftrag in Brand gesetzt wurde.

Die Kommission ist der Ansicht, daß jede rechtsprechende gerichtliche Institution diesen Verdachtsmomenten nachzugehen verpflichtet ist."

(Die Arbeit der Kommission beschreibt D.N. Pritt in seinem Buch „Der Reichstagsbrand", das 1959 im Ostberliner Kongreß-Verlag erschienen ist.)

Die Arbeit der Juristen in London und die Herausgabe des „Braunbuchs" legten so schon früh die Grundlage zu einer internationalen Anti-Nazi-Front und waren für die Angeklagten in Leipzig eine große Unterstützung.

Der Held von Leipzig

Dimitroffs Auftreten in Leipzig zerschlug die Pläne der Faschisten, seine offensive, revolutionäre Verteidigung rettete das Leben der vier kommunistischen Angeklagten. Auch das des Mitglieds der KPD-Fraktion Ernst Torgler, der dem Druck der Nazis nachgab, sich von der revolutionären Verteidigung Dimitroffs distanzierte und sich allein auf die Verteidigung durch den von den Nazis gestellten Pflichtverteidigers Sack verließ. Dieser hätte ihm den Tod sicher nicht erspart. Torgler, den die Nazis noch nach dem Urteil in Schutzhaft behielten, wurde zum Verräter. Nach dem Kriege erniedrigte er sich so weit, daß er Tobias seine Dankbarkeit für dessen „Enthüllungen" ausdrückte.

Nun, der Renegat Torgler ist vergessen. **Dimitroff, dessen Geburtstag sich am 18. Juni zum 99. Male jährt, aber lebt in den Herzen aller Antifaschisten!**

Der „Volksgerichtshof"

Nach dem Fiasko des Reichstagsbrandprozesses gingen die Nazis daran, das Justizwesen noch stärker an die Kandare zu nehmen, es vollständig ihrer Diktatur zu unterwerfen und mit ihren Marionetten zu durchsetzen. Waren die Richter des Reichsgerichts zu Leipzig noch Berufsrichter aus der Zeit vor der Machtergreifung, so traten in der Folgezeit eingefleischte Nazis in die höchsten Richterämter ein.

Ein Zeichen dafür, daß die Nazis Anfang 1933 noch nicht so selbstsicher waren und die Meinung der Weltöffentlichkeit noch fürchteten, war ja die Tatsache, daß sie es weder wagten, ein Sondertribunal mit dem Reichstagsbrandverfahren zu betrauen, noch besondere Richter zu diesem Zweck ans Reichsgericht zu berufen. Sie wollten ja ausdrücklich vor den Augen der Weltöffentlichkeit Eindruck schinden mit einem „ordentlichen" Gerichtsverfahren, und schließlich waren die alten Richter ja auch dem Druck der Faschisten ausgesetzt und versuchten, der ihnen zugedachten Rolle nach Kräften zu genügen. Den beherrschenden Einfluß auf die Weltmeinung übte dann jedoch die Arbeit des „Londoner Gegenprozesses" aus, und das Auftreten Dimitroffs in Leipzig zerschlug ihre Pläne vollends.

Daraufhin hörte es auch auf mit dieser Rücksichtnahme.

Im Angesicht ihrer völlig unplanmäßigen Niederlage, bloßgestellt vor aller Welt, verbargen sie nicht ihre Enttäuschung und Wut.

„Das Fehlurteil von Leipzig — letzter Anstoß zur Überwindung einer überalterten Rechtsprechung". So kündete der „Völkische Beobachter" die beabsichtigten Konsequenzen an. Und er brachte eine Stellungnahme der „Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz:

„Das Urteil im Reichstagsbrandprozeß (...) ist nach dem Rechtsempfinden des Volkes ein glattes Fehlurteil. Wir können uns nicht einmal die formaljuristischen Gründe des Gerichts zu eigen machen, da selbst die dem heutigen Rechtsbewußtsein in keiner Weise entsprechen. Wenn das Urteil nach dem wahren Recht das im neuen Deutschland wieder seine Geltung haben soll und im Volksempfinden seine Wurzeln hat, gesprochen worden wäre, hätte es anders gelautet; dann wäre allerdings auch schon die ganze Prozeßlage und die Prozeßführung (...) eine andere gewesen (...) So ist gerade dieses Urteil ein Fehlurteil, das mehr vielleicht als jedes andere die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform unseres Rechtslebens, das sich vielfach noch in den Gleisen überwundenen volksfremden liberalistischen Denkens bewegt, mit aller Deutlichkeit beweist und vor Augen führt."

Dieses Geschimpfe vermag — zumal heute — natürlich niemanden darüber hinwegzutäuschen, daß es nicht die Prozeßführung „liberalistischer" Richter war, die zum Freispruch der vier Kommunisten führte, sondern der mit ungeheurem Geschick, glasklarer politischer Analyse und unbeugsamer Standhaftigkeit vorgetragenen Verteidigung Georgi Dimitroffs, der hier im wahrsten Sinne des Wortes zum Ankläger wurde und für alle revolutionären Angeklagten vor einem bürgerlichen Klassengericht ein unvergeßliches Beispiel setzte. Ebensowenig täuscht es darüber hinweg, daß die Fäden der Prozeßführung nicht bei einem „unabhängigen Gericht", sondern in den Händen des Reichsministers Hermann Göring, der mit seinem großmäuligen Auftreten allerdings total Schiffbruch erlitt.

In Zukunft jedenfalls sollte es für Angeklagte keine Verteidigungsmöglichkeit mehr geben. Mehr und mehr gingen die Nazis auch dazu über, Antifaschisten jahrelang ohne Prozeß festzuhalten. So fand zum Beispiel der lange Zeit groß angekündigte Thälmann-Prozeß nie statt; zu groß war die Angst der Verbrecher, daß sich das von Dimitroff gegebene Beispiel wiederholen würde.

Im übrigen wurden natürlich viele Menschen gleich von den Nazimördern erschlagen oder erschossen, ohne Festnahme oder Verfahren.

Für seine zukünftigen Prozeß-Farcen aber baute das Regime die geeigneten Un-Rechtsinstrumente auf. Und in dieser Hinsicht war die Konsequenz aus der Niederlage von Leipzig die Einrichtung des berüchtigten „Volksgerichtshofs".

Fortsetzung im nächsten RM

Norddeutsche Ausgabe / Ausgabe A — Ausgabe A / Norddeutsche Ausgabe

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Todesstrafe für Lubbe

Freispruch für Torgler und die Bulgaren

Zahlreiche Gnadenerweise zum Weihnachtsfest — Sechs Monate Gefängnis für den früheren „Wohlfahrtsminister" Hirtsiefer — Kulturpolitische Zusammenarbeit Reich-Preußen

Das Fehlurteil von Leipzig

Deutsche Weihnacht 1933

Das Naziorgan „Völkischer Beobachter" zum Urteil

Meldungen

Nazi-Brandstifter

Sie wollten „den Linken einen Denkzettel verpassen", die Faschisten Manfred Linnenbrügger (Bielefeld), Josef Böhle und Manfred Pauquot (beide Paderborn). Deshalb versuchten sie am 27. September 1980, das Haus des Schaufenstergestalters Siegfried Laffin in der Nähe von Bielefeld mit Molotowcocktails in Brand zu setzen, weil sie es für eine „linke Kommune" hielten. Dafür wurden sie im Januar zu jeweils 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Einer der wenigen Fälle, wo die rechten Verbrecher einmal bestraft wurden — wenn auch viel zu milde.

Kronzeuge freigelassen!

Rainer Hochstein, früher Mitglied der „Bewegung 2. Juni" und 1977 zu zehn Jahren Haft verurteilt, wurde Mitte Januar vorzeitig freigelassen. Er hatte sich seinerzeit den staatlichen Behörden als williger Belastungszeuge gegen ehemalige Mitglieder des „2. Juni" zur Verfügung gestellt und sich seine Sonderbehandlung durch allerlei erfundene Aussagen verdient.

Kundgebung für Nazi-Opfer verboten

Bayerische und österreichische Zollbeamte wollten am 4. Januar zum Gedenken an die am Weihnachtstage von dem Frankfurter Faschisten ermordeten Schweizer Grenzbeamten eine viertelstündigen Abfertigungsstopp vornehmen. Zu dieser Aktion hatten der bayrische Zollinspektor Rüdiger-Eike Jakobs und der österreichische Zollobersekretär Gerhard Abraham vom Autobahnübergang vor Salzburg ihre Kollegen und Dienstvorgesetzten aufgerufen, „aus Ehrfurcht vor den ermordeten Kollegen, aus Anteilnahme für die Familien der Opfer und aus Abscheu vor den gemeinen Morden".

Eine solche öffentliche Anteilnahme, für die die Reisenden sicher Verständnis gehabt hätten, weil sie von allen ehrlichen Menschen geteilt wird, ist aber bei den deutschen Behörden nicht erwünscht: Das Finanzministerium verbot die Aktion! Was zählt für diese Leute schon das Leben einfacher Menschen!

Verfahren gegen SS-Mann eingestellt

Der Prozeß gegen Horst Czerwinski, ehemaliger SS-Kommandoführer und Hauptangeklagter im 6. Auschwitz-Prozeß in Frankfurt, ist „vorläufig" eingestellt worden. Grund: „Verhandlungsunfähigkeit" wegen Herzrhytmusstörungen. Nachdem dieser Prozeß über dreieinhalb Jahre hingeschleppt wurde, scheint sich wieder einmal ein Nazi-Mörder auf die bewährte Weise einem Urteil entziehen zu können! Das Verfahren gegen den Mitangeklagten Josef Schmidt soll fortgesetzt werden. Die Verteidigung hatte die Unverfrorenheit, den „verhandlungsunfähigen" Czerwinski jetzt als Entlastungszeugen für Schmidt vorladen zu wollen!

400 Arbeitsplätze bedroht

Volkskorrespondenz aus Bremen

Seit Herbst vergangenen Jahres ist die Delmenhorster Textilfabrik Vereinigte Kammgarnspinnereien (VKS) von der Schliessung bedroht. Dort arbeiten rund 850 Männer und Frauen im Drei-Schicht-Betrieb; über 70 Prozent der Belegschaft besteht aus türkischen Kolleginnen und Kollegen; außerdem arbeiten dort noch 100 Asylbewerber. **Die finanziellen Hintermänner des Unternehmens sind die Dresdner Bank, die Stadt Delmenhorst und das Land Niedersachsen mit Bürgschaften.** Die Gründe für die Stillegung liegen klar auf der Hand: Das Unternehmen wirft keinen Profit mehr ab; die asiatischen **Konkurrenten** können viel billiger produzieren und leisten den westdeutschen Textilfabrikanten einen erbitterten Existenzkampf.

Durch die Bereitschaft der Kollegen, für die Erhaltung aller Arbeitsplätze zu kämpfen, sah sich die Unternehmensleitung in Zusammenarbeit mit SPD und CDU und dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium und aufgrund der zu erwartenden 850 Arbeitslosen in Delmenhorst gezwungen, eine neue Strategie zu entwickeln: Der Bentheimer Unternehmer Reher will unter gewissen Voraussetzungen in einer neuen Halle im Norden der Stadt einen neuen Kammgarnbetrieb mit etwa 400 Kollegen der alten VKS gründen. Eigens dafür erstellte die Werner International Management Consultants aus Belgien ein „lebensfähiges Modell für die Produktion von Kammgarn in Delmenhorst — auf der Basis der früheren VKS". Bedingungen des Unternehmers: Nur die qualifiziertesten Arbeitnehmer von den 850 sollen übernommen werden. Welche das sind, entscheidet das neue Management. Übernahme der 400 Beschäftigten nur für drei Jahre! Die Stadt Delmenhorst gewährt der noch zu gründenden Firma einen Zuschuß von 5,3 Millionen Mark.

Firmengründung mit verbrecherischen Methoden

Im Dezember wurde bekannt, daß sich die ehemaligen VKS-Mitarbeiter mit ihrem Anteil aus dem Sozialplan, der von der Dresdner Bank finanziert wird, in die neue Firma Rehers „einkaufen" müssen. Dabei handelt es sich um Beträge von durchschnittlich 5000 Mark, insgesamt etwa zwei Millionen Mark, die der Textilboß als zinsloses Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren erhält.

Diese von den Arbeitern finanzierten Darlehen sind jedoch durch keine Sicherheiten abgedeckt. Rehers gibt eine dreijährige Arbeitsplatzgarantie, die Darlehen laufen jedoch über zehn Jahre. Sollte die Firma konkurs gehen, gelten die Einzahlungen noch nicht einmal als rückzahlungsberechtigt und würden in der Konkursmasse „untergehen". Diese verbrecherische Methode mit den Löhnen der Arbeiter einen Kapitalisten zu finanzieren, der sicher nach drei Jahren den Betrieb dicht machen wird, wenn er nicht mehr konkurrenzfähig ist, kam zustande mit Zustimmung des Betriebsrates und der örtlichen IG Textil und Bekleidung.

Kämpferische Belegschaft

Als die Pläne der Unternehmensleitung zur Schließung bzw. zu den Massenentlassungen bekannt wurden, regte sich sofort starker Widerstand von seiten der Belegschaft und besonders von türkischen Kolleginnen und Kollegen. In einem Flugblatt der RGO wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- Schluß mit der Akkordhetze und den Einschüchterungsversuchen von seiten der Meister und Vorgesetzten. Einhaltung der Tarifverträge!
- Weder 400 Entlassungen noch eine einzige. Der Betriebsrat soll keiner Entlassung zustimmen.
- Die Produktion muß in der VKS in Delmenhorst bleiben und darf nicht woanders hin verlagert werden.
- Sozialplan und Arbeitsplatzsicherung müssen schriftlich für jeden garantiert werden.

Die Kollegen ließen es bei diesen Forderungen nicht bewenden, sondern wurden aktiv. Auf einer Betriebsversammlung wurde ihnen das Rederecht verwehrt. Daraufhin sind 90 Kollegen außerhalb der Arbeitszeit zum Betriebsrat marschiert, haben ihre Forderungen erneuert und vom Betriebsrat verlangt, daß er den Kündigungen nicht zustimmen darf. Der Betriebsrat lapidar: „Wir kämpfen für Euch." Da der Betriebsrat die Forderungen der Kollegen ablehnte, organisierte die Belegschaft eine Demonstration vom Betrieb zur Geschäftsstelle der Gewerkschaft. Auch hier stiessen die Kollegen auf seiten der IG Textil und Bekleidung auf Ablehnung. Betriebsrat, Gewerkschaftsführung und Unternehmensleitung in einer Front gegen die von Arbeitslosigkeit bedrohten Kollegen — eindeutiger läßt sich der Verrat von Gewerkschaftsführung und Betriebsrat an den Beschäftigten nicht belegen.



1979 demonstrierten Textilarbeiter in Goslar gegen die Schließung ihres Werkes.

Streik und Aussperrung bei typeshop/Hamburg

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Für die Setzerei „typeshop in Hamburg (26 Beschäftigte, davon 20 gewerkschaftlich organisiert), gibt es seit 15 Jahren keinen Manteltarifvertrag. Dadurch stehen sich die Kollegen wesentlich schlechter als Arbeiter und Angestellte in normalen drucktechnischen Betrieben. Zum Beispiel gibt es bei „typeshop" keinerlei Feiertags- oder Sonntagsarbeits-Zuschläge (laut MTV: 150 bzw. 88 Prozent!), ein gestaffeltes Urlaubsgeld und einen Entschädigungsanspruch des Unternehmers bei Kündigung durch einen Mitarbeiter „ohne berechtigten Grund" in Höhe von durchschnittlich einem Monatslohn!

Gegen diese unmöglichen Zustände traten die Gewerkschafter am 22. Januar in den Streik. Die Geschäftsleitung sperrte daraufhin die übrigen Kollegen aus.


Streikposten vor der Setzerei



Streikbrecherwagen kommt nicht durch

Ein Druckergenosse schickte uns Fotos und schrieb dazu unter anderem:

„Zur Bedeutung des Kampfes:

Der Betrieb ist zwar klein (nicht einmal 30 Kolleginnen und Kollegen, einschließlich Geschäftsleitung), gehört aber zu einer großen Kette, die aus vielen Betrieben der Bundesrepublik und des Auslandes besteht. In Düsseldorf, wo auch die Firmenleitung sitz, ist der größte Betrieb mit 60, in Bremen der kleinste mit vier Kollegen.

Außerdem herrschen Klein- und Mittelbetriebe in der Druckindustrie vor. Und die Arbeitsbedingungen in dieser Layoutsetzerei sind durchaus keine Ausnahme. Die Solidarität ist groß. Schon Freitag, den 23.1., kamen die ersten Solidaritätstelegramme an. Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe, anderer Gewerkschaften stehen mit Streikposten und informieren sich. Am 23.1. wurde R. Schuhmacher, Bezirkssekretär Hamburg der IG DruPa, in NDR II interviewt."

Veranstaltung gegen Berufsverbote

Volkskorrespondenz aus Nürnberg

Liebe Genossen,
ich möchte euch von einer Veranstaltung berichten, die die Veranstalter mehr als „Insider"-Treffen vorbereitet hatten, mit der Hoffnung im Hinterkopf, es mögen vielleicht doch ein paar Interessierte kommen.

Es handelt sich um eine Veranstaltung gegen Berufsverbote, durchgeführt von der ÖTV Nürnberg in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative gegen Berufsverbote. Wider Erwarten war der Saal im DGB-Haus überfüllt. Ca. 200 Leute waren gekommen, trotz dürftiger Propaganda. Zwei neue Fälle aus Nürnberg wurden dargestellt, beidemale waren Lehrer betroffen. Der eine ist ein SHB/SPD-Mitglied, der mal für eine Gewerkschaftsliste kandidiert und auf einer Veranstaltung des AStA über Berufsverbote referiert hatte (die gibt's doch gar nicht!), außerdem war er in der DDR und ist Pazifist. Jusos sind ja auch nur eine „Tarnorganisation" ... (bayrisches Kultusministerium). Der andere ist DKP-Mitglied. Da ist ja wohl sowieso alles klar?!

In einem Referat stellte ein Redner dar, daß es keine „Liberalisierung" der Berufsverbote geben kann, nur ihre Abschaffung. Nach dem Applaus zu urteilen, waren sich da alle einig. In Nürnberg gibt es keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz mehr (wie demokratisch!), nur noch bei „begründetem Verdacht". Was begründet ist, entscheidet der bayrische Staat, an dessen Spitze bekanntlich Franz-Josef steht. Das neue hier ist, daß es ohne Anfrage eine Regel**information** gibt, diese erfolgt allerdings ohne Wissen des jeweils Betroffenen. Im Endeffekt also eine Verschärfung der Bespitzelung.

Da die Einheit in der Ablehnung der Bespitzelungspraxis so eindeutig war, verzichtet man auf weitere Beweise für diese Willkür. Stattdessen wurde von einer Umfrage berichtet, die die Bürgerinitiative durchgeführt hat. 26 vom Berufsverbot Bedrohte wurden über persönliche, soziale und finanzielle Folgen der Prozesse und der Überwachung befragt. Eine interessante Studie, die das Ausmaß der Unterdrückung des Betroffenen darlegt. Zum Beispiel fünf Jahre Ungewißheit, Streit mit Arbeitsämtern. Diskriminierung, wenn man etwa in einem Dorf in der Oberpfalz unterrichtet hat, wo der Pfarrer noch ein echter Stellvertreter Gottes und der Regierung ist.

Dann spielte die Theatergruppe der Falken. Dargestellt wurde die Geschichte der Berufsverbote vom Sozialistengesetz gegen die SPD, der Verfolgung Linker durch Notverordnungen in der Weimarer Republik, später unter der Hitler-Diktatur, bis hin zu den Berufsverboten, ausgesprochen und durchgeführt von der SPD. Gesetzestexte und Begründungen sind in den fast hundert Jahren im Kern die gleichen geblieben. Was wiedermal zeigt, daß nicht wichtig ist, welche Partei an der Macht ist, sondern wessen Interessen sie vertritt. Ein weiteres wichtiges „Abfallprodukt" dieser Praxis, nämlich Angst, Duckmäusertum und Desinteresse wurden dargelegt.

El Salvador im Licht der Revolution

Volkskorrespondenz aus Nürnberg

Mit dem Film „Im Schatten der Revolution" aus El Salvador wurde kürzlich in Nürnberg die Lateinamerika-Woche eröffnet. In dem für etwa 80 Personen gedachten Saal drängten sich schon eine halbe Stunde vor Beginn 100 Menschen. Wir zogen dann in den großen Saal um, wo dann vor etwa 300 Besuchern erstmal kurze Referate gehalten wurden. Eines über die aktuelle Lage und die Besonderheiten El Salvadors. Zum Beispiel, daß die Revolution ausgeht von den Campesinos und Arbeitern und auch unter ihrer Führung steht, daß die Organisation einheitlich und die Unterstützung durch die arme Bevölkerung fast hundertprozentig ist. Ein Unterschied zu Nicaragua, wo die Intelligenz eine größere Rolle spielte. Auch die andere Seite ist überschaubarer, ganze 14 Familien mit ihrem Anhang, gestützt auf die USA, haben die Macht. Das zweite Referat zeigte die ausländische Einmischung: deutsche Hubschrauber, US-Militärberater, auch Israelis, Somoza-Offiziere, französische Flugzeuge, deutsche Gewehre usw. Lippenbekenntnisse der SPD und gleichzeitig Unterstützung der Interventionspolitik der USA.

Zu dem Film kann man nicht viel sagen, man muß ihn sehen. Die unvorstellbare Armut, die nicht zu Resignation, sondern zu Kampfgeist und Nüchternheit geführt hat, die die Volksarmee unbesiegbar macht. Ein durch und durch katholisches Land, in dem trotzdem eine 22jährige Frau seit fünf Jahren bei den Revolutionären kämpft und politischer Leiter einer Abteilung ist. Sie haben zuwenig Waffen und basteln Bomben aus Plastikbeuteln. Sie räumen ganze Städte vor den anrückenden Regierungstruppen, um Menschenleben zu retten. Sie wissen ganz einfach, daß sie gewinnen werden; die Frage, wann das sein wird, ist für sie absurd: „Wenn wir die Macht haben" ist die simple Antwort. Sie stehen mit dem Rücken an der Wand und haben nichts zu verlieren. Sie verstecken die kleinen Kinder im Wald, denn die sollen ja das befreite Land aufbauen und deshalb leben.

Lächerlich, besser: makaber wirken die Argumente der Reichen, die Indios seine dumm, faul, egoistisch, werden bald „zur Vernunft kommen". Leute dieses Schlages werden entweder blind sterben oder ein schreckliches Erwachen erleben, und das ziemlich bald. Ich glaube, der Film sollte besser „Im **Licht** der Revolution" heißen!

Ich glaube auch, wir sollten offensiver unsere Solidarität mit dem Volk von Salvador bekunden, indem wir die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der Junta immer wieder anprangern und Informationen über El Salvador verbreiten.

Wie es wirklich war

Die Befreiung Deutschlands durch die Rote Armee

(aus: „Die Wahrheit über Stalin")

„Die Russen, die waren doch genauso wie die Wehrmacht, die haben doch auch gehaust wie die Vandalen, als sie bei uns einmarschiert sind." Solche und ähnliche Behauptungen hört man sehr oft. Gerade in jüngster Zeit ist diese — spezifisch deutsche — Verleumdung der Roten Armee in der westdeutschen Presse und in allen Massenmedien wieder sehr oft vorgekommen. Anlaß war auch hier der vierzigste Jahrestag des Überfalls der Nazi-Wehrmacht auf Polen. Da wurde in der westdeutschen Presse mehr über die Rote Armee geschrieben als über die Wehrmacht.

Da werden Frauen interviewt, die auf der Flucht von Osten von Sowjetsoldaten mißhandelt und vergewaltigt wurden, Männer wurden weil sie Waffen besaßen, erschossen, ja, sogar Kinder sollen verstümmelt worden sein.

Und selbstverständlich, das wird stets behauptet, geschah dies alles auf Anordung von oben, durch das Oberkommando der Roten Armee, durch Stalin, versteht sich.

Alles dies ist eine der unverschämtesten Lügen, die gegen die UdSSR vorgebracht wird. Denn diese Propaganda bedeutet den Versuch, die Bestialität des Überfalls Nazi-Deutschlands auf andere Länder, und insbesondere auf die UdSSR, herabzuspielen, die unmenschlichen und zahllosen Verbrechen an der sozialistischen Sowjetunion zu einem sozusagen alltäglichen Kriegsereignis herabzuspielen, unter dem Motto „Ausschreitungen gibt es überall".

Der Überfall der Nazis auf die Sowjetunion hat rund 20000000 Sowjetbürgern das Leben gekostet. Weitere mindestens 12000 Sowjetbürger wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, wo Hunterttausende von ihnen „lebten" wie Tiere, die anderen starben, nur 10 Prozent kehrten lebend zurück.

Das sind allgemein bekannte Tatsachen, die allerdings in letzter Zeit von interessierten Stellen verschwiegen werden.

Und auch der materielle Schaden, der dort angerichtet wurde, hinter dem sich unendliches menschliches Leiden verbirgt, wurde festgestellt.

Am 13. September 1945 legte die „Außerordentliche Staatliche Kommission der UdSSR zur Feststellung und Untersuchung der Greueltaten der deutschen Eindringlinge und ihrer Verbündeten auf dem Territorium der Sowjetunion" einen abschliessenden Bericht vor. Darin heißt es, Deutschland und seine Satelliten

„haben 1710 Städte und 70000 Dörfer vollständig oder teilweise zerstört und eingeäschert, über sechs Millionen Gebäude niedergebrannt und zerstört und etwa 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht.

Unter den zerstörten und am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Städte befinden sich die größten Industrie- und Kulturzentren: Stalingrad, Sewastopol, Leningard, Kiew, Rostow am Don und viele andere.

(...) haben 31850 Industriebetriebe zerstört, in denen etwa 4000000 Arbeiter beschäftigt waren; sie zerstörten oder verschleppten 239000 Elektromotoren, 175000 Werkzeugmaschinen.

Sie zerstörten 65000 km Eisenbahngeleise, 4100 Eisenbahnstationen, 36000 Post-, Telegraphen- und Fernsprechämter sowie andere dazu gehörige Betriebe.

Sie zerstörten oder demolierten 40000 Krankenhäuser und andere Heilanstalten, 84000 Schulen, Techniken, Hochschulen, wissenschaftliche Forschungsinstitute, 43000 öffentliche Bibliotheken.

Sie verwüsteten und plünderten 98000 Kollektivwirtschaften, 1876 Sowjetwirtschaften und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen; sie schlachteten, requirierten oder schafften nach Deutschland 7 Millionen Pferde, 17 Millionen Stück Rindvieh, 20 Millionen Schweine, 27 Millionen Schafe und Ziegen, 110 Millionen Stück Geflügel."

Der gesamte materielle Schaden der UdSSR wurde auf die enorme Summe von 679000000000 (= 679 Milliarden) Rubel berechnet.



Nach der Befreiung Berlins versorgt die Rote Armee die Bevölkerung.

Die Obdachlosen, die Verhungernden, die Gequälten und Geschlagenen, alles das läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken.

Wer angesichts dieser furchtbaren Tatsachen ernsthaft behaupten will, die Rote Armee habe in Deutschland, „genauso gehaust" wie die Wehrmacht, SS und Gestapo in der Sowjetunion, dem sei offen ins Gesicht gesagt: Lüge! Wenn so eine Behauptung auch nur entfernt stimmen würde, dann, das muß man sagen, so bitter es klingt, dann wäre von Deutschland nichts mehr übrig.

Und dieses erbarmungslose Treiben geschah auf Befehl der Obernazis aus Berlin, geschah auf Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht.

Das war einmal die wahnwitzige Rückzugspolitik der „verbrannten Erde". Das war aber Befehl von Beginn an: Am 20. November 1941 erließt der Feldmarschall von Manstein folgenden Befehl, der den ganzen faschistischen Ungeist dieser wilden Soldateska beweist:

„Das jüdisch-bolschewistische System muß ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen.

Der deutsche Soldat hat daher nicht allein die Aufgabe, die militärischen Machtmittel dieses Systems zu zerschlagen, er tritt auch als Träger einer völkischen Idee und Rächer für alle Grausamkeiten, die ihm und dem deutschen Volk zugefügt werden, auf (...). Die Ernährungslage der Heimat macht es erforderlich, daß sich die Truppe weitestgehend aus dem Lande ernährt und daß darüber hinaus möglichst große Bestände der Heimat zur Verfügung gestellt werden. Besonders in den feindlichen Städten wird ein großer Teil der Bevölkerung hungern müssen. Trotzdem darf es aus mißverstandener Menschlichkeit nichts von dem, was die Heimat unter Entbehrungen abgibt, an Gefangene und Bevölkerung — soweit sie nicht im Dienst der deutschen Wehrmacht stehen — verteilt werden."

Wer sich ehrlich erinnert, wird nicht vergessen können, daß es die Rote Armee war, die bei der Besatzung Ostdeutschlands neben den Kanonen auch immer Gulaschkanonen bei sich führte, um nach Möglichkeit die hungernde Bevölkerung aus Beständen der Sowjetunion zu ernähren.

Noch deutlicher wird der faschistische Terrorgeist der Wehrmacht in einem weiteren, von Feldmarschall Keitel unterzeichneten Befehl vom 16. Dezember 1942. Das war der sogenannte Partisanenbefehl Hitlers, ergangen zu einem Zeitpunkt als klar wurde, daß die Völker der Sowjetunion sich nicht ergeben hatten: **„Wenn dieser Kampf gegen die Banden sowohl im Osten wie auch auf dem Balkan nicht mit den allerbrutalsten Mitteln geführt wird, so reichen in absehbarer Zeit die verfügbaren Kräfte nicht mehr aus, um dieser Pest Herr zu werden. Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es zum Erfolg führt. Rücksichten, gleich welcher Art, sind ein Verbrechen gegen das deutsche Volk."**

Man erinnere sich nur daran, daß nach der Besetzung Ostdeutschlands durch die Armee der UdSSR dort sogenannte Kampfgruppen des „Werwolfs", faschistische Verbrechergruppierungen, ihr Unwesen trieben, die bis zum Jahre 1947 mordeten und raubten. Vor allem versuchten sie damit eine Bodenreform zuungunsten der Junker zu verhindern. Kein einziger Fall ist bekannt, und wurde bisher auch nicht einmal erlogen, daß die Rote Armee wegen faschistischer Terrorgruppen etwa ganze deutsche Dörfer niedergebrannt oder die Einwohnerschaft völlig liquidiert hätte. Fälle, die in der UdSSR in deutschem Namen sehr oft geschahen.

Wer den Charakter der Roten Armee als einer revolutionären, sozialistischen Armee auch nur entfernt versteht, kann darüber auch gar nicht überrascht sein, denn es war eben nicht ihr Ziel, das deutsche Volk zu terrorisieren, sondern die deutschen Nazis zu schlagen. Und das tat sie auch. Vom Oberkommando der Roten Armee kamen an die Truppen Befehle, die zeigen, wie anders diese Armee war als die deutsche Nazi-Wehrmacht.

Belege sind dafür ein Befehl des Generalissimus Stalin selbst anläßlich des Überschreitens der eigenen Landesgrenzen durch die Rote Armee (A) und — unter vielen anderen — auch ein Artikel der „Prawda" vom 9. Februar 1945 (B).

(A) „Offiziere und Rotarmisten aller Truppen! Wir gehen jetzt in feindliches Land. Von jedem wird Selbstbeherrschung verlangt, jeder hat tapfer zu sein, wie es einem Kämpfer der Roten Armee gebührt. Die auf von uns besetztem Gebiet zurückgebliebene Bevölkerung, unabhängig davon, ob es Deutsche, Tschechen oder Polen sind, soll nicht belästigt und beleidigt werden, denn die Schuldigen werden nach Kriegsgesetzen bestraft. Im besetzten Feindgebiet darf kein intimer Verkehr mit Frauen stattfinden. Für Mißhandlungen und Vergewaltigungen werden die Schuldigen erschossen."

(B) „Auge um Auge, Zahn um Zahn ist ein alter Spruch. Aber man muß ihn nicht wörtlich nehmen. Wenn die Deutschen marodierten und unsere Frauen schändeten, heißt das nicht, daß wir dasselbe tun müssen. Es war niemals so und wird niemals so sein. Unsere Soldaten werden nicht zulassen, daß so etwas geschieht, nicht aus Mitleid mit dem Feind, sondern aus dem Gefühl für ihre persönliche Würde."

Das war die Fortsetzung jener Politik, mit der die UdSSR unter Stalins Führung in den Krieg eingetreten war. Am 3. Juli 1941, in seiner ersten

Fortsetzung auf Seite 10



Aus der Serie „Flucht und Vertreibung"

ARD-Serie „Flucht und Vertreibung"

Revanchistische Hetzpropaganda

Franz Josef Strauß und seine Leute haben zurückgeschlagen. Vor zwei Jahren lief in den Dritten Programmen die Serie „Holocaust", die Betroffenheit auslöste, Fragen über den deutschen Faschismus und seine Ursachen aufwarf und insgesamt bei allen Mängeln einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Stärkung der antifaschistischen Bewegung darstellte.

All das hat diesen Leuten nicht gepaßt. Immerhin hatte ja Strauß selbst schon vor Jahren die Parole ausgegeben, das deutsche Volk habe ein Anrecht darauf, nichts mehr von Auschwitz zu hören. Also sollte nun von anderen Dingen gesprochen werden. Es entstand die Idee für die jetzt von der ARD ausgestrahlte Serie. Ausgekocht wurde sie übrigens in einem „Mediengespräch der Ost- und Westpreußenstiftung", wo Funktionäre der revanchistischen Vertriebenenverbände sich mit leitenden Mitarbeitern des von Strauß kommandierten Bayrischen Rundfunks regelmäßig über Fernseh- und Radioprogramme verständigen.

Wie sehr die Revanchisten die Arbeit des Bayrischen Rundfunks schätzen, haben sie dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie dessen Chefredakteur Mühlfenzel (verantwortlich für die Serie „Flucht und Vertreibung") den „Medienpreis der Heimatvertriebenen" verliehen. Auch der Gestalter der Serie, Jost von Morr, ist Träger eines solchen Ordens für erfolgreiche Propagandaarbeit im Sinne des Revanchismus. Wen sollte es da noch wundern, daß als „Berater" für die Serie gleich reihenweise Funktionäre von „Vertriebenen"-Verbänden engagiert wurden?

Das Ergebnis der Arbeit dieser Herren wird also jetzt in mehreren Folgen ausgestrahlt, im Ersten Programm zu den besten Sendezeiten — während „Holocaust" damals in die Dritten Programme abgeschoben wurde. Mühlfenzl beansprucht für seine Serie, sie wäre eine „Nachhilfe in Geschichte." Tatsächlich aber ist sie eine einzige Geschichtsfälschung. Die Herren vom Bayrischen Rundfunk und ihre Berater haben mit einem infamen Trick gearbeitet. Sie stellen in Interviews eine Reihe von Einzelschicksalen zusammen, bei denen es nahezu jedesmal um angeblich von der Roten Armee an diesen Menschen begangene Verbrechen geht. Diese Interviews selbst sind schon stark emotional aufgeladen und werden dann auch noch mit Filmaufnahmen vom Grauen der letzten Kriegstage zusammengeschnitten. Ein hetzerischer Kommentar tut dann ein übriges dazu, daß all dieses Grauen und Leid ausschließlich als Ergebnis des Vormarsches der Roten Armee erscheint.

Das ist beileibe keine Übertreibung. In der ganzen ersten Folge wird kein einziges Wort über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs verloren. Die furchtbaren Verbrechen der Faschisten an den Völkern Osteuropas werden nur ein einziges Mal von einem der Interviewten am Rande erwähnt. Der Kommentar dagegen hat den Nazis nur ein Vergehen vorzuwerfen: daß sie nicht rechtzeitig die Bevölkerung der früheren ostdeutschen Gebiete vor der Roten Armee gerettet hätten. Es ist tatsächlich so, daß diese Armee, die unter den größten Blutopfern Europa und damit auch Deutschland vom Faschismus befreite, von den Hetzern aus dem Strauß-Sender durchweg als eine Quelle der schlimmsten Verbrechen, von Mord und Terror hingestellt wurde.

Die faschistische Wehrmacht dagegen wird in den höchsten Tönen gepriesen. Daß Hitlers Offiziere die Zivilbevölkerung rücksichtslos mitten durch die Kriegshandlungen nach Westen trieb, wird hier als Rettung und Befreiung gefeiert. So wird die geschichtliche Wahrheit in unerhörter Weise auf den Kopf gestellt, wird aus den wirklichen Befreiern eine Barbarenhorde und umgekehrt aus dem faschistischen Gewaltapparat eine Art Caritas-Organisation zur Rettung von bedrohten Zivilpersonen gemacht.

Und zwischen die Greuelszenen streut der Kommentar dann so ganz nebenbei noch die revanchistische Propaganda ein, nach der nicht nur die Ostgebiete, sondern auch Gdansk und das Baltikum immer schon deutsch gewesen sein sollen.

Wie verhält es sich wirklich mit dem Einmarsch der Roten Armee in Deutschland? Wir veröffentlichen auf dieser Seite ein Kapitel aus dem im Verlag Roter Morgen erschienen Buch „Die Wahrheit über Stalin". Angesichs der unverschämten Geschichtsfälschungen, wie sie sich in letzter Zeit häufen (etwa in Nachrufen auf Dönitz oder in dem Fernsehfilm über den Nürnberger Prozeß) und deren Höhepunkt jetzt die Serie „Flucht und Vertreibung" ist, empfehlen wir unseren Lesern die Lektüre dieses Buches. Es geht unter anderem auch ausführlich auf die Frage ein, warum die Grenzverschiebung zwischen Deutschland und Polen und die Aussiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus einigen Ländern Osteuropas notwendig waren.

Die Befreiung Deutschlands durch die Rote Armee

Fortsetzung von Seite 9

Rundfunkansprache nach dem deutschen Überfall sagte J.W. Stalin:

„Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Lande heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist.“

Am 23. Februar 1942 verlangte J.W. Stalin in seinem Tagesbefehl anläßlich des 24. Jahrestages der Gründung der Roten Armee folgende Haltung:

„Es wäre lächerlich, die Hitler-Clique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte sagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“

A. Werth führt schließlich in seinem Buch auch die Rede W.M. Molotows vom Tage des deutschen Überfalls an:

(...) Dieser Krieg ist nicht ein Krieg, der vom deutschen Volk geführt wird, von den deutschen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, über deren Leiden wir voll informiert sind; (...)

Aber es ist ohne Zweifel so, daß es trotzdem Übergriffe und Ausschreitungen gab.

Ihren ganzen Umfang kann man an den vier Zeilen sehen, die A. Werth in seinem 700 Seiten starken Buch „Rußland im Krieg“ diesen Vorfällen widmet.

„Im ersten Rausch brannten die russischen Soldaten zahlreiche Häuser nieder, ja, manchmal ganze Städte nieder — nur, weil es deutsche Städte waren. Es wurde geplündert, geraubt und vergewaltigt. Gerade in dieser Beziehung kam es ziemlich häufig zu Scheußlichkeiten.“

Werth, der trotz seines Antikommunismus ehrlich ist, beschreibt aber auch die Beweggründe für einen Sowjetsoldaten, so etwas zu tun.

„Nahezu jede befreite Stadt, jede befreite Ortschaft in Rußland, Weißrußland oder der Ukraine hatte eine furchtbare Geschichte zu erzählen. (...)

In allen Städten war die Gestapo am Werk gewesen und hatte erschossen und gehängt. Die Einsatzkommandos und andere Verbände hatten keinen Augenblick nachgelassen in ihrem Eifer, Partisanen und deren angebliche Komplizen zu liquidieren, oft ganze Ortschaften mit Frauen und Kindern. In Hunderten von Städten waren die Juden systematisch umgebracht worden. In Kiew beispielsweise töteten die Deutschen Zehntausende von Juden in einem Graben außerhalb der Stadt, der Babij Jar hieß.

Aber auch jede andere ukrainische und weißrussische Stadt hatte von Greuel zu berichten. Als die Rote Armee nach Westen vorrückte, hörte sie täglich diese Geschichte, des Terrors, der Erniedrigungen und der Verschleppungen. Sie erlebte die zerstörten Städte, sah die Massengräber mit ermordeten oder verhungerten russischen Kriegsgefangenen, sah Babij Jar mit seinen zahllosen Männer-, Frauen- und Kinderleichen. So lernten die russischen Soldaten die Wahrheit über das nationalsozialstische Deutschland kennen, mit seinem Hitler und seinem Himmler, seiner Theorie vom Untermenschen und seinem unbeschreiblichen Sadismus.

Was Alexej Tolstoj und Scholochow und Ehrenburg über die Deutschen geschrieben hatten, war nichts im Vergleich zu dem, was die russischen Soldaten mit ihren eigenen Ohren hören, mit ihren eigenen Augen sehen — und mit ihrer eigenen Nase riechen konnten.

Denn wo immer auch die Deutschen gewesen waren, hing der Geruch verwesender Leichen in der Luft. Babij Jar aber war ein Kinderspiel gemessen an Majdanek, dem Vernichtungslager bei Lublin, das die Russen im August 1944 besetzten. In Majdanek waren innerhalb von wenigen Jahren eineinhalb Millionen Menschen umgebracht worden. Mit dem Geruch Majdaneks in den Nasen erkämpften sich Tausende russischer Soldaten ihren Weg nach Ostpreußen. Es gab den ‚gewöhnlichen Fritz‘ des Jahres 1944, und es gab Tausende von Himmlers Berufsmördern — aber konnte man zwischen ihnen eine klare Trennungslinie ziehen? Hatte nicht der ‚gewöhnliche Fritz‘ ebenfalls an der Liquidierung der ‚Partisanendörfer‘ teilgenommen? Und billigte der ‚gewöhnliche Fritz‘ nicht das, was seine Kollegen von der SS und der Gestapo taten? Hier bestand ein psychologisches und politisches Problem, das der Sowjetregierung und dem Kommando der Roten Armee besonders 1944 und 1945 beträchtliche Sorgen bereitete.“

Die Partei und Sowjetführung aber ließen es nicht bei Aufrufen und Aufklärungsarbeit in den Reihen der Soldaten. Wo diese nichts nutzte, wo Verstöße gegen menschliche Normen und Gesetze der Kriegsführung der Roten Armee vorkamen, wurde mit strengen Befehlen und Bestrafungen vorgegangen. Während also die faschistischen Kommandeure ihre Soldaten zum Terror trieben, ihn befahlen, schritten die Kommandeure der Roten Armee bei Ausschreitungen ein.

Es gab für Vergewaltiger und Plünderer standrechtliche Erschießungen. Militärangehörige mit geringeren Vergehen wurden entweder degradiert oder in Strafbataillone versetzt.

Während Hitler die Gestapo, diese faschistische Mordorganisation, in die UdSSR schickte, um das sowjetische Volk zu terrorisieren, zu brandschatzen und zu quälen, schickte Stalin den sozialistischen Sicherheitsdienst, den NKWD, in die besetzten Gebiete, um Ausschreitungen der eigenen Truppen zu verhindern.

Selbst der „Spiegel“ berichtet, daß

„Rußlands gefürchtetes Innenministerium, das NKWD, Sondereinheiten entsandte, die mit den Schuldigen hart umgingen, wo sie gefaßt wurden. Auch Gerichtsoffiziere wurden verstärkt eingesetzt. Sobald sie ihre Tätigkeit beginnen, wird nicht mehr gestohlen und geraubt, denn die schweren Strafen wirken abschreckend.“

Die Oberbefehlshaber der Roten Armee, die Marschälle Rokossowski, Konew, Schukow oder Sokolowskij schritten energisch gegen Übergriffe ein, zum Schutz der deutschen Bevölkerung.

„Marschall Rokossowski befahl seiner 2. Belorussischen Heeresgruppe am 22. Januar, ‚diese für die Rote Armee schändlichen Erscheinungen mit glühendem Eisen auszumerzen‘. Rokossowski:

‚Ich verlange in kürzester Frist eine musterhafte Ordnung und eiserne Disziplin in allen Einheiten.‘

Auch Marschall Konew von der 1. Ukrainischen Heeresgruppe ordnete am 27. Januar ‚Sofortmaßnahmen gegen Brandstiftungen und sinnlose Zerstörungen des vom Feinde zurückgelassenen Eigentums‘ an. Der Streifendienst der Armeen wurde verstärkt. Plünderungen und Vergewaltigungen erneut unter Todesstrafe gestellt. (...)

Die Militärstaatsanwälte erhielten Order, mit ihren Untersuchungsrichtern ‚zu jeder Tages- und Nachtzeit‘ überraschende Besuche in Militärquartieren zu unternehmen. Oberstleutnant der Justiz, Maljarow, ermahnte die Militärstaatsanwälte der 48. Armee: ‚Gegen die Erschießungen von Kriegsgefangenen ist entschieden vorzugehen.‘“ („Spiegel“, Nr. 20/75)

Solches Vorgehen der Führung der Roten Armee kann kein ernsthafter Wissenschaftler bestreiten. Nicht einmal der „Spiegel“ bestreitet dies, auch wenn er zu diesem Zugeständnis das verlangte antikommunistische Trommelfeuer dazuliefert.

Die Ausschreitungen verschiedener Angehöriger der Roten Armee — gegen die Befehle der eigenen Oberkommandierenden — wurden also bestraft und abgestellt; ganz im Gegensatz zur Wehrmacht, wo die vieltausendmal schlimmeren, systematischen, geplanten, befohlenen Terrorakte mit Orden ausgezeichnet wurden.

Solche Ausschreitungen waren, nach Erlebnissen einzelner Soldaten, naheliegend, deshalb die große und schnelle Vorsicht des Kommandos der Roten Armee.

Provoziert wurden solche Verfehlungen noch durch die faschistischen Durchhalteparolen, die Wehrmacht, SS und selbst den Volkssturm zum sinnlosen Widerstand und zur Vernichtung der „von England aus den Steppen Asiens herangeholten Horden“, zum Kampf bis zum bitteren Ende aufriefen.

Mit Horrormeldungen über sowjetische Greueltaten wurden deutsche Soldaten und Zivilisten, besonders kurz vor der Kapitulation, aufgehetzt und in Angst und Schrecken versetzt, um zu Wahnsinnstaten bereit zu sein.

Über die regelrechte Panik, die bei den Deutschen ausbrach, berichtet Werth:

„Die Furcht vor den Russen war so groß, daß in und um Danzig sogar zahlreiche Zivilisten Selbstmord begingen. Ich sah später ein deutsches Flugblatt, das während der letzten Tage des Kampfes um Danzig gedruckt worden war, es rief zum Widerstand bis zum Letzten auf und berichtete von angeblichen Grausamkeiten, die Russen begangen hatten. Eine große deutsche Offensive wurde angekündigt.“

Aber es gab doch auch, mag jetzt manch einer einwenden, in der sowjetischen Presse Artikel, die regelrecht zum Deutschenhaß aufriefen, die Ausrottung der Deutschen verlangten.

Nun, es gab in der sowjetischen Presse einige wenige solcher Artikel. Und sie stammten alle von einem Autor.

In den Passagen dieser Artikel konnte man auch regelrechte Ausfälle gegen die Deutschen im allgemeinen lesen.

„Die Deutschen haben keine Seele. Ein englischer Politiker hat gesagt, die Deutschen seien unsere Brüder. Nein! Es ist eine Blasphemie, wenn man diese Kindermörder zu der großen Völkerfamilie rechnet. (...)

Wir vergessen nichts. Wenn wir durch Pommern ziehen, haben wir das verwüstete, bluttränkte Weißrußland vor Augen (...). Manche sagen, die Deutschen vom Rhein seien anders als die Deutschen an der Oder. Ich weiß nicht, warum wir so feine Unterschiede machen sollten. Ein Deutscher ist überall ein Deutscher. Die Deutschen wurden bestraft, aber nicht genug. Immer noch sind sie in Berlin. Der Führer steht noch, anstatt, daß er hängt. Der Fritz läuft noch, anstatt daß er tot am Boden liegt. Wer kann uns aufhalten? General Model? Die Oder? Der Volkssturm?

Nein, Deutschland, es ist zu spät, Du kannst Dich drehen und wenden und in Deinem Todeskampf brüllen: die Stunde der Rache hat geschlagen.“



Nachrichten

„Unsere Nation ist wieder mehr zusammengerückt!“

Erschütternde Reaktionen auf TV-Film „Inferno im Osten“

Springer-Presse bejubelt die Hetzsendung

Das allerdings steht in ganz eklatantem Widerspruch zu allem, was die Sowjetführung, was die bolschewistische Partei, was J.W. Stalin die Sowjetmenschen gelehrt hatte.

Das sind auch Passagen, die in jeder deutschen Darstellung, die die Ereignisse von damals entschuldigen oder verdrehen will, genüßlich zitiert werden.

Am 14. April 1945 wird in der „Prawda“ ein Artikel veröffentlicht, in dem der Autor dieser rassistischen Tiraden scharf kritisiert wird.

Dort wird gesagt, daß solche Äußerungen dem Marxismus völlig fremd sind und eine totale Entstellung der Stalinschen Friedenspolitik darstellen.

Aber der Autor wurde nicht nur öffentlich gerügt. Er durfte seine Berichterstattung nicht fortsetzen, wurde von seinem Posten entbunden.

Der Autor. Seinen Namen haben wir deshalb noch nicht genannt, weil er nicht irgendwer war.

Der Autor war Ilja Ehrenburg. Derselber Ehrenburg, der in der Zeit nach Stalins Tod ein Vorbeter des Chors über den angeblichen stalinistischen Terror war. Dieser selbsternannte große Demokrat wurde von der KPdSU(B) völlig zu Recht und jedem verständlich wegen seiner rassistischen Tiraden kritisiert und abgesetzt. Das machte ihn im nachhinein zum Märtyrer!

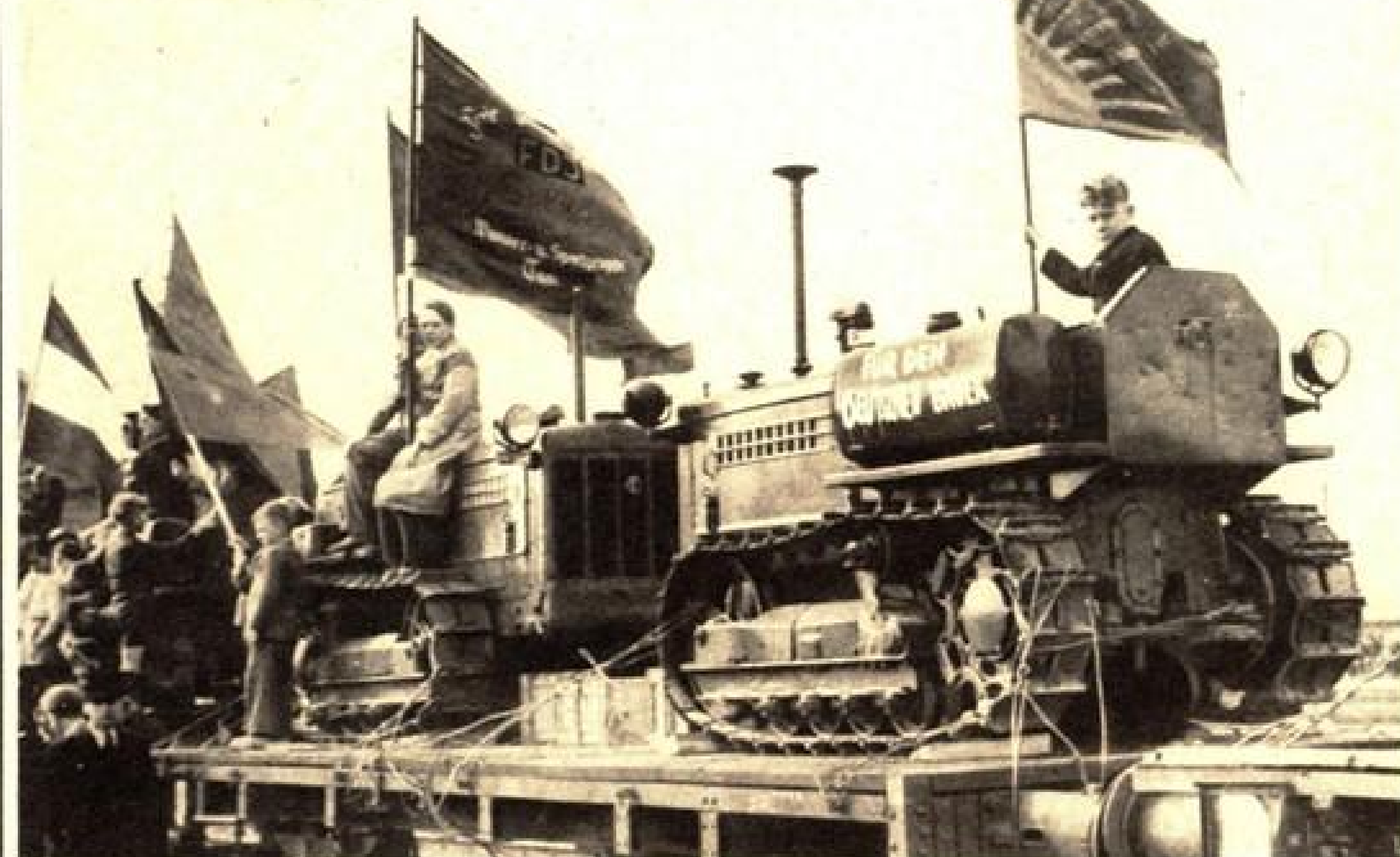
Zu einem sogenannten Märtyrer, der auch von der westdeutschen Propaganda verbreitet wird — als Zeuge gegen Stalin. Ein passender Zeuge! In seinen Memoiren beklagt er sich darüber, daß seine Absetzung auf direkte Weisung J.W. Stalins erfolgte. Ein unfreiwilliges, weiteres Zeugnis der korrekten internationalistischen Haltung Stalins.

Dieser Art sind aber viele der sogenannten Kronzeugen, den die heutigen Herrscher in der UdSSR und die westlichen Kapitalisten gegen Stalin und die Bolschewiki anführen.

Mögen solche Elemente darüber jammern, daß ihre Politik damals keine Chance hatte, sich in der UdSSR durchzusetzen. Tatsache bleibt, daß die Partei und die Armee weiterhin die marxistisch-leninistische Linie verfolgte, wie sie J.W. Stalin schon zu Beginn des Krieges bezeichnete.

„In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Sowjetmenschen die Deutschen als Deutsche haßten, daß die Rote Armee die deutschen Soldaten eben als Deutsche, aus Haß gegen alles Deutsche, vernichte, daß die Rote Armee darum deutsche Soldaten nicht gefangennehme. Das ist natürlich ebenfalls eine dumme Lüge und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Die Rote Armee ist vom Gefühl des Rassenhasses frei. Sie ist frei von solch einem unwürdigen Gefühl, weil sie im Geist der Gleichberechtigung der Rassen und der Achtung der Rechte anderer Völker erzogen ist. Man darf außerdem nicht vergessen, daß in unserem Lande jede Äußerung von Rassenhaß gesetzlich bestraft wird.

Gewiß ist die Rote Armee vor die Notwendigkeit gestellt, die faschistischen deutschen Okkupanten zu vernichten, da sie unsere Heimat unterjochen wollen, oder wenn sie — eingekesselt von unseren Truppen — sich weigern, die Waffen zu strecken und sich gefangenzugeben. Die Rote Armee vernichtet sie, nicht weil sie deutscher Abstammung sind, sondern weil sie unsere Heimat unterjochen wollen.“



Geschenk des Sowjetvolkes nach der Befreiung: Traktoren für die deutschen Bauern

Die Breslauer werden von den Nazis vertrieben

Der Kampf um die frühere deutsche Stadt Breslau wird in „Flucht und Vertreibung“ zwar ausführlich gewürdigt. Verschwiegen werden allerdings die folgenden Tatsachen, die der — gewiß nicht prosowjetischer Sympahtien verdächtige — Bestsellerautor Jürgen Thorwald in seinem Buch „Es begann an der Weichsel“ mitteilt:

„Fast eine Million Menschen lebten in Breslau, als Konews Panzer an der schlesischen Grenze erschienen. Hanke hatte niemals einen Zweifel daran gelassen, daß er die Erklärung Breslaus zur Festung ernst nahm. Er begann in fliegender Hast, diesen Festungskampf vorzubereiten und zu diesem Zweck die Masse der Zivilbevölkerung, die einer Verteidigung Breslaus im Wege stehen mußte, nicht mehr festzuhalten, sondern auszutreiben. Er bot alle Parteiverbände auf, um Hunderttausende in Bewegung zu setzen. Vom 20. und 21. Januar an schrien Lautsprecher durch die verschneiten Straßen: ‚Frauen und Kinder verlassen die Stadt zu Fuß‘... Die Kälte erreichte in diesen Tagen 20 Grad.

Die Propaganda überschlug sich. Darstellungen der Greuel des herannahenden Gegners sollten jetzt den Abzug aller Kampf- und Arbeitsunfähigen beschleunigen.“

Soweit Thorwald. Und die gleiche Greuelpropaganda, mit der die Faschisten damals Millionen Menschen zur Flucht aufgehetzt haben, wird heute, 35 Jahre später, im Fernsehen wiederholt.

Sonderparteitag der britischen Labour-Partei

Niederlage für den rechten Parteiflügel

Der Sonderparteitag der britischen Labour-Partei am vorletzten Wochenende in Wembley hatte nur einen Tagesordnungspunkt: Neue Richtlinien für die Wahl des Parteichefs (der automatisch auch Kandidat für das Amt des Premierministers ist) sollten festgelegt werden.

Bislang hatte ausschließlich die Parlamentsfraktion den Parteiführer gewählt. Die Fraktion ist traditionell eine Domäne der reaktionären Kräfte innerhalb der Partei. So wie sie den Parteivorsitzenden und damit den möglichen Regierungschef ohne jegliches Mitspracherecht der übrigen Parteiorganisationen selbst bestimmen konnte, so waren auch die einzelnen Parlamentsabgeordneten nicht an Beschlüsse und Aufträge der jeweiligen örtlichen Labour-Organisationen gebunden.



Agitationsplakat der Gewerkschaften gegen die Regierungschefin Thatcher

Dieser Zustand war in den letzten Jahren zunehmend auf Widerstand gestoßen. Ein Parteitag im Herbst letzten Jahres hatte eine Änderung des Wahlverfahrens beschlossen, und um die konkreten Richtlinien dafür festzulegen, war der Sonderparteitag am vorletzten Wochenende angesetzt worden. Während der extrem rechte Parteiflügel nach wie vor jede Änderung des Wahlverfahrens ablehnte, waren sich die übrigen Delegierten darin einig, daß ein Wahlmännergremium für die Wahl des Parteichefs gebildet werden sollte, in dem die verschiedenen Kräfte innerhalb der Labour-Partei vertreten sein sollten. Umstritten war allerdings, nach welchem Schlüssel dieses Gremium zu bilden wäre.

Der Parteivorstand empfahl ein Modell, nach dem die Parlamentsfraktion, die Ortsgruppen und die der Labour-Partei angeschlossenen Gewerkschaften je ein Drittel der Wahlmänner stellen sollten. Parteichef Michael Foot und einige rechte Gewerkschaftsführer wollten dagegen der Fraktion die Hälfte der Wahlmänner überlassen. Überraschenderweise jedoch scheiterten beide Vorschläge. Angenommen wurde vielmehr ein von den „Linken" um Tony Benn entwickeltes Modell, nach dem sich das Wahlmännergremium künftig aus 40 Prozent Gewerkschaftsvertretern, zu je 30 Prozent aus Parlamentsabgeordneten und Vertretern der Ortsgruppen zusammensetzen wird. Darüber hinaus werden die Ortsgruppen künftig auch eine größere Kontrolle über die Aufstellung der Parlamentskandidaten haben.

Der rechte Parteiflügel bezeichnete seine schwere Schlappe auf dem Sonderparteitag als „Drift zum Extremismus" und als „Desaster für Labour". Tatsächlich aber ist es zunächst einmal eine Niederlage für die von diesem Flügel betriebene reaktionäre Politik. Die werktätige Partei- und Gewerkschaftsbasis hat es ja unter allen Labour-Regierungen erleben müssen, daß sich diese Regierungen rücksichtslos über die Interessen der arbeitenden Menschen hinwegsetzten und eine Politik ausschließlich im Interesse der Bourgeoisie machten.

Daß es den rechten Elementen nicht im geringsten um die Konsolidierung der Labour-Party als einer wirklichen Gegenkraft gegen die von der Thatcher-Regierung betriebenen Angriffe auf die Werktätigen geht, machten sie unmittelbar nach dem Sonderparteitag deutlich. Die ehemaligen Minister Owen und Rodgers gründeten mit anderen rechten Parteiführern einen „Rat für Sozialdemokratie" und drohten offen mit Spaltung der Partei.

Auf der anderen Seite hat der Sonderparteitag nun aber auch nicht aus Labour eine Kampfpartei gemacht. Das wichtigste Ergebnis ist die verstärkte Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Parteiführung und damit (bei einem Wahlsieg von Labour) auch auf die Regierungspolitik. Das entspricht der starken Stellung, die die Gewerkschaften schon immer innerhalb der Partei gehabt haben. Labour selbst ist von den reformistischen britischen Gewerkschaften gegründet worden, sozusagen als deren parlamentarischer Arm. Über ein Blocksystem sind bis heute die Mitgliedermassen der meisten Gewerkschaften der Partei angeschlossen. Das drückt sich auch finanziell aus: Labour wird zu 90 Prozent von den Gewerkschaften finanziert.

Wenn jedoch von gewerkschaftlichem Einfluß auf Labour gesprochen wird, muß berücksichtigt werden, daß es sich dabei in erster Linie um den Einfluß der zumeist reaktionären Bonzen und nicht um den der Mitglieder handelt. Diese Bonzen haben sowohl die arbeiterfeindliche Politik der Labour-Regierungen in der Vergangenheit mitgetragen, als auch das undemokratische System der Wahl des Parteivorsitzenden hingenommen. So sind die Ergebnisse des Sonderparteitags auch eine Niederlage für diese reaktionären Gewerkschaftsbonzen. Sie zeigen, daß innerhalb der Gewerkschaften der Druck der Basis gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit zunehmend stärker geworden ist, daß der Spielraum für die Kungelei der reaktionären Gewerkschaftsbonzen mit den rechten Labour-Führern immer enger wird.

Meldungen

Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition in Kanada gegründet

Zweihundert Delegierte als Vertreter von einigen tausend Arbeitern aus dem ganzen Land versammelten sich am 27. und 28. Dezember auf Einladung der Kanadischen Arbeitervereinigung und gründeten den Zentralrat der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition.

Die Delegierten kamen aus nahezu allen Bereichen der Industrie und des öffentlichen Dienstes. Am stärksten vertreten waren dabei die Stahlarbeiter, gefolgt von den Automobilarbeitern und den Beschäftigten im Post- und Fernmeldewesen. 80 Prozent der Delegierten kamen aus dem Industrieproletariat. Die Versammlung insgesamt repräsentierte den organisierten Kern der revolutionären Arbeiterbewegung Kanadas.

Zahlreiche ausländische Gäste wohnten dem Gründungskongreß bei, darunter auch eine von Filip Kota geführte Delegation des albanischen Gewerkschaftsverbands.

Der Kongreß diskutierte einen Programmentwurf für die RGO, der dann von den Teilnehmern verabschiedet wurde. Danach wurde der Zentralrat gewählt, der jetzt den Aufbau der örtlichen Organisationen der RGO in Angriff nimmt. Vorsitzender des Zentralrats wurde der Postarbeiter Louis Lang.

Unsere kanadische Bruderpartei hat die Vorbereitungen für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition aktiv unterstützt. Hardial Baines, der Vorsitzende der KP Kanadas (ML) überbrachte dem Gründungskongreß die revolutionären Grüße der Partei.



Gründungskongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition in Kanada

Rationalisierung bei General Motors

Der größte Autokonzern der Welt, General Motors, hat jetzt offenbar seine Offensive gegen „die Japaner" eingeleitet. Wie zu erwarten war, besteht sie in einem Rationalisierungsfeldzug von gigantischen Ausmaßen. Innerhalb von zehn Jahren will GM die Zahl der in der Produktion eingesetzten Industrieroboter von jetzt 300 auf 14 000 steigern. Im gleichen Maße, wie die Zahl der Roboter steigt, werden dabei massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden.

US-Aufmarsch am Golf

Auch nach der Freilassung der sogenannten Geiseln geht der amerikanische Truppenaufmarsch am Persischen Golf unvermindert weiter. Schon jetzt operieren in der Golfregion und im benachbarten Indischen Ozean 26 amerikanische Kriegsschiffe, darunter zwei Flugzeugträger. Im kenianischen Hafen Mombasa hat jetzt der Hubschrauberträger Tarwa mit 2 800 Mann Besatzung festgemacht. Mombasa und der somalische Hafen Berbera werden derzeit von den amerikanischen Imperialisten als Nachschubbasen für ihre Flotteneinheiten in der Region ausgebaut.

Unterdessen hat die kuweitische Zeitung Al-Hadaf enthüllt, daß der ägyptische Staatspräsident Sadat den amerikanischen Kriegstreibern geheime Basen zur Lagerung von Atomwaffen eingeräumt hat. Entsprechende Zusagen machte Sadat dem US-General David Jones bei dessen jüngstem Besuch in Ägypten. Der Atomwaffenstützpunkt soll in der westägyptischen Wüste eingerichtet werden. Darüber hinaus hat sich Sadat auch mit der Lagerung von chemischen und bakteriologischen Waffen bei El Alamein einverstanden erklärt.

USA: Das größte Manöver aller Zeiten

Kurz nach Reagans Amtsantritt ist in den USA das größte Militärmanöver begonnen worden, das jemals in diesem Land stattgefunden hat. Die 20tägige Übung trägt den Namen „Global Shield 81". Mehr als 100 000 Mann und 800 Flugzeuge sind daran beteiligt. Zeitweilig befinden sich während des Manövers über 400 strategische Bomber gleichzeitig im Einsatz. Flugzeug- und Raketenbesatzungen haben dabei den Befehl, Angriffe auf „angenommene feindliche Ziele" zu üben. Neben der Luftwaffe sind auch Einheiten der Nationalgarde, der Marine und der Marineinfanterie an dem Manöver beteiligt. Wie im Kriegsfall werden neben den militärischen auch zahlreiche zivile Flugplätze benutzt.

Spanier gegen NATO

Am vorletzten Wochenende marschierten 50 000 Einwohner der spanischen Hauptstadt Madrid in einem machtvollen Demonstrationszug zum amerikanischen Militärstützpunkt Torrejon. Der Marsch war die bislang größte Demonstration gegen den geplanten NATO-Beitritt Spaniens. Die Demonstranten forderten darüber hinaus auch die Auflösung aller US-Stützpunkte auf dem Boden ihres Landes.

Brief von Erdal Eren vor der Hinrichtung

„Der Kampf wird weitergehen"

Das illegale Zentralorgan unserer Bruderpartei in der Türkei, „Devrimin Sesi" („Stimme der Revolution"), veröffentlichte in seiner letzten Ausgabe zwei Briefe, die der junge Revolutionär Erdal Eren wenige Tage vor seiner Hinrichtung durch die faschistische Militärjunta geschrieben hat. Sie bezeugen die mutige und unbeugsame Haltung, die Erdal Eren — Mitglied des Jugendverbandes der TDKP und im Gefängnis in die Partei aufgenommen — auch angesichts des Todes eingenommen hat. Wir drucken im folgenden einen der Briefe, der an die Familie gerichtet ist, ab.

Liebe Mutter, lieber Vater, liebe Geschwister,

herzliche Grüße an Euch alle. Bis heute war es mir verwehrt, Euch zu schreiben, und es gab auch keine Möglichkeit, daß wir zusammentreffen und miteinander sprechen konnten.

Und als ich noch nicht im Gefängnis war, hatten wir ja oft Meinungsverschiedenheiten.
Ich habe dabei Euch gegenüber sicher auch Fehler gemacht. Deshalb gibt es soviel, was ich mit Euch zu bereden hätte. Aber auch in diesem Brief kann ich Euch meine Ansichten nicht so darlegen, wie es nötig wäre.

Ich weiß sehr gut, in welcher Lage Ihr jetzt seid. Aber Ihr müßt auch wissen, daß ich moralisch ungebrochen bin und keine Angst vor der Ermordung habe. Mit großer Wahrscheinlichkeit, das weiß ich, werde ich sterben müssen. Trotzdem verspüre ich keine Angst davor. All das, was sie mir angetan haben, hat mich nicht niederdrücken können. Und ich sehe auch die Zukunft nicht dunkel. Das hat seinen Grund eben darin, daß ich Revolutionär bin und im Kampf gestanden habe. Darauf bin ich stolz. Ich habe ein großes Vertrauen in unser Volk. Deshalb kann ich mich ruhig auf den Tod vorbereiten.

Das heiß nicht, daß ich nicht mehr leben will. Wieviel lieber möchte ich am Leben bleiben und wieder im Kampf stehen! Aber wenn mir der Tod bevorsteht, habe ich keine Angst davor. Es ist notwendig, daß ich dem mit Mut begegne.

Ihr wißt auch, daß ich nicht für die Sache bestraft werden soll, deren ich beschuldigt wurde. Sie wollen mit diesem Urteil Angst verbreiten und den Kampf verhindern. Deswegen haben sie, wie Ihr auch wißt, sogar ihre eigenen Gesetze mit Füßen getreten und dieses Urteil gemacht. Im Gefängnis sind wir unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt. (Was das genau bedeutet, werdet Ihr vielleicht später einmal auf anderem Weg erfahren.) Ich habe soviel Erniedrigung und soviel furchtbare Dinge erlebt und gesehen. Das Leben selbst ist in diesen Tagen wie eine Folter. In diesem Zustand kann selbst der Tod wie eine Befreiung erscheinen, und


Erdal Eren

mancher mag sogar an Selbstmord denken. Aber ich habe mit aller Macht gegen solche Gedanken gekämpft, meine Überzeugung gefestigt und mein Leben weitergeführt.

Ich erkläre Euch das, damit Ihr mich nicht falsch versteht und meint, ich hätte am Leben keine Lust mehr, oder ich hätte den Sinn unserer Sache nicht verstanden und unseren Kampf nicht für ernst genommen. Was sie hier mit mir gemacht haben, was ich hier gesehen habe, das hat meinen Haß nur noch tausendfach verstärkt. Und es hat meinen Kampfgeist nur noch weiter gefestigt. Mein Glauben an das Volk und an die Revolution konnte hier nicht zerstört werden. Ich habe nur ein Ziel: unseren Kampf so gut wie möglich zu führen. So sehe ich die Sache.

Ich weiß, daß Ihr sie etwas anders seht. Aber die Liebe zwischen mir und Vater, Mutter und Geschwistern ist sehr stark und kann nicht geschwächt werden. Ich weiß, daß große Trauer bei Euch herrscht. Dennoch sollt Ihr Euch nicht grämen. Ihr sollt wissen, daß Ihr Tausende von Kindern habt und die müßt Ihr auch akzeptieren. Viele davon werden noch ermordet werden und ihr Leben verlieren. Aber auch sie werden nicht vergessen sein und der Kampf wird weitergehen. Ich wünsche mir, daß Ihr das auch so begreifen würdet. Es würde mich verletzen, wenn Ihr mich nur als ein armes verirrtes Kind beweint. Je stärker und mutiger Ihr seid, desto glücklicher macht Ihr mich.

Ich wünsche Euch allen ein freies und glückliches Leben.

Mit revolutionären Grüßen
Euer Sohn Erdal

Eröffnungsfeier zum „Jahr der Behinderten“

Jetzt reden die Behinderten selber!

Carstens kam nicht zum Zuge

DORTMUND.— Die Eröffnungsveranstaltung zum „Jahr der Behinderten“ in der Dortmunder Westfalenhalle verlief anders, als sich die Initiatoren, die Politiker und die „Nationale Kommission der Bundesrepublik zum internationalen Jahr der Behinderten“, vorgestellt hatten. Denn ein Großteil der Behinderten hat das Politikergeschwätz satt. „Jetzt reden wir!“ Damit besetzten sie die Rednerbühne und machten ihr eigenes Programm, trugen ihre Nöte und Forderungen vor.



Die Festbühne ist besetzt — die Behinderten reden selber!

Dabei hatte man sich solche Mühe gegeben. Eine halbe Million kostete die von den Politikern als Selbstdarstellungsfete geplante Veranstaltung. Popgruppen traten auf. Es gab Kaffee umsonst. Und nicht zu vergessen die vielen schönen Prospekte, vier- bis sechsfarbig, die zentnerweise und gratis unters Volk geworfen wurden. Da steht drin, wie gut es den behinderten Menschen bei uns schon geht, wenn man auch noch ein paar Sachen verbessern muß. „Ein Herz für Behinderte“, das wollte Präsident Carstens in seiner wohlformulierten Rede fordern.

Carstens aber kam nicht zum Zug. Um 14 Uhr, kurz vor dem geplanten Auftritt des „Staatsoberhauptes“, wurde die Bühne besetzt. „Wir haben es satt, schöne Reden zu hören. Jetzt reden wir!“ Zwei Stunden lang sprachen nun die Behinderten selbst. Sie klagten die Bundesregierung an, die Behinderten durch ein perfektes System der Ausgrenzung zeitlebens zu isolieren. Den offiziellen Verbänden wie dem „Reichsbund“ fehlt der Mut zu solch offensivem Auftreten für die Rechte seiner Mitglieder!

Auf der Schautafel konnte man die „Zehn Gebote für Behinderte“ sehen:

1. Du sollst funktionieren.
2. Du sollst Leistung erbringen.
3. Du sollst dich verwalten lassen.
5. Du sollst unselbständig sein.
6. Du sollst geschlechtslos sein.
7. Du sollst dich in dein Schicksal fügen.
8. Du sollst anspruchslos sein.
9. Du sollst untertan sein.
10. Du sollst auch noch dankbar sein.

Die Situation der Behinderten in der Bundesrepublik verlangte dringend nach einer Aktion wie der in Dortmund!

Die Zahl der Behinderten in Westdeutschland beträgt zur Zeit vier bis fünf Millionen, und sie steigt ständig an. Jedes Jahr werden nach offiziellen Statistiken 25 000 Kinder mit Schädigungen geboren, die eine Behinderung zur Folge haben. Mindestens 75 000 Behinderte sind arbeitslos.

„Wehrt euch, leistet Widerstand, gegen dieses UNO-Jahr im Land!“ Das konnte man in der Westfalenhalle hören. Und tatsächlich ist das ganze eine gigantische Rechtfertigungsschau, für die Millionen verschleudert werden, die in wirklicher Hilfe für die betroffenen Menschen weit besser angelegt wären.

Aber für diese ist immer weniger Geld da! Den Auftakt zu dem Jubeljahr bildeten drastische Mittelkürzungen für behinderte Menschen. Wir haben schon über Bremen berichtet, wo der Beförderungsdienst für Rollstuhlfahrer eingeschränkt wird. In Baden-Württemberg werden die Mittel um 4,4 Millionen gekürzt. Bundesweit werden Gelder für den Ausbau gemeindenaher, ambulanter Behandlungs- und Betreuungszentren gekürzt. Und so weiter!

In einem „Öffentlichen Brief“ an den Bundeskanzler, der in Dortmund verteilt wurde, werden die fehlenden Taten angesichts vieler schöner Worte angegriffen. Es heißt darin: „Stattdessen werden im ‚Jahr der Behinderten‘ 700 Millionen DM von der Beihilfe für Behinderte gekürzt. Das ist genau die Summe, die ihr Minister Apel noch zusätzlich bekommt, um Panzer und Raketen finanzieren zu können...“ Der wahnwitzige Rüstungsetat wurde von vielen angegriffen.

Carstens, Wehner und Co. mußten ihre Laberstunde in einer Ecke der Halle II abhalten. Großmütig „verzichteten sie darauf“, so hieß es in der Presse, „sich gewaltsam Zugang in die Halle verschaffen zu lassen“! Arbeitsminister Ehrenberg schimpfte über die Aktion, die von einer „klitzekleinen Minderheit“ durchgeführt worden sei. Er entlarvte sich selbst als Heuchler, hatte er doch auch verkündet, „Dieses Jahr soll das Jahr der Behinderten selbst sein, nicht ein Jahr der Institutionen und Organisationen.“

Der „Reichsbund“ distanzierte sich „unmißverständlich von dem skandalösen Verhalten einer organisierten Minderheit“; von den „massiven Störaktionen, die sogar vor der Diffamierung des Staatsoberhaupts nicht zurückschreckten“. Na, vor dem doch wohl am allerwenigsten — was soll man ernsthaft auf die unverbindlichen Sprüche eines ehemaligen Mitglieds der Euthanasie-Partei Hitlers geben? Damit hätten sie sich selbst den „denkbar schlechtesten Dienst“ erwiesen.

Das ist mit Sicherheit falsch. Die brutalen Geldstreichungen der Herren um die verhinderten Festredner Carstens, Wehner, Ehrenberg und so weiter beweisen, daß ein Stillhalten und Bitten zu gar nichts führt. Die mutige Aktion hat der Sache der Behinderten einen sehr guten Dienst erwiesen! Sie kann der Unterstützung vieler Menschen sicher sein!

Bürgerinitiativen aus mehreren Bundesländern kündigten in Dortmund noch für dieses Jahr ein „Krüppeltribunal“ an, um „Behördenwillkür, Arbeitslosigkeit und menschenunwürdige Zustände“ anzuprangern.

Carstens aber kam nicht nur nicht zum Reden. Als er einen Rundgang durch die Hallen machen wollte, wo Behinderteninitiativen ihre Arbeit darstellten, stand ihm ein Wall protestierender Menschen gegenüber. „Carstens, schmeiß die Rede weg, das Geschwätz hat keinen Zweck, geh doch lieber wandern!“ Und Carstens wanderte ziemlich schnell wieder aus der Halle...



Sonntag, 8. Februar, 15.15 Uhr, ARD

Späte Liebe. Fernsehspiel von Max von der Grün. Zwei „verrückte Alte“, ein früherer Schneidermeister und eine Witwe, beschließen trotz Anfeindungen aus ihren Familien, zu heiraten.

***

Montag, 9. Februar 23.00 Uhr, ZDF

Die unsichtbare Drohung. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Atomraketen sind sie fast vergessen: Die biologischen und chemischen Waffen, die von allen imperialistischen Staaten in großen Mengen produziert werden. Der ZDF-Bericht informiert über Systeme und Gefahren dieser Waffen.

***

Dienstag, 10. Februar 20.00 Uhr, DDR 1

Die Mutter. Wer das DDR-Fernsehen empfangen kann, sollte heute abend umschalten. Gezeigt wird eines der besten Stücke von Bertolt Brecht — die Entwicklung der russischen Arbeiterfrau Pelagea Wlassowa zur bolschewistischen Revolutionärin. Brecht hat dieses Stück nach Motiven des gleichnamigen Romans von Gorki geschrieben. Hanns Eisler hat die Musik dazu komponiert.

***

Dienstag, 10. Februar 21.45 Uhr, WDR III

Ein Bild für Bilk. Der Film von Georg Bender und Ina Brandt berichtet über eine Gruppe junger Künstler, die mit Wandbildern den Kampf gegen den Abriß des Düsseldorfer Stadtviertels Bilk unterstützen.

***

Donnerstag, 12. Februar 20.15 Uhr, ARD

Drei Bauern unter einem Hut. Mischka Popp und Thomas Bergmann portratieren drei kleine Bauern aus verschiedenen Regionen der Bundesrepublik, die gegen die Ruinierung ihrer Betriebe kämpfen.

***

Freitag, 13. Februar 16.20 Uhr, ARD

Wenn ein Auge weint, das andere lacht... Film von Nick Wagner über soziale und kulturelle Probleme von Ausländern im Ruhrgebiet.

***

Freitag, 13. Februar 23.20 Uhr, ZDF

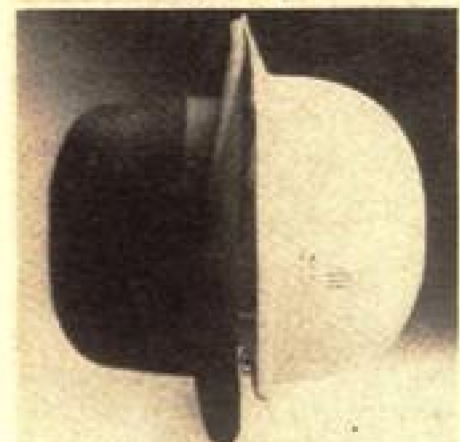
Laßt mich leben. Der Spielfilm von Robert Wise ist ein Plädoyer gegen die Todesstrafe.

Schlagende Argumente!

In der „metall“ vom 28. 1. 81 erschienen folgende Fotos, die uns bildlich vor Augen führen, warum wir die Mitbestimmung brauchen:



So nicht



sondern so

Darum Mitbestimmung

war es so gemeint?



So nicht

Darum also! ... ... (??)

... Also, irgendwie doch noch unklar.

Damit die Kollegen ihre Schutzhelme nicht mehr auf den Boden schmeißen müssen und die Unternehmer legen ihre Hüte obendrauf?

Damit Helm und Hut endlich gleichberechtigt und in gleicher Höhe an der Garderobe hängen?

Oder gehört der Hut auf dem beispielhaften zweiten Foto gar Eugen Loderer persönlich, der auch mal einen Kollegen zu sich eingeladen hat?

Oder ist das ein Wink an die Kapitalisten: So vertraut möchten wir mit euch sein?



sondern so

Darum Sozialpartnerschaft

(Gewisse Ignoranten in unserer Redaktion wollten sich übrigens beim Anblick dieser Bilder gar nicht wieder einkriegen vor Lachen.)

Aber — vielleicht haben wir das ganze doch mißverstanden? Vielleicht schreibst du uns mal, Kollege Loderer?

Hier zwei spontane „hauseigene“ Variationen „zum Thema“:

Uns gefiel allerdings diese Variante besser:



So nicht



sondern so

Darum Klassenkampf

SS-Henker in Freiheit

„Henker von Buchenwald“ — unter diesem Namen wurde der SS-Hauptscharführer Martin Sommer, in dem Konzentrationslager als Arrestverwalter tätig, wegen seiner Greueltaten bekannt. Nach dem Kriege, allerdings auch erst am 3. Juli 1958, wurde er vom Schwurgericht Bayreuth wegen erwiesenen Mordes an 25 Menschen zu lebenslanger Haft verurteilt. Wie sich dieser Tage herausstellte, ist er bereits seit 1973 in Freiheit.

Nach nur 15 Jahren Haft erließ der damalige bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel einen Gnadenerweis und ersparte ihm den Rest der Haft. Sommer kam im Stephanus-Heim der evangelischen Diakonie in Rummelsberg unter. Nach außen wurde nichts bekannt gegeben, man fürchtete den Protest. Angeblich, so hieß es dann, sei seine Entlassung aus dem Gefängnis unter bestimmten Auflagen geschehen. So dürfte er das Gelände der Rummelsberger Anstalten nicht verlassen. Wie die Nachrichtenagentur AP meldet, wurde auf Anfrage jedoch in der Anstalt gesagt, Sommer sei gegenwärtig nicht erreichbar — er sei „ausgefahren“!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 771200, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5**

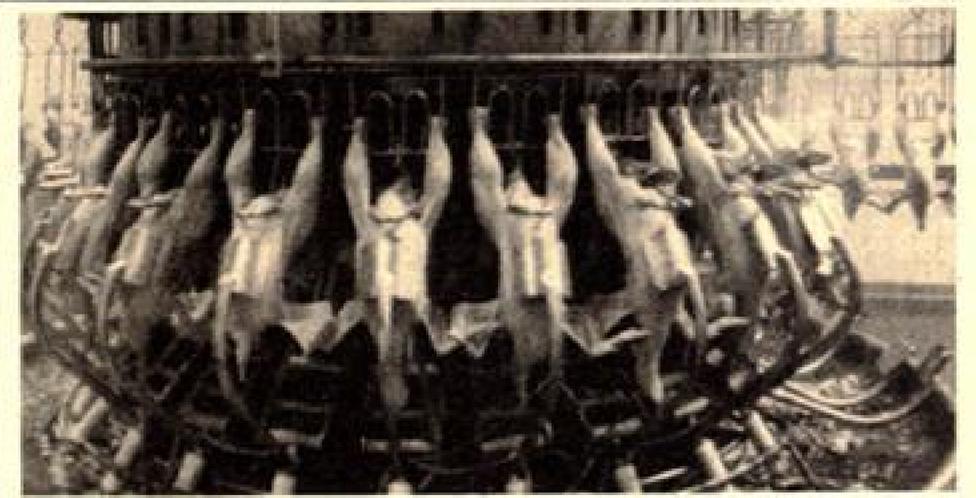
7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr

Bundesweite Bauerndemonstrationen angekündigt

Für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern!

Aus Anlaß der für den 14. Februar angekündigten großen Bauerndemonstrationen bringt der RM eine dreiteilige Artikelfolge über die Lage der Landwirtschaft und die Notwendigkeit des Arbeiter-Bauern-Bündnisses. In der letzten Folge wurde die Struktur des Deutschen Bauernverbandes analysiert und herausgestellt, daß es sich bei diesem Verband keineswegs um eine Interessenvertretung der werktätigen Bauern handelt. Der Verband ist im wesentlichen ein Instrument des Agrarkapitals; die völlig undemokratischen Statuten nehmen den kleinen Bauern zudem jede Möglichkeit der Einflußnahme auf die Verbandspolitik. Daraus folgert die Notwendigkeit einer fraktionellen Tätigkeit der fortschrittlichen Kräfte. Die Zeitschrift „Freies Landvolk“ arbeitet schon seit einiger Zeit daran, alle oppositionellen Kräfte in einer freien Landvolkbewegung zusammenzuschließen.



Landwirtschaftliche Fabrik — in solche Betriebe fließen die Bonner Subventionen. Die bäuerliche Landwirtschaft dagegen geht leer aus.

Komplizierte Lage bei den Forderungen für die werktätigen Bauern

Um sich innerhalb des DBV auch als Opposition darstellen zu können, müssen die fortschrittlichen Bauern auch Weg und Ziel angeben können, damit die bäuerliche Struktur erhalten bleiben kann. Dabei können viele Forderungen zu einem zweischneidigen Schwert werden, weil bei ihrer Realisierung das Agrarkapital die Hauptnutznießer wären.

So etwa die Forderung nach höheren oder gerechten Erzeugerpreisen. Was ist ein gerechter Erzeugerpreis, wo die Produktionsbedingungen zwischen der bäuerlichen Landwirtschaft und dem Agrarkapital schon recht unterschiedlich sind? Höhere Erzeugerpreise dienen nur dem Großbauern, Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzern. Individuelle Erzeugerpreise kann es natürlich auch nicht geben.

Darum kann im Mittelpunkt der ganzen Diskussion und der kommenden Demonstrationen nicht ein höherer Erzeugerpreis stehen, sondern die Frage, wie die bäuerliche Landwirtschaft mit direkten Subventionen direkt gefördert werden kann. Zinsgünstige Kredite, Investitionsbeihilfen und Steuervergünstigungen könnten der bäuerlichen Landwirtschaft ganz entscheidend helfen.

Wobei wir bei den berühmten Subventionen für die Landwirtschaft wären. Folgt man den bürgerlichen Zeitungen, dann besteht die gesamte Landwirtschaft nur aus Subventionen. Tatsache aber ist, daß von staatlicher Seite fast nur das Agrarkapital und die verarbeitende Industrie gefördert werden. Über 90 Prozent der Subventionen aus Bonn und Brüssel, die unmittelbar für die Landwirtschaft gedacht sind, bekommen nur 10 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Und diese 10 Prozent stehen in der Einkommensskala ganz oben an und rekrutieren sich zum überwiegenden Teil aus dem Agrarkapital.

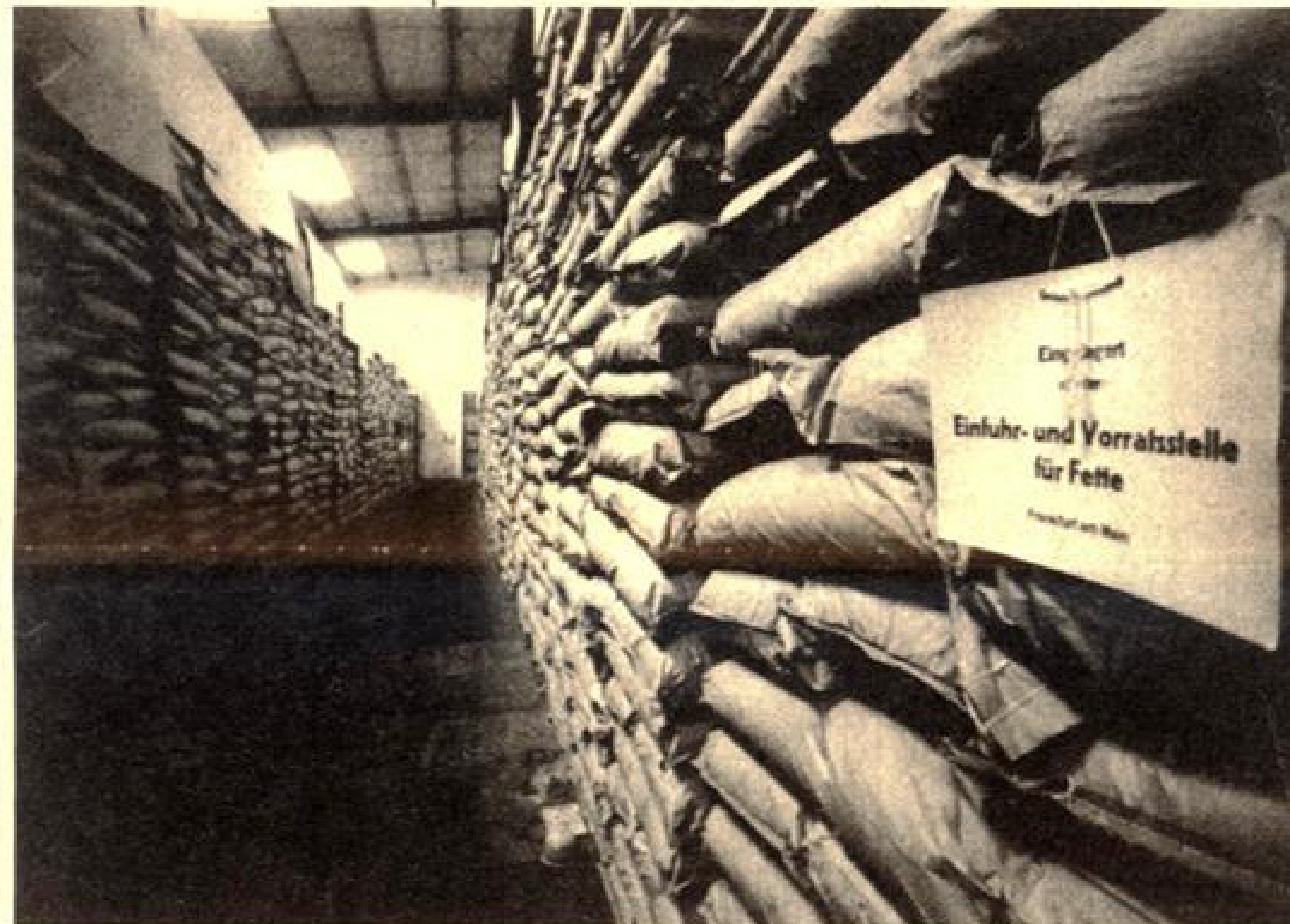
Besonders im Schlaglicht der Presse steht der EG-Milchmarkt. Für Butterberge und Milchüberschüsse werden jährlich 14 Milliarden ausgegeben, während für den Verbraucher die Butter im Laden immer teurer wid. Bei Windstärken bis zu acht stechen die Butterdampfer in See, damit die Hausfrau in der zollfreien Zone billiger an Butterrationen kommt.

Jetzt soll dieser Milchmarkt „reformiert“ werden, wobei die Verordnungen heute schon zahllose Aktenordner füllen. Die Bauern sollen sogenannte Milchverantwortungsabgaben und die Molkereien sollen Superabgaben zahlen. **Hinter dieser „Reform“ steht allerdings die weitere massenhafte Ruinierung der Bauern.**

Nur noch in der Rinderhaltung und in der Milchwirtschaft hat die bäuerliche Landwirtschaft eine feste Stellung. In der Hühner- und Schweinehaltung geben bereits die Agrarfabriken den Ton an. So werden zum Beispiel 53 Prozent aller Masthühner in nur 100 Betrieben in der Bundesrepublik gehalten. Nur noch knapp 40 Prozent aller Mastschweine werden von bäuerlichen Mästern aufgezogen, wobei noch nicht einmal die Bauern abgezogen wurden, die vertragsmäßig für das Agrarkapital mästen und damit zu Lohnarbeitern auf eigenem Hof geworden sind.

Je geringer das Einkommen der Bauern wird, um so mehr flüchten sie sich in die Milcherzeugung. Sie ist nämlich noch sehr arbeitsintensiv und erfordert mit den geringsten Kapitaleinsatz (außer der Ackerwirtschaft) in der Landwirtschaft. Da der Milicherzeugerpreis zur Zeit noch sehr annehmbar ist, bietet nur die Milcherzeugung den meisten Bauern ein ausreichendes Einkommen. je mehr die Agrarfabriken die anderen Produktionszweige übernehmen, je tiefer das Einkommen der Bauern sinkt, um so höher wird der Milchausstoß sein. Daran werden auch die geplanten Abgaben in der EG nichts ändern. Die Milchproduktion wird weiter anwachsen bis zu einem Punkt, an dem die bäuerliche Landwirtschaft in der EG aufgehört hat zu existieren. Auf diesen Tag bereitet sich das Agrarkapital schon vor, in zahllosen medizinischen Versuchen wird der Geburtenvorgang bei den Kühen künstlich gesteuert. Schonheute ist es möglich, von einer Kuh befruchtete Eier auf andere Kühe zu übertragen, um dann bis zu 20 Kälber zu erhalten. Die bäuerliche Zucht wird dann durch die Medizin ersetzt. Zur Zeit allerdings liegen die Entstehungskosten für solche Kälber zu hoch, also gehen die Versuche für das Agrarkapital weiter. Bezahlt werden diese Versuche übrigens vom Bonner Landwirtschaftsministerium, ein Teil der berühmten Subventionen, die angeblich die Bauern bekommen.

Ohne Zweifel ist der EG-Agrarmarkt zu kostspielig. Doch weder die Verbraucher noch die werktätigen Bauern profitieren davon. Nutznießer der EG-Milliarden sind das Agrarkapital, die vorgelagerte und die weiterverarbeitende Industrie. Würden die werktätigen Bauern mit direkten Einkommensbeihilfen unterstützt, dann könnten manche EG-Milliarden eingespart werden und die Überschußprobleme würden sich auch fast von selbst lösen. Eine Ansicht übrigens, die nicht nur wir Kommunisten oder die fortschrittlichen Kräfte des Landes vertreten, sondern auch mancher bürgerliche Ökonom. Es ist müßig, festzustellen, daß es am kapitalistischen System liegt, daß vernünftige Lösungen verhindert werden, die der gesamten Bevölkerung zugute kämen.



Milchpulverberg — ein Produkt der EG-Agrar-Politik.



Bauerndemonstration. Die riesige Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen wird angeprangert.

Unsere Arbeit auf dem Lande muß intensiviert werden!

Unsere bisherige Arbeit unter den Bauern und auf dem Lande hat gezeigt, daß die ländlichen Werktätigen sehr wohl fortschrittlich sind und auch kommunistischen Positionen nicht ablehnend gegenüberstehen. Diese Arbeit muß von uns intensiviert werden, die kommenden Kundgebungen und Demonstrationen bieten uns dazu einen guten Anlaß, zumal die Bauern in die Städte kommen, wo wir Kommunisten unsere Arbeit schon breiter entfaltet haben.

Die fortschrittlichen Ansichten gerade auch unter den werktätigen Bauern müssen von uns unterstützt und gefördert werden. Nur so können diese Kräfte sich im Dorf auch durchsetzen, denn auf dem Lande selbst übt die finsterste Reaktion ein Terrorregime aus. Früher waren es die großen Bauern, die zahllose Landarbeiter, Knechte und Mägde in ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit hatten und politisch im Dorf den Ton angaben. Heute hat sich dieses Bild gewandelt, die Schicht der Großbauernschaft ist sehr schmal geworden, mit der Gebietsreform wurde der erwachenden politischen Aktivität der Landbevölkerung ein Riegel vorgeschoben. In den großen Gesamtgemeinden können wiederum die finstersten Kräfte mit Hilfe der Bonner Parteien den Ton angeben.

Es ist bekannt, daß die KPD sich bemüht, einen Aufbau einer einheitlichen freien Landvolkbewegung aktiv zu unterstützen. Mit der Herausgabe der Zeitung „Freies Landvolk“ haben sich revolutionäre Kräfte auf dem Lande einen positiven Ansatz geschaffen, den es für uns zu unterstützen gilt. Mit der Zeitung als einem kollektiven Organisator können breite Kreise auf dem Lande für eine freie Landvolkbewegung gewonnen werden. Darum werden wir auch die Aktivitäten der Zeitung „Freies Landvolk“ am 14. Februar bei den Bauerndemonstrationen massiv unterstützen.

Natürlich haben wir Kommunisten weitergehende Ziele. Wir wollen den Kapitalismus stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen, in der langfristig die zersplitterte Kleinproduktion keinen Platz hat. Als ersten Schritt dazu betrachten wir den Zusammenschluß der Bauern zu Produktionsgenossenschaften, in der die landwirtschaftliche Arbeit einen kollektiven Charakter annimmt. Eine solche Großproduktion ist allerdings mit den heutigen Agrarfabriken kaum vergleichbar. Bei einer entsprechenden Aufklärungsarbeit und wirtschaftlicher Forderung werden sehr schnell die meisten Bauern die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses erkennen. Viele werden dann zum ersten Male Urlaub machen können und eine geregeltere, kürzere Arbeitszeit vorfinden. Im Verlaufe des weiteren Aufbaus des sozialistischen Deutschlands werden sich auch die überkommenden Vorstellungen vom Privateigentum innerhalb der Bauernschaft klären.

Das Beispiel der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zeigt, daß die Genossenschaftsbauern mit an der Spitze des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung zu finden sind. Es gibt keine „natürliche“ Abneigung der werktätigen Bauern gegen den Sozialismus, wie es immer wieder die bürgerlichen Propagandisten glaubhaft machen wollen Allerdings und völlig zu Recht sind unsere Bauern gegen das, was mit den Bauern in den revisionistischen Ländern geschieht. Das schlechte Beispiel der Bauern in der DDR vor der Haustür macht natürlich manchen Bauern erst einmal empfindlich, kommt die Sprache auf die Kollektivierung in der Landwirtschaft. Dabei schreien die bürgerlichen Propagandisten groß von Enteignung, während in der Bundesrepublik das größte Bauernlegen in der Geschichte vollzogen wurde und noch wird.

Auf dem III. Parteitag unserer Partei wurde festgestellt, daß die Arbeit auf dem Lande einen wichtigen Stellenwert bekommen muß. Diese Ansicht wurde auf dem IV. Parteitag noch einmal ausdrücklich bekräftigt. Auch beim Aufbau der Einheitsfront des Proletariats muß die Schmiedung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern mit einfließen. Möge dieser Artikel ein posiviter Beitrag zur Schmiedung dieses Bündnisses werden.

T7271F

Freies Landvolk

ZEITUNG FÜR DIE FREIE LANDVOLKBEWEGUNG

Nr. 10, Januar 1981 — 4. Jahrgang — Einzelpreis 70 Pfennig

14. Februar: Protestdemonstrationen bundesweit

Kampfmaßnahmen einleiten!

Alle Kreisbauernverbände sind für Sonnabend, den 14. Februar, zu einer bundesweiten Protestdemonstration aufgerufen worden. Angesichts des weiteren Absinkens des bäuerlichen Reineinkommens kam das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes um einen solchen Beschluß nicht herum. So sehr diese Protestdemonstrationen auch zu begrüßen sind — wir werden sie aus vollem Herzen und nach Kräften unterstützen — so bleibt es ebenfalls ein Fakt, daß nur die Einleitung von langfristigen Kampfmaßnahmen die bäuerliche Landwirtschaft vor der Ruinierung schützen kann. Bundesweit muß in diesem Sinne Druck auf den DBV ausgeübt werden.



Initiative gegen Wasserraubbau und Zwangsanschluß — Seiten 10/11

Aus dem Inhalt:

Die neue Ausgabe vom „Freien Landvolk“ ist erschienen. Zu beziehen beim Verlag Gerd Coldewey, Seefelder Außendeich, 2883 Stadtland 3.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 6 Subat 1981 Yıl: 15 1 DM



„Devrimin zaferi için — ABD'nin müdahalesini durduralım! Bu şiar altında mücadele eden El Salvador halkı ile dayanışma içinde olduğunu belirtmek için, hafta sonunda 20 000 kişi Frankfurt'ta yürüdü. Yürüyüş sonunda yapılan mitingde kurtuluş hareketinin liderlerinden Ana Maria Guadelupe Martinez ve Hector Oouili de konuştular. Hemen hemen bütün konuşmacılar, Federal Hükümet'ten, El Salvador'a yaptığı her türlü yardımı kesmesini talep ettiler. Bu sıralarda Orta Amerika'da bulunan CDU genel sekteri Geissler, El Salvador'daki katliam rejimini "insancıl, hiristiyancı ve fakirlerin dostu" olarak tanımlıyordu.

Parlamento'da bütçe tartışması

Schmidt, Reagan'ın savaş politikasını destekliyor

BONN. — Başbakan Schmidt, Federal Parlamento'daki bütçe tartışmaları sonunda, Hükümet'inin Reagan ve yandaşlarının işgalci ve savaş kışkırtıcı politikasını sınırsız bir biçimde desteklediğini vurguladı. "Amerikan Hükümeti'ni kayırmamaya" — aynen böyle söylüyordu — hiç bir gerekçe yortur.

Başbakan, "bugün barıştan daha da önemli şeyler vardır" diyen ABD Dışişleri Bakanı Haig'ın provakasyonlarını dahi açıkça savundu. Yaptığı konuşmada — ki bu konuşma CDU ve CSU milletvekilleri tarafından sürekli alkışlanarak, sık sık kesildi — Schmidt, kendi partisi (SPD) içindeki direnmelere rağmen, ABD emperyalistlerinin taleplerini eksiksiz yerine getirmek isteğini iyice belirtiyordu. Amerikan atom silahlarından "Pershing 2" ve "Cruise Missiles" ülkemize yerleştirilecek ve silahlanma bütçesi yüzde üç oranında yükseltilecektir.

Başbakan Schmidt ABD emperyalistlerine bağlılık yeminlerini büyük sözlerle yaptığı sırada, Reagan ve Haig yaptıkları ilk basın toplantısında Amerika'nın gelecekteki dış politikasını açıklıyorlardı. Washington'un yeni baykuşları, "yumuşama" ve sosyal emperyalistlerle görüşme zamanının geçtiğini açık bir biçimde söylüyorlardı. Reagan, Sovyetler Birliği'ni, hedefine daha da yaklaşabilmek için "her türlü saldırganlığa başvuran, dolandırıcı ve yalan söyleyen" bir güç olarak tanımlamıştı. Aynı şekilde Haig de Moskova'yı suçlayarak, onu uluslararası terörizmin yaygınlaşmasında itici bir güç olarak belirtti ve terörizme karşı mücadelenin gelecekte Amerikan dış politikasının asıl hedefi olduğunu açıkladı.

Reagan ve yandaşlarının "terörizm" dedikleri şey, ABD emperyalizminin ve onun uşaklarının boyunduruğundan çıkıp bağımsızlığa kavuşmak isteyen halkların kurtuluş mücadelesinden başka birşey değildir.

Bugün El Salvador'da yaptıkları gibi onlar, halkların mücadelesini kana boğmak istemektedirler. Ayrıca ulusal kurtuluş hareketlerinin Moskova tarafından yönlendiğini söyleyerek, bu gibi adi yalanlarla Sosyal emperyalistlere gözdağı vermeye çalışmaktadırlar. Reagan ve Haig'ın tehditleri açıkça şunu ifade etmektedirler: Halklara kendi hegemonyasını zorla kabul ettirebilmek için, Dünya'nın her yerinden sadece ABD'nin "her türlü saldırıya hakkı" vardır. Eğer buna karşı sosyal emperyalistler herhangi bir ülkeye müdahalede bulunacak olurlarsa, Amerikan rakipleri tarafından "cezalandırılacaklarını" hesaplamak zorundalar.

Bu politikanın ABD emperyalizminin yeni saldırıları için sadece bir başlangıç olmadığı, aynı zamanda Vietnam işgalini geride bırakacak saldırılara hazırlık olduğu gün gibi açıktır. Ve bu politika iki süper devlet arasındaki savaş tehlikesini de artıracaktır. Çünkü, sosyal emperyalistler de en azından ABD emperyalistleri kadar saldırgan oldukları için, kendi arzularıyla ülke sınırlarına çekilecek değillerdir.

Reagan'ın bu tehlikeli çizgisini, Schmidt'in kayıtsız şartsız izlemesi ve onu desteklemesi, Federal Almanya topraklarını bir saldırı üssü haline getirmekte ve halkımızı ölüm tehditleriyle karşı karşıya bırakmaktadır.

(Schmidt unterstützt Reagans Kriegskurs RM/Nr. 6, S. 1)

„Maden Sanayiinde Yönetime Katılma"

Hükümet, kapitalistlerin saldırıları için engelleri kaldırıyor

DGB yönetimi kitle eylemelerini reddetmekte

BONN. — Federal Hükümet geçen hafta Cuma günü "Maden Sanayiinde Yönetime Katılma'yı güvence altına alma" ile ilgili yasa tasarısını onayladı. Aslında güvence altına alma diye birşey sözkonusu değil. Çünkü, bu yasayla, tekel kapitalistlerine, maden sanayiinde yönetime eşit olarak katılmayı altı yıl içinde kaldırma olanağı veriyor.

IGM'in sözcüsü, bu yasayı, "Maden Sanayiinde Yönetime Katılma"manın uygulandığı işletmelerinin kollarıyla, bunun uygulanmadığı işletme şubelerini birleştirmek için kapitalistlere yapılmış bir çağrı olarak değerlendirdi. Hükümet tarafından onaylanan bu yasa tasarısına göre, yukarda belirtilen durumda olan bir işletmede altı yıl sonra yönetime eşit katılma kaldırılmış olacak.

Gerçi "yönetime katılma" stratejisi, işçi sınıfı hareketi için çıkmaz bir sokak olduğu kendiliğinden ortaya çıktı. "Yönetime Katılma" hiç bir zaman sendikal mücadele şartlarının iyileşmesine hizmet etmedi ve etmemektedir. Kapitalistlerin demir-çelik sanayiinde ve maden ocaklarında estirdikleri rasyonalizasyon terörü de bunu göstermektedir.

Ama, tekel kapitalistlerinin bugün "Maden Sanayiinde Yönetime Katılma"ya (Montanbestimmung) saldırmaları, kâr hırslarını hiç bir engelle karşılaşmadan gerçekleştirmek istemelerinden ileri gelmektedir. Bu saldırılara karşı, işletmelerde işçilere daha fazla haklar getirmeyi hedefleyen sendikal önlemlerin alınması kaçınılmazdır. DGB sendika ağaları, hükümetin ve sermayenin saldırılarına karşı, işletmelerde işçileri eyleme çağırmak yerine, geçen hafta Cuma günü yapılan IGM-in görevliler konferansıyla yetindi.

İşçi ücretleri düstügü sırada:

Politikacıların maaşları gittikçe yükselmekte

BREMEN. — "Kemerleri daha da sıkın" — Ekonomi Bakanı Lambsdorf, parlamento seçimlerinden sonra emekçilerden bunu talep ediyordu — "Rahat yaşamanın zamanı geçti"; parlamenterlerin maaşlarına bir çırpıda binlerce Mark zam gelirken, biz emekçiler bu ve bunun gibi sözlere boyun eğmek mi zorundayız? Toplu sözleşme turlarında ücretlerin yağmalama anlaşmaları talep edilmektedir. Ve bu tür anlaşmalar yapıldı da.

Bugün sürekli olarak düşen hayat şartlarından toplumun bir kesimi hiç de etkilenmemektedir. Ve bu kesim, emekçilerin, ücret artışlarından vageçmelerini sağlamak için binbir çabaya ve üçkâğıtçılığa başvuran Federal Alman politikacilarıdır. Bunların hayat standartı düşmediği gibi, hergün biraz daha yükselmektedir.

Seçimler bittikten hemen sonra parlamenterlerin maaşlarının yükselmesi hemen başlamıştı. Federal Parlamento Başkanı Stücklen, parlamenterlerin maaşlarının 1500 DM yükseltilmesini istemişti. Aynı durum eyalet parlamentolarında ve şehir meclislerinde de mevcuttur.

Örneğin, Essen Belediye Meclisinin üyeleri Ekim 1980'de aylıklarını 4728 DM'tan 6800 DM'a yükselttiler. Ve bu artış Ocak 1980'den başlamak üzere geçerli.

Yeni durum şimdi Bremen'de meydana geldi. SPD ve CDU eyalet parlamenterleri oybirliğiyle maaşlarını yüzde 6,3 yükselttiler. FDP ve Grüne maaşların yükseltilmesinden yana olmakla beraber, bu denli fazla artışa istisnai olarak karşı çıktılar. Ama sonuçta onlarda bunu ceplerine indirecekler. Bu durumda Bremen'de bir parlamenterin maaşı 5000-6000 DM arasında değişmektedir. Bu, vergi ödeyenler için 300000 DM lık bir ek yük anlamına gelmektedir.

(„Die Diäten der Politiker steigen weiter", RM/Nr. 6, S. 1)

Güney Afrika ırkçıları terör estiriyor

Bir baskın sonucu Mozambik'de 13 kişi katledildi

MAPUTO. — Geçen hafta Cuma günü Güney Afrika beyaz ırkçı rejiminin katliam komandoları komşu ülke Mozambik'ke girdiler. Güney Afrika'dan kaçan ulusal kurtuluş hareketi ANC üyeleri üzerine başkent Maputo yakınlarında bir baskın yapıldı ve birçok yurtsever adî bir biçimde katledildi.

Irkçı komandolar tarafından katledilen kurtuluş savaşçılarının cesetleri kurşunlarla delik deşik edilmişti. Yurtsever savaşçılar öldürülmeden önce adî işkencelere tabi tutulmuş ve bir çoğunun organları kesimişti. Bu kahpe ve vahşi baskın sonucu en azından 13 kişi hayatını kaybetti. Bu barbar saldırı, Güney Afrika ırkçılarının Mozambik üzerine düzenledikleri bir dizi baskından sadece sonuncusuydu.

Baskın yapıldığı sıralarda Angola Hükümeti korkunç bir rapor açıkladı: Güney Afrika terör komandoları son 18 ay içinde Angola'da 400 sivili, 83 Angola askerini ve Namibia'dan gelen sayısız mülteciyi düzenledikleri baskınlar sonucu katlettiler.

Irkçı terör komandoları bu sistemli katliamlarını, Güney Afrika'nın başkenti Pretoria'da paralı askerlik yapmış biri de doğruladı. İngiliz gazetesi "Guardian"ın bu paralı askerle yaptığı röportajda, kendi birliğinin (32. tabur) çocukları bile vahşi bir biçimde katlettiğini onaylıyordu.

("Terrorüberfall auf Mosambik" RM/Nr. 6, S. 1)



Güney Afrika ırkçı komandoları Angola'da bir baskın esnasında.

Fiat artışları yüzde 6'nın üzerine çıktı

IGM sendika ağaları ücretlerin düşürülmesi çizgisini izliyor

FRANKFURT. — Federal İstatistik Dairesi'nin geçen hafta yaptığı açıklamaya göre, geçen yılın Oçak ayına karşın bu yılın Oçak ayında fiatların en azından yüzde 6 yükseldiği belirtilmektedir. Buna rağmen IGM sendika ağaları ilk toplu sözleşmeyi yüzde 5,2 ile imzaladılar.

IGM, Nordrhein-Westfalen Eyaletin'de araba tamirhanelerinde çalışan 80 bin işçi için yüzde 5,2 düşük bir ücret zammı alarak anlaşmaya vardı. Doğrusu ücret zammı sözcüğünü tırnak işareti içine almamız gerekiyor. Çünkü, ücret zammı pozitif bir anlamda ele alınmaktadır. Oysa burada ücretler düşürülmüştür. Yani 2000 Mark aylık ücret alan bir işçinin satınalma gücünde 60 Mark'a yakın düşüş olmaktadır.

"Roter Morgen" geçen hafTaki sayısında yayınladığı gibi, bir burjuva kurumu olan "Arbeiterkammer Bremen" şu tespiti yapmıştı: Diyelim ki, geçen yıl fiatlar ortalama yüzde beş oranında arttı ve bu fiat artışlarına karşılık ücretlere de yüzde beş zam alınsın. Ama eşit bir rakam olmakla beraber, ücretler yüzde 1,6 düşürülmüş oluyor. Çünkü, brüt ücretlerin yükselmesine paralel olarak, ücretlerde yapılan kesintiler de otomatikmen artmaktadır. Yani ücretlerin yüzde beş oranında artmasıyla, bunlardan yapılan sigorta ve vergi kesintileri de ortalama olarak yüzde 1,6 artmaktadır. Ve bu durumda ücretlere gelen gerçek zam yüzde 5 değil de, yüzde 3,4 olacak. (Bu rakama geçen yıl gerçek ücretlerin 1,1 düşürüldüğünü eklemiyoruz)

Alman Sendikalar Birliği (DGB) "Welt der Arbeit", "Arbeiterkammer Bremen'in bu tespitlerini onaylıyor ve 2500 DM brüt ücret alan bir sanayi işçisinin yüzde 5 ücret zammı almasıyla, geçen yıla oranla satınalma gücünün yüzde 1,6 düşeçeğini belirtiyor.

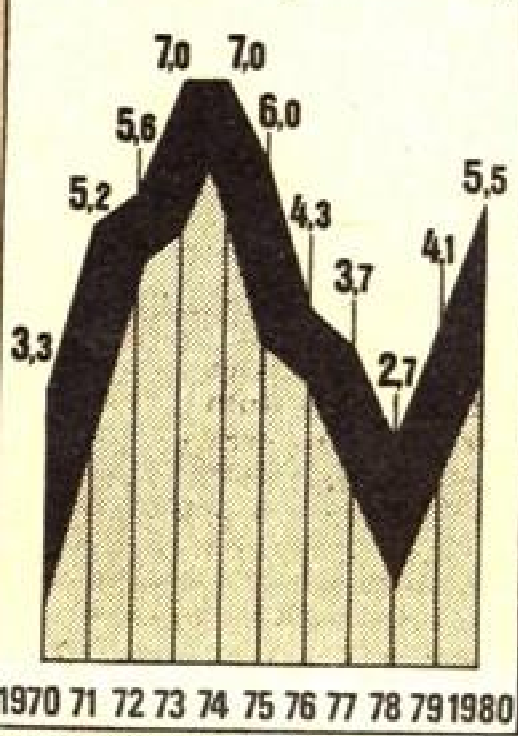
IGM sendika ağalarının yüzde 5,2 ücret zammıyla imzaladıkları toplu sözleşme, 80 bin işçi için gerçek ücretlerin sadece 1,6 değil, daha fazla düşürüldüğünü ifade etmektedir. Çünkü, "Arbeiterkammer Bremen"in kabul ettiği yüzde 5 fiat artışları çoktan aşılmış bulunmaktadır. Bir diğer burjuva kurumu olan Federal İstatistik Dairesi bu rakamı şimdi yüzde 6 tespit ediyor ki, şimdiye kadar resmi istatistik kurumlarının fiat artışlarını doğru bir biçimde tespit ettiği görülmemiştir.

IGM sendikası toplu sözleşme politikasıyla sorumlu Hans Janssen, "Metall" dergisinde IGM'in bu yılki ücret turlarındaki hedefinin geçmiş dönemde olduğu gibi bugün de "gerçek gelirlerin güvence altına alınması ve yükseltilmesi" olduğunu yazıyordu. Bu söylenenleri IGM sendika ağalarının yaptıklarıyla karşılaştırdığımızda, bütün bunların demagojiden başka bir şey olmadığını ve işçileri yanıltmak için söylendiği kendiliğinden ortaya çıkmaktadır. Yukarda verdiğimiz burjuva istatistikleri dahi sendika ağalarının izlediği ücret politikasının, ücretlerin düşürülmesi olduğunu göstermektedirler. Ayrıca geçen hafta yapılan açıklamaya göre, IGM Bavyera Eyaleti için yüzde 7,5 ücret zammı talep etmektedir.

IGM sendika ağaları, Nordrhein-Westfalen Eyaleti'nde araba tamirhanelerinde çalışan işçiler için imzaladıkları anlaşmayı, genelinde toplu sözleşme turları için örnek bir anlaşma olarak görmektedirler. Bu işkolunda daha önceden yüzde 8 ücret zammı talep edilmişti. IGM Köln yönetimi, yüzde 5,2 anlaşması ile ilgili açıklamada; bu anlaşmanın diğer bölgelerdeki toplu sözleşme görüşmelerinde etkili olması gerektiğini söylüyordu. Köln bölge yönetimi daha da ileri giderek, adi bir biçimde, bu anlaşmayla "işçilerin gelirlerinin güvence altına alındığını" iddia ediyordu ve bununla IGM'in tayin ettiği hedefine ulaştığını söylüyordu.

Eğer Metal işçileri bu yıl gerçek ücretlerin büyük oranda düşürülmesini engellemek istiyorlarsa, hayat şartlarının kötüleşmesini istemiyorlarsa, daha fazla beklemeye vakitleri yoktur. Ücretlerin yağmalanması planlarını durdurmak için tek çare eyleme gitmektir. Bu durumda ücretlerimizi güvence altına alan en düşük zammı yüzde 8'dir. Bu hedefe ulaşmak kendi mücadelemizle mümkündür. Geçen yıllarda olduğu gibi, bu yıl da sendika ağaları işçileri kapalı kapılar arkasında satmak istemektedirler. İşçilerin birleşik gücü bunu engellemelidir.

(„IGM-Bonzen nehmen Kurs auf Reallohnsenkung", RM/Nr. 6, S. 3)



Resmi istatistiklere göre, fiatlar 1980 yılında 5,5 yükseldi. Federal İstatistik Dairesi, Ocak ayı sonunda bu rakamın yüzde 6'nın üzerine çıktığını açıkladı. Beş yıldan beri fiatlar ilk olarak bu kadar fazla artmış durumda. Ayrıca resmi verilerin fiat artışlarını daima düşük gösterdiğini de hatırlatalım!

Açlık grevleri etki buluyor

Parlamenterler araştırma komisyonu talep etmekte

Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerin beş haftadan beri sürdürdükleri açlık grevleri, şimdi parlamenterler içinde de etki bulmaya başladılar. Bu arada değişik partilerden parlamenterler, Türkiye'deki durumu incelemek için Federal Parlamento tarafından bir komisyonun oluşturulmasını talep etmektedirler.

FDP parlamento grubu sözcülerinden Helga Schuchardt'ın açıklamasına göre, Federal Parlamento'da yeralan bütün partilerden temsilciler böyle bir komisyona katılmak istemektedirler. Schuchardt, geçen yıl yüzde 10,5 artırılan kalkınma yardımlarının yarısından fazlasının Türkiye'ye verildiğini ve bu yılki kalkınma yardımlarından tasarruf edildiğini söylemişti.

İşkencelere karşı açlık grevlerine giden anti-faşistlerin önemli taleplerinden birisi de, Türkiye'ye işkenceleri araştıracak bağımsız bir komisyonunn gönderilmesi ve bu komisyonun Federal Hükümet tarafından desteklenmesi idi. Bu arada SPD içindeki birçok burjuva demokrat milletvekili böyle bir komisyon içinde yer almaya hazır olduklarını açıklamışlardı.



Batı Berlin Mehringhof'da işkencelere kaşı açlık grevine giden 30'un üzerinde anti-faşist.

Açlık grevleri demokrat kamuoyu içinde geniş ölçüde bir etki buldular. Grevlere giden anti-faşistlerin ve devrimcilerin sağlık durumları kötüleşmekte ve birçoğunun hashaneye kaldırılmasına rağmen, Bonn Hükümeti grevcilerin talepleri hakkında en ufak bir açıklama yapmadı.

Ama bir yandan yükselen protesto gösterileri ve diğer yanda devam eden açlık grevleri Bonn'un tavrını gün geçtikçe halk kitleleri içinde teşhir ettiler. Ayrıca Avrupa'nın diğer ülkelerinde de cuntayı protesto eylemleri artıyor. Avrupa Koseyi parlamenterler toplantısına, Türkiye'de insan haklarının dikkate alınmadığı ve bundan ötürü Türkiye'nin Avrupa Konseyi üyesi olarak kalmasının aykırı bir durum olduğunu belirten bir önerge verildi.

Türkiye'de askeri faşist cuntanın saldırıları yoğun bir biçimde devam etmektedir. Her gün işkencede katledilen bir devrimcinin veya anti-faşistin ismi duyulmakta, operasyonlar sonucu yakalanan devrimciler hunharca katledilmektediler. İşkence sonucu öldürülen insanların cesetleri gizlice gömülmekte ya da cesetleri ortadan yokedilmektedir.

Katliam olaylarıyla beraber toplu tutuklamalar da devam etmektedir. Daha geçen günlerde DİSK'in 230 sendikacısı hakkında tutuklama kararı alında. Diğer taraftan bu sendikanın bütün paralarına ve mallarına cunta tarafından el konuldu.

Biz Alman devrimcileri ve anti-faşistleri işkencelere karşı açlık grevlerinde cuntayı protesto miting ve faaliyetlerinde, şimdiye kadar oldugu gibi, bundan sonra da Türkiyeli demokrat ve devrimciler ile omuz omuzayız.

(„Der Hungerstreik zeigt Wirkung", RM/Nr. 6, S. 2)

HABERLER

ENKA/ KASSEL

İşletme yeniden işgal edildi

KASSEL. — Konsern merkez yönetim kurulunun ENKA tekstil fabrikasını kapatma kararı resmi olarak açıklandıktan hemen sonra, fabrikada çalışan işçiler geçen hafta Salı günü işletmeyi yeniden işgal ettiler.

İşçilerin bu kararlı mücadelesi sonucu, tekel onayladıkları bir işyeri anlaşmasıyla işletmenin kapatılması kararını bu yılın 19 Temmuz'una kadar ertelemek zorunda kaldılar. Ama, bunun ile tekel kapitalistlerinin işletmeyi kapatma planları henüz ortadan kaldırılmış değildir. ENKA emekçileri geçen hafta Salı günü giriştikleri bu işgal eylemiyle, mücadele verilerek, işletmelerin kapatılmasının engellenebileceğini ve kapitalistlerin kirli planlarının yırtılıp çöp tenekesine atılabileceğini göstermektedirler.



„İşyerlerini güvence altına almak için, işletmeyi işgal ettik" — ENKA.

Maxhütte'de ikaz grevi yapıldı

6000 işyeri tehlikede

SULZBACH-ROSENBERG. - Geçen hafta Perşembe günü Bavyera Eyaleti'ndeki Sulzbach-Rosenberg şehrinde Klöcner tekeline ait Maxhütte'de bir saatlik ikaz grevine gidildi.

Bu greve işletmenin Hauptwerk ve Rohrstrasse'deki bölümlerinde çalışan işçiler katıldı. Diğer birçok yerde olduğu gibi, burada da kapitalistler Maxhütte'yi kapatmak istemektedirler. Bu işletmenin kapatılması sonucu 6000 işyeri tahrip edilmiş olacak, daha doğrusu 600 işçi toplu bir biçimde işten atımış olacak. Geçen yılın Aralık ayında yapılan tespitlere göre, Sulzbach-Rosenberg ve çevresinde her 100 işçiden 11'i işsiz durumda. Maxhütte'de çalışan emekçiler işletmenin kapatılmasına karşı mücadeleye hazırlanmaktadırlar.

HOESCH/ DORTMUND

Toplu işten atmalar planlanıyor

KPD işletme hücresi işçileri mücadeleye çağırdı

DORTMUND. — RGO işletme grubu bundan iki hafta önce dağıttığı bir bildiride, işyeri işçi temsilciliğinin başlarıyla beraber Hoesch yönetimi arasında yeni bir sosyal plan üzerine gizli görüşmelerin yapıldığını açıklamıştı.

Bu sosyal planın çerçevesine, diğen şeylerin yanı sıra, toplu işten atmalar da girmektedir. Kesin bir rakam vermemekle beraber Estel-Hoesch kapitalistleri 3000-4000 işçiyi işten atmakla tehdit etmektedirler.

Hoesch KPD işletme hücresi toplu işten atma planlarının engellenmesi ve yeni bir çelik işletmesinin yapımı için işçileri genel oylamaya ve greve hazırlamaya çağırmaktadır.

Yeni bir çelik işletmesinin yapımı için ve işyerlerinin tahrip edilmesine karşı 28 Kasım 1980 günü yapılan yürüyüşe Dortmund'da 70 bin emekçi katılmıştı. İşçilerin baskısı sonucu bu yürüyüşü düzenleyen IGM sendikası, bu tarihten sonra işçilerin en ufak bir talebine kulak vermedi.

KPD işletme hücresinin çıkardığı "Stählerne Faust" gazetesinde Hoesch işçileri mücadeleye çağrılmakta ve şu talepler ileri sürülmektedir:

*** Genel oylama ve greve derhal hazırlanmalıdır!**

★ Yeni çelik işletmesinin yapımı için, işyerlerinin tahrip edilmesine ve toplu işten atmalara karşı mücadele edelim!

★ Yeni sosyal plan üzerine yapılan görüşmelere derhal son verilmelidir!

★ Bir tek işçinin işten atılması dahi onaylanmamalıdır!



Dortmund'da yeni bir çelik işletmesinin yapımı için 28 Kasım 1980'de 70000 kişi yürümüştü.

Önce meslek, sonra evlatlık yasağı

Komünistlerin öz çocukları da mı elinden alınacak?

KLEVE. — Batı Almanya'da komünistlerin devlet memuru olarak çalışması yasaklandıktan dokuz yıl sonra, bu yasağa Kleve'de bir yenisi daha eklendi. DKP üyesi olduğundan dolayı meslekten atılan Uwe Hüttmann ve karısının 15 yaşındaki bir kız çocuğunu evlatlık olarak almak için yaptıkları başvuru, şehir yönetimi tarafından reddedildi.

Bundan dokuz yıl önce Almanya'da "Redikalenerlass" denilen ve devlet dairelerinde memur olarak çalışmasını yasaklayan **meslek yasağı** yasası yürürlüğe girmişti. Bu yasa sonucu yüzlerce komünist ve demokrat meslekten atıldı. Ama, bugün bu yasayla sadece meslek yasağı verilmiyor. Hakkında meslek yasağı olan insanlar diğer yasaklarla da karşı karşıya kalıyorlar. Bunlardan bir tanesi de, DKP üyesi olduğundan dolayı meslek yasağına uğrayan Uwe Hüttmann'ın yetim bir çocuıu evlatlık olarak almak için şehir yönetiminden izin istemesi ve bunun şehir yönetimi tarafından reddedilmesidir. Doğrusu meslek yasağı gittikçe genişleyerek, acayip boyutlar almaktadır.

15 yaşındaki yetim kız çocuğunun evlatlık olarak alınmasını reddeden şehir yönetiminin kararı şöyle: "Politik bir faaliyetten ötürü ceza almamanıza rağmen, Düsseldorf İdare Mahkemesi'nin 3.9.1980 tarihinde hakkınızda aldığı bir kararda; DKP'nin aktif bir üyesi olduğunuz kesinlik kazanmıştır... Eğer kendinizi böyle bir partinin aktif bir üyesi olarak görüyorsanız, o zaman evlatlık müsadesi için tarafınızdan yapılan başvuru kabul edilemez. Çünkü, evlatlık olarak aldığınız çocuğun, sizler tarafından hür-demokratik düzen anlayışına uygun olarak büyütülmesi için güvence yoktur"

Bu kararı imzalayan şahıs Dr. Wilhelm Pfirrmann; Kleve şehir üst yöneticilerinden birisi. Pfirrmann Batı Alman Radyosu'nda daha da ileri giderek, bir röportajcının; gösterdiğiniz bu gerekçelere göre, komünistlerin öz çocuklarına bakma hakkı da elinden alınmasıdır, buna ne diyorsunuz, şeklindeki bir sorusuna şöyle cevap veriyordu: Şimdi tartışma konusu bu değil, ama bu da "gözden geçirilmek" zorundadır.

Pfirrmann bu söyledikleriyle faşist olduğunu açıkça ispatlıyordu. Böyle bir durum sadece Hitler Almanya'sındaki faşist diktatörlük döneminde vardı. Bu gibi faşist unsurların düşüncesine göre, Federal Almanya Cumhuriyeti'nde kapitalist sömürü düzenine hizmet ve bu düzene karşı şu ya da bu şekilde mücadele eden insanların elinden kendi öz çocuklarına bakma hakkı da elinden alınmalıdır.

Bu kararı elbette Pfirrmann kendi başına almış değildir. Şehir üst direktörü Dr. Schoer de onun bu kararını destekleyerek, şöyle demişti: Bu yerinde alınmış bir karardır ve yasalara uygundur.

Kleve şehir önetiminin aldığı bu karar kaldırılmalıdır! Meslek yasağına son!

("Werden Komünisten bald die Kinder weggenommen" RM-Nr. 6, S. 6)



Goslar'daki bir tekstil fabrikasının kapatılmasına karşı işçiler mücadele ediyor.

Bremen'den Halk Muhabiri:

400 İŞYERİ YOKEDİLMEKLE TEHDİT EDİLİYOR

Fabrikada çalışanların yüzde 70'i Türkiyeli

Geçen yılın Sonbahar aylarından beri Dolmenhorst'taki tekstil fabrikası, "Vereinigte Kammgarnspinnereien" (VKS), kapatılmakla tehdit edilmektedir. Bu işyerinde toplam 850 kadın ve erkek işçi çalışmaktadır ve çalışanların yüzde 70'i Türkiyeli işçi arkadaşlardan oluşmaktadır. Bunun dışında fabrikada 100'e yakın ilticalı işçi de çalışmaktadır. Fabrikayı kapatma gerekçeleri gün ışığı gibi ortada: İşletme eskiden olduğu gibi yüksek kârlar getirmiyor. Kapitalistler için önemli olan da zaten bu; en yüksek kârı elde edebilmek.

İşçilerin işyerinin kapatılmasını engellemek için mücadeleye hazır olduğunu gören fabrika yönetimi, SPD ve CDU'nun da desteğini alarak, yeni bir plan geliştirdi. İşveren bazı şartlar kabul edildiği taktirde, şehirin kuzeyinde yeni bir tekstil fabrikası kurulacak ve bu fabrikaya eski KVS'den 400 işçi alınacak. Böyle bir fabrikanın kurulması için işverenin ileri sürdüğü şartlar şunlar: 750 işçinin sadece en vasıflıları alınacak, hangi işçilerin alınacağı işverenin kendisi tarafından belirlenecek. Eski işletmeden alınan 400 işçi ancak 3yıl çalışabilecek. Delmenhorst şehir idaresi kurulacak firma için 5,3 milyon Mark yardımda bulunacak.

İşverenin işletmeyi kapatması, daha doğrusu toplu işten atma planları ortaya çıktıktan sonra fabrikada çalışan işçiler, özellikle de Türkiyeli işçiler bu planları boşa çıkarmak için harekete geçtiler. Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO), dağıttığı bir bildiride şu talepleri ileri sürüyordu:

★400 işçinin değil, bir tek işçinin dahi işten atılması kabul edilmemeli. İşçi temsilciliği işten atılmaları onaylamamak zorunda.

★Akort kışkırtmasına ve ustabaşıların ve onların başındakilerin işçileri yıldırmak için sürdürdükleri çabalara son. Toplu sözleşmeler yürürlükte kalmalıdır.

★Delmenhorst'taki VKS fabrikasında üretim durdurulup, başka bir yere taşınmamak zorundadır.

★Her işçi için sosyal plan ve işyeri güvencesi yazılı olarak garanti altına alınmalıdır.

İşçi arkadaşlar bu talepleri elde edebilmek için mücadeleyi hızlandırdılar. Yapılan bir işyeri toplantısında kendilerine söz hakkı verilmemesi üzerine, 90 işçi arkadaş iş saati dışında işçi temsilciliğine yürüyerek taleplerini tekrarladı ve işyeri temsilciliğinden herhangi bir işçinin işten atılmasını onaylamamasını istediler.

İşçilerin bu taleplerinin işçi temsilciliği tarafından reddedilmesi üzerine, işçi arkadaşlar bir yürüyüş düzenleyerek, işyerinden sendika binasına kadar yürüdüler. IG Tekstil ve Giyim sendikası da işçilerin taleplerini reddetti.

Bu durumda işçi temsilciliği, sendika yönetimi ve işveren tek bir cephede işsiz kalmakla tehdit edilen emekçilerin karşısında yer almaktadırlar. Sendika yönetiminin ve işçi temsilciliğinin bundan daha da açık ihanetini bulmak mümkün değildir.

("400 Arbeitsplätze bedoht" RM/Nr. 6, S. 8)



Ernst Aust, Dortmund'da ilegal 1 Mayıs eyleminde konuşurken.

KPD ve Almanya'da sınıf mücadelesi (1919-1980)

4. Bölüm

Yazı dizimizin dördüncü bölümünde Federal Almanya ve Batı Berlin'de Marksist-Leninst partinin yeniden kuruluşundan sonraki tarihi gelişimini, sınıf mücadelesi içindeki yerini, güçlenmesini ve parti içindeki oportunist güçlere karşı mücadelede başarılarını anlatmıştık. Yazımızın bu bölümünde ise 70'li yılların ilk yarısında demokrasi ve refah yaldızının ve sözde Federal Cumhuriyet'te hüküm sürmekte olan sınıflararası barışın çöküşünü öz olarak şekillendireceğiz.

KPD/ML başından itibaren Stalin'i savundu

1971 ve 1974 yılları arasındaki dönemde; aylık olarak yayınlanan merkez yayın organı "Roter Morgen" haftada bir defa çıkmaya başladı, parti örgütlerinin sayısı arttı ve parti hücrelerinin sayısı 100'ün üzerine çıktı, KPD/ML gençik örgütü "Roten Garde" gelişti ve grup sayıları gittikçe fazlalaştı.

KPD/ML kuruluşundan itiberen işçi sınıf içindeki örgütlenmeye her zaman büyük bir önem verdi. Fabrikalarda çok sayıda parti hücresinin örgütlenmesiyle beraber, partinin işçi sınıfı hareketi ve sendikalar içindeki etki alanı genişledi ve çalışmaları hızlandı. Fabrika hücrelerinin işyeri için çıkardıkları gazete sayıları gittikçe fazlalaştı.

Partimiz merkez komitesinin aldığı bir karar üzerine 1971-1974 yılları arasında Federal Almanya Cumhuriyeti'nde ilk olarak J. W. Stalin'in bütün eserleri cilt halinde yayınlandı. KPD/ML başından itibaren J. W. Stalin'i sadece modern revizyonistlerin ve gericiliğin karşısında savunmadı, aynı zamanda onu her zaman olduğu gibi Marksizm-Leninzm'in bir ustası ve dünya prolateryasının büyük bir öğretmeni ve önderi olarak gördü ve andı.

Özellikle hayat pahalılığı karşısında ek ücret zammı alınması için 1973 yılı Sonbahar'ında yapılan grevlerde KPD/ML, ülkenin büyük işletmelerinde gittikçe artan gücünü gösteriyordu. Bu grevlerde partinin yürüttüğü faaliyetler ve sahip olduğu etki alanı 1969 yılında yapılan büyük grevlerle karşılaştırılmayacak derecede gelişmişti. Ayrıca diğer birçok eylemlerde de partimiz gerçek gücünü göstermişti. Thieus'un Bonn'a gelmesi ve Brejnev'in Batı Almanya'nın birçok şehrini ziyaret etmesi dolayısıyla düzenlenen anti-emperyalist gösterilerde olduğu gibi, Dortmund'da yabancı işçiler üzerindeki başkıyı meşrulaştıran geriçi yabancılar yasasına karşı düzenlenen büyük yürüyüşte de partimiz etkili bir rol oynadı.

Gericiliğin yasak zinciri kırıldı

Sınıf mücadelesinin gittikçe keskinleştiği 1973 yılında gericilik 1 Mayıs miting ve yürüyüşlerini Nordrhein-Westfalen Eyaletinde yasakladı. Ama ülkemiz komünistleri burjuvazinin bu yasak kararına boyun eğmediler. KPD/ML'in Dortmund şehrinde organize ettiği illegal yürüyüşe 500 kişi katıldı ve gericiliğin yasak zinciri kırıldı. Patimiz sadece bununla değil, bundan öncede egemen sınıfların devrim ve sosyalizm mücadelesini engelleyemeyeceğini açıkça göstermişti. 1972 yılında Münih Olimpiyatları dolayısıyla KPD-ML, emperyalistlerin barış üzerine yaptıkları demagojilerine ve emperyalist savaşa karşı büyük ve mücadeleci bir yürüyüş düzenlendi. 6000 kişinin katıldığı bu eylemin büyük bölümünü gençlik kesimi tarafından oluşmaktaydı. Bu eylem sırasında polisin anti-faşistleri ve komünistleri engellemek için giriştiği bütün saldırılar boşa çıkartıldı ve eylem başarıyla sonuçlandı.

Özellikle 1974 yılında; kapitalizmin krizinin 1964 yılından sonra Batı Almanya'da ikinci kez derinleşmesiyle beraber, tekelçi burjuvazinin gericilik ve faşizm yönündeki çizgisi de güçlendi. Birkaç aylık kısa bir süre içinde pek çok emekçi polisın gittikçe artan ve vahşileşen terörüne kurban gitti. Haziran 1974'te yoldaşımız GÜNTHER ROUTHİER polisin adi bir saldırısı sonucu katledildi.

Burjuva devleti, partimizin polis terörüne karşı açtığı büyük kampanyaya karşı dizginsiz bir saldırıya ve takibe geçti. KPD-ML'in üyelerine ve sempatizanlarına karşı yüzlerce dava açıldı. Roter Morgen'ın onlarca sayısı hakkında yasaklanma kararı alında ve parti yönetiminde yer alan yoldaşlar hakkında açılan davalar birbirini takip etti. Bütün bunlar burjuva devlet aygıtının Komünist partisi'ne karşı sürdürdüğü kampanyanın birer parçalarıydı.

"Almanya Kızıl Yardım" örgütü kuruldu

1974 yılında gericiliğin ve onun polisinin estirdiği terör sadece komünistlere karşı yönelmiyordu. Bu terör aynı zamanda geniş ölçüde ülkemizdeki anti-faşist ve anti-emperyalist güçlere karşı da yöneliyordu. Pek çok komünistin ve anti-faşistin bu saldırılar sonucu tutuklanmasıyla beraber, tutukluları desteklemek amacıyla ülkede "Kızıl Yardım" (Roten Hilfe) kampanyası başlatıldı. KPD/ML üyesi yoldaşlar bu kampanya içinde büyük bir çaba gösterdiler ve mücadele ettiler. Bu çabalarının ve mücadelenin bir sonucu olarak "Alman Kızıl Yardım" (Roten-Hilfe Deutschlands) örgütü kuruldu.

Komünist gençlik örgütünü yönetmenin ve Almanya Kızıl Yardım 'nı desteklemenin yanı sıra komünistler, Batı Almanya devrimcilerinin birliğini daha da pekiştiren Sosyalist Arnavutluk ile dostluk derneğinin çalışmalarını da destekliyorlardı.

Ayrıca, partimiz bu yıllarda enternasyonal faaliyetlerini yaygınlaştırdı, kardeş komünist partilerler olan bağlarını güçlendirdi ve dünyadaki diğer Marksist-Leninstler ile yeni ilişkiler kurdu ve var olan ilişkileri genişletti.